

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montagen.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechszeilige Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen
 und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.
 Telephon: 1000.
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Mittwoch, den 27. September 1899. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober eröffnen wir ein neues Abonnement auf den
„Vorwärts“
 mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden
Unterhaltungsblatt
 und der Sonntags-Beilage
„Die Neue Welt“.
 Im Unterhaltungsblatt beginnen wir am 1. Oktober mit dem
 Abdruck eines ergreifenden, psychologischen Romans
Hanna
 von Peter Sage.
 Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditionen
 sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum
 monatlichen Preise von
1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.
 Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Be-
 stellungen zum Preise von
3 Mark 30 Pfennig
 für die Monate Oktober, November, Dezember
 entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste
 unter Nr. 7820.)
 Die Redaktion des „Vorwärts“.

Preussisches Verfassungsrecht.

Die neuestens mehrfach erörterte Frage, was im preussischen
 Staate denn eigentlich verfassungsmäßiges Recht sei, läßt sich
 ebenso erschöpfend wie schnell mit dem halben Dutzend Worte
 beantworten: die Gesetze vom 6. und 8. April 1848. Das
 eine dieser Gesetze giebt jedem Preußen, der das 21. Lebensjahr
 vollendet hat, das allgemeine gleiche Stimmrecht zur Wahl
 einer Volksvertretung, die durch Vereinbarung mit der Krone
 die künftige Staatsverfassung auszuarbeiten sollte, während das
 andere die allgemeine Grundlage der neuen Verfassung fest-
 stellt: die unbeschränkte Pressfreiheit, die unbeschränkte Vereins-
 und Versammlungsfreiheit, die Unabhängigkeit des Richter-
 standes, die Untersuchung und Bestrafung aller Staats-
 verbrecher durch die ordentlichen Gerichte, die Ausübung
 staatsbürgerlicher Rechte ohne Rücksicht auf das religiöse
 Glaubensbekenntnis, endlich das Steuerbewilligungsrecht der
 Volksvertretung und ihre Zustimmung zur Festsetzung des
 Haushaltsetats und zu allen Gesetzen.

Diese Gesetze sind das verfassungsmäßige Recht des
 preussischen Staates, nicht jedoch in irgend einem revolutionären
 Sinne. Gewiß giebt es auch revolutionäres Recht, das aus
 den Mündungen der Kanonen geschöpft wird; wer das
 leugnen wollte, würde mit vermessener Hand an dem
 deutschen Reichsrecht rütteln. Was es je ein feierlich ver-
 brieftes und unantastbares Recht, so war es das Recht des
 Deutschen Bundes; dies Recht ist von der preussischen Krone mit
 Waffengewalt gesprengt worden, und wenn die deutsche Kaiser-
 krone in Versailles auch mit keinem Tropfen demokratischen Oels
 gesalbt sein mag, so ist sie doch in einer revolutionären Esse
 geschmelzt worden. Nicht aber hat das preussische Verfassungsrecht
 einen revolutionären Ursprung. Als die siegreichen Kämpfer
 des 18. März den vormärzlichen Staat gestürzt hatten, es-
 klamorierte ihnen die Bourgeoisie ihr revolutionäres Recht
 und bestand darauf, daß die „Kontinuität des Rechtszustandes“
 der „Rechtsboden“, gewahrt werden sollte. Ob diese Politik
 richtig oder wichtig, ob sie loyal oder unloyal war, darauf
 kommt es in diesem Zusammenhange nicht weiter an; genug,
 daß an den Gesetzen vom 6. und 8. April vom rechtlichen
 Standpunkte aus gar nichts auszufehen ist, auch für den
 nicht, der überhaupt revolutionäres Recht leugnet. Sie
 wurden in voller Freiheit von der Krone eingebracht und vom
 Vereinigten Landtage genehmigt, kamen also durch fried-
 lichen und gesetzlichen Beschluß der damaligen gesetzgebenden
 Körperschaften zu stande.

Ausgeführt worden sind sie freilich bis auf diese Stunde
 nicht, ebensowenig wie rechtlich aufgehoben. Sie wurden viel-
 mehr widerrechtlich suspendiert durch eine Reihe von Gewalt-
 thaten, die von der Krone mit bewaffneter Hand durchgeführt
 wurden. Es genügt, die wichtigsten dieser Rechtsbrüche zu
 nennen: die Sprengung der zur Vereinbarung der Verfassung
 mit der Krone durch das allgemeine Stimmrecht gewählten
 Versammlung, die Oetrovirung der gegenwärtigen preussischen
 Verfassung und die Oetrovirung des Dreiklassen-Wahlrechts.
 Bei allen diesen Handlungen konnte von irgend welchem Rechte,
 weder in der Form, noch in der Sache, nicht gesprochen werden,
 sie beruhten auf der nackten Gewalt, die durch die Herrschaft
 des Säbels etabliert worden war. Freilich könnte man sagen,
 die Herrschaft des Säbels sei konterrevolutionäres Recht, und
 wenn die „Kreuz-Zeitung“ so sprechen wollte, so würden wir
 ihr das Lob der Konsequenz gewiß nicht versagen. Aber es
 ist pure Heuchelei, wenn irgend wer behaupten will, daß die
 thatsächlich im preussischen Staate bestehende Verfassung auf
 irgend einem „Rechtsboden“ im Sinne der bürgerlichen
 Parteien beruht. Die „Kontinuität des Rechtszustandes“ ist

von der Krone und im Bunde mit ihr vom Junkertum in
 der größtlichen Weise gebrochen worden; die preussische
 Staatsverfassung beruht durchaus auf revolutionärer, wenn
 auch konterrevolutionärer Grundlage.

Ueber die Einwände, die gegen diese Auffassung erhoben
 worden sind, lohnt es sich kaum, ernsthaft zu sprechen. Es
 ist gesagt worden, wer den rechtlichen Bestand der preussischen
 Verfassungsurkunde leugne, der proklamiere damit den vor-
 märzlichen Absolutismus. Das ist handgreiflich unwahr, denn
 mit der Verleugnung der preussischen Verfassungsurkunde
 landet man nicht im vormärzlichen Staat, sondern bei den
 Aprilgesetzen von 1848, bei der unbeschränkten Press- und
 Vereinsfreiheit, bei dem allgemeinen Stimmrecht und so weiter.
 Durchschlagender ist es scheinbar, wenn eingewandt wird, die
 Volksvertretung habe nachträglich das ursprüngliche Unrecht
 der Oetrovirungen sanktioniert. Allein auch dies Luidproquo
 ist sehr leicht in seiner absoluten Sinnlosigkeit aufzudecken.

Als die preussische Krone im Dezember 1848 die Verfassung
 oetrovirte, erklärte sie selbst, sie werde die oetrovirte Ver-
 fassung einer auf Grund des Wahlgesetzes vom 8. April 1848
 einzuberufenden Versammlung zur Revision und nachträg-
 lichen Genehmigung vorlegen. Abgesehen davon, daß
 schon bei dieser Gelegenheit das Wahlgesetz nicht un-
 wesentlich verstümmelt wurde, war damit allerdings
 der richtige Weg beschritten, um eine widerrechtliche Gewalt-
 that zu sühnen, die möglicherweise aus Gründen höherer
 Staatsraison nicht zu vermeiden war. Allein, als die neu-
 gewählte Kammer die oetrovirte Verfassung nicht so revidierte,
 wie es der Krone genehm war, wurde sie abermals wider-
 rechtlich gesprengt und nunmehr die Dreiklassenwahl oetrovirte.
 Auch dies Wahlgesetz konnte nachträglich legalisiert werden,
 aber selbstverständlich nur durch eine auf Grund des Wahl-
 Gesetzes vom 8. April 1848 einzuberufende Versammlung, und
 keineswegs, wie die „Kreuz-Ztg.“ behauptet, durch eine Kammer,
 die selbst ihr Dasein der Dreiklassenwahl verdankt. Man
 braucht sich das Verhältnis nur aus dem Staatsrechtlichen ins
 Privatrechtliche zu überlegen, um sofort zu erkennen, daß die
 verfassungswidrigen Schlußfolgerungen des Junkerblattes von
 einer wahren Verbrecherlogik zeugen. Nimmt man an, daß A
 dem B eine Million raubt und sie dem C schenkt, so kann
 dieser Raub wohl dadurch geführt werden, daß B nachträglich
 seine Genehmigung zu der ihm angethanen, widerrechtlichen
 Gewalt erteilt, aber nun und nimmer dadurch, daß C den
 ihm geschenkten Raub für sein rechtmäßiges Eigentum erklärt.
 Eben dies aber behauptet die „Kreuz-Zeitung“.

Mögen sie also der Wahrheit die Ehre geben und rüd-
 haltlos anerkennen, daß der „Rechtsboden“ der preussischen
 Verfassungszustände, so wie sie thatsächlich bestehen, eine
 Reihe widerrechtlicher Gewaltthaten ist. Stellt sie sich dessen-
 ungeachtet auf diesen Boden, so steht sie auf konterrevolutio-
 nären Füßen und legitimiert die Revolution, was ja freilich
 eine alte und liebe Beschäftigung des ostelbischen Junkertums
 ist. Wer dagegen eine friedliche und gesetzliche Entwicklung
 der preussischen Zustände will, der muß sich auf das gesetzlich
 verbrieft Recht des Landes stützen, und das ist in erster
 Reihe das allgemeine, gleiche, geheime, wenngleich indirekte
 Wahlrecht. Daran ist nichts zu drehen und zu deuten. Es
 war der schwerste Fehler des preussischen Liberalismus, als
 er nach der Reaktionszeit der fünfziger Jahre das ganze Land
 hinter sich hatte und unter berechtigter Ablehnung aller ge-
 walttamen Aufstandsversuche den „friedlichen und gesetzlichen
 Fortschritt“ wollte, nicht auf die Aprilgesetze von 1848 zurück-
 zugreifen, sondern sich auf den „Rechtsboden“ zu stellen, den
 eine Reihe widerrechtlicher Gewaltthaten geschaffen hatte.
 Wie weit er damit gekommen ist, zeigt seine augenblikliche
 Jammergestalt.

Die Arbeiterklasse konnte ähnlichen Halbheiten und Schwach-
 heiten nicht verfallen. Sie schrieb das allgemeine Wahlrecht
 auf ihre Fahne und hat es als ihre erfolgreichste Waffe zu
 gebrauchen gewußt. So auch hat sie die klüglichen Klünfte
 verfehmt, womit der Jidzakturs und der Liberalismus das
 übermächtige Junkertum augenbliklich zu bändigen versuchten,
 und die Wiederherstellung des gesetzlich verbrieften Landes-
 rechts als den einzigen Ausweg aus der Sackgasse proklamiert.
 Beschreitet das Ministerium Hohenslohe-Miquel diesen Weg
 nicht, nun so zeigt sich, um mit Lassalle zu sprechen, aber-
 und abermals, daß die Monarchie keiner nationalen That
 mehr fähig ist, und auch damit kann das Proletariat zu-
 frieden sein.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 26. September.

Kollege Jeditly.

Die „Post“, die sonst kein wichtigeres Geschäft kennt, als mit
 dem „Vorwärts“ zu polemisieren, ist durch unsere geistige „Ab-
 rechnung“ völlig zerschmettert. Sie stammelt folgende Antwort:
 „Der „Vorwärts“ bringt einen Sensationsartikel, der in einer
 Reihe von Punkten mit den thatsächlichen Verhältnissen nicht übere-
 einstimmt. Man wird es uns nicht verdenken, wenn wir es ab-
 lehnen, uns in eine Polemik mit dem „Vorwärts“ einzulassen,
 und darauf verzichten, seine falschen Angaben richtig zu stellen.“
 Sollte Kollege Jeditly auch dieses Entesket geschrieben haben,
 so hat er für jede Zeile zwar etwa 1,50 Mk. verdient, das ist aber
 nicht zu viel für diese lustigste aller Verächtigungen. Als wir
 seiner Zeit uns dokumentarisch mit dem Behälter der „Post“, dem
 Herrn v. Stumm, beschäftigten, würdigte und die „Post“ wenigstens

noch eines netten Einbruchdiebstahls. Diesmal haben wir nicht ein-
 mal die Einbruchsigarren bekommen. Das Organ polemisiert ein-
 fach nicht mehr mit uns.

Wir verstehen diesen Stolz vollauf, der auch die zunächst inter-
 essierten Blätter befallen hat: die „Kreuz-Ztg.“, die gänzlich schweigend,
 und die bündlerische „Deutsche Tages-Ztg.“, die mit einer köstlichen
 Verlegenheitszeile zu entweichen sucht. Wir verstehen diese plöcklich
 erwachte vornehme Ehen, mit dem „Vorwärts“ zu polemisieren. Denn
 es handelt sich nicht mehr nur darum, daß festgestellt worden ist, wie
 einer der höchsten Beamten als konservativer Kritiker sich bezahlen läßt,
 und wie er seine Arbeitskraft der journalistisch-parlamentarischen
 Thätigkeit statt dem Ante widmet. Eine bedeutsame politische
 Intrigue ist durch unsere Mitteilung unwiderleglich, urkundlich
 festgestellt worden.

Ein hoher Beamter schreibt als Vertrauensmann des
 Kanalbegehrten Finanzministers v. Miquel Artikel gegen
 den Kanal, die aber nicht Herr Miquel, sondern der wütende
 Kanalgegner Herr v. Stumm honoriert!

Wunderbare Zustände, die an die Zeiten der Camarilla unter
 Friedrich Wilhelm IV. stark erinnern! Miquel, Jeditly, Stumm — das
 sind die Männer der Sammelpolitik gegen den Kanalarz, während in der
 Kanalfrage Herr Jeditly nachweislich nur für die Anstalten befreit,
 der die „Post“ bezahlt, für Herrn v. Stumm gegen den Kanal schreibt.
 Dem Herr v. Miquel, der sich sonst von Jeditly journalistisch be-
 dienen läßt, ist ja bekanntermaßen als Minister des Königs einer
 der eifrigsten Verteidiger des Mittelkanal-Kanals. Freiherr v. Jeditly,
 der Vertraute Miquels, hat den Widerstand gegen den Kanal
 organisiert, er war es, der die Lösung — Honorar 25 Mk. — ausgab,
 der Entwurf müsse mit so großer Mehrheit abgelehnt werden,
 daß die Regierung keine Reklung verpürte, mit ihm noch
 einmal zu kommen. Wir wollen hoffen, daß Herr
 v. Miquel durch unsere Feststellungen zu seiner Ueberzeugung
 erfahren hat, daß sein Zutunns gegen ihn selbst agitiert hat, noch
 dazu in einer Weise, die den Finanzminister auch als Obersten des
 Einkommensteuerwesens außerordentlich interessieren muß.

Wir hoffen, wie gesagt, daß unsere „Abrechnung“ für Herrn
 v. Miquel eine Ueberraisung gewesen; denn hätte er es um
 diese Thätigkeit in der Kanalfrage gewußt, so würde er vorsichtiger-
 weise den Freiherrn v. Jeditly nicht mehr als Agenten seiner all-
 gemeinen Politik verwendet haben, weil der Minister sich ja
 sonst dem Verdacht hätte aussetzen müssen, daß er wie in den
 anderen politischen Fragen auch in der Kanalangelegenheit der Au-
 traggeber seines Zeitjournalisten gewesen sei — ein ungeheurerlicher
 Verdacht, der bloß aufzutauschen braucht, um Herrn v. Miquel
 eine — schwere Krankheit zu verschaffen. Freilich konnte Herr
 v. Miquel nicht ahnen, daß einst die journalistische Thätigkeit seines
 „Spezi“ in einer klaren Weise festgestellt werden würde, die das
 Herz jedes Steuereinkünfte-Kommissars höchlich erfreuen muß.

Es scheint fast, als ob die agrarische „Deutsche Tageszeitung“
 und die „Kreuz-Zeitung“ für ihren Miquel zu lächeln beginnen.
 Denn sie greifen ihn heute an, um ihn durch ihre zeitgemäß be-
 willigte Feindschaft zu retten — vor den Wirkungen der Jeditly'schen
 Donoratrechnungen.

Sieber-Träume.

Ein liberal-liberales Regierungskartell — das ist es
 ungefähr was Herr Sieber, nach den Andeutungen seiner gestrigen
 Rede herbeizuführen strebt. Die Konservativen sollen mit
 Hilfe der ihnen aus der Kanalangelegenheit erwachsenen Ungunst
 bei Seite gedrängt werden und ihre Stellen wollen die Lob-
 feinde aus der Kulturkampfteil innig verdrängert einnehmen.

Dieser saubere Plan hat nun ein schweres Hindernis zu
 überwinden. Die Konservativen, hinter denen Herr v. Miquel
 als Torpede-Kommandeur schützend steht, werden mit Umsturz-
 hege und militärisch-marinistischer Propaganda die allerhöchste
 Gunst wieder zu gewinnen trachten, während das Centrum
 verdächtig ist, mit den Socialdemokraten zu paktieren
 und in Sachen der Rüstungspolitik die alten Traditionen
 zu überwinden hat. Und die Liberalen haben ihrerseits
 in der Justizhausvorlage zuerst den Weisungen von
 Oeynhausens widerstrebt. Darum müssen die neuen Kartell-
 brüder, um die konservativen Ribaken aus dem Felde zu
 schlagen, den Beweis liefern, daß sie in reaktionärer Unter-
 drückungspolitik gegenüber der Arbeiterbewegung und in ihrer
 Liebe zum Militarismus und Marinismus es getrost mit den
 Konservativen aufnehmen können. Um ihre Regierungsfähig-
 keit zu erweisen, tragen die liberal-liberalen Verbündeten
 kein Bedenken, selbst den konservativen Unrat in ihr Programm
 aufzunehmen.

Indessen, diese Schacherpolitik wird nicht auf die Kosten
 ihrer Skrupellosigkeit kommen. Abgesehen davon, daß im
 Centrum selbst die anständigeren demokratischen Elemente
 gegen solche Verrätereit rebellieren würden, hat die Junker-
 schaft noch einige Mittel, um die Duhlschaft des neuen Kartells
 mit der Regierung zu hintertreiben. Vereits macht die „Kreuz-
 Zeitung“ Herrn Sieber darauf aufmerksam, daß ja gerade das
 Centrum den Kanal zu Falle gebracht habe, und der bayerische
 Stuhhandel wird ein nicht minder zugkräftiges Mittel sein,
 um das Mißtrauen gegen das Angebot dieses Kartells zu
 verschärfen.

Für uns haben diese Coullissen-Intriguen fast nur ein
 sittengeschichtliches Interesse; sie beweisen, wie tief die bürger-
 lichen Parteien unter einem halbabsolutistischen Regime sinken.
 Die ganze Politik erhält Farbe und Form eines öden Lafaien-
 und Vorzimmerstücks um Gunst und Einfluß.

Die „Freisinnige Zeitung“ wittert in der Lieberchen Rede „Sturmzeichen“. Miquel und die Konservativen wollten nicht bloß in Bezug auf die Zuchtungsfrage und die Militärfragen, sondern auch durch neue Marineforderungen außerhalb des Flottenbudgets Konfliktsstoff schaffen.

Hinter dem Plan der Reichstags-Auflösung aber steht offenbar nicht nur die Absicht, von einem neuen Reichstag den nötigen Schutz gegen den äußeren oder inneren Feind zu erlangen, wie Herr v. Bredow in der „Post“ sich ausdrückt, sondern unzweifelhaft auch das schon am 8. Februar 1897 auf einem parlamentarischen Diner im Kaiserpalast erörterte Projekt auf Verlesung des Reichswahlrechts und Zusammenfassung des Reichstags aus Delegierten der Einzel-Landtage.

Was vor dem Quartalswechsel der „Freisinnigen Zeitung“ wie sensationelle Sturmzeichen erscheinen, wird sich nach ihm als ein Stumpf-Gehäusel offenbaren. Man möchte wohl den Konflikt, aber man wagt ihn nicht. Die Konfliktangst unseres Bürgertums ist also ebenso überflüssig, wie es ein nicht nur ekelhaftes, sondern auch völlig untunliches Mittel ist, einen drohenden Konflikt durch profittierende Preisgabe aller Ueberzeugungen zu überwinden.

Wir fürchten keinen Konflikt, und haben geruhig und gerüstet der kommenden Dinge, die gerade deshalb nicht kommen, weil die Bourgeoisie sie durch ihre Feigheit unmöglich macht.

Die Ministerkrise in Oesterreich.

—st— Wien, 25. September.

Die Lösung österreichischer Ministerkrisen geht sonst sehr flott von statten; das Ministerium darf nämlich immer erst demissionieren, wenn der neue Mann schon hinter der Scene parat steht. Auch diesmal war der übliche „providentielle“ Mann in Bereitschaft und man erwartete, das neue Kabinett werde noch Sonntagabend gebildet sein. Der unvermeidliche Fürst oder Graf ist diesmal der Fürst Alfred Dieckstein, ein Schwager des „regierenden“ Fürsten und Nuklear auf das ungeheure Erbe, das die Diecksteinschen Besitzungen darstellen. Fürst Dieckstein ist nun bei seinen unterschiedlichen Konferenzen auf die stärksten Hindernisse, und zwar rechts und links geflohen. Die erste Bedingung für jede Regierung ist heute die Aufhebung der Sprachenverordnungen und jeder Ministerkandidat mußte sich also vor allem der Zustimmung der Jungezechen zu dieser sie ungenügend demütigenden Maßregel versichern. Hier erhielt nun Fürst Dieckstein die erste Abfuhr. Aber auch auf der Linken wurde dem neuen Manne der denkbar unliebenswürdigste Empfang zu teil und die geplante Angliederung der verfassungstreuen Großgrundbesitzer an die Majorität erwies sich als durchaus unmöglich. Deshalb ließ es gestern, Fürst Dieckstein habe auf die Kabinettsbildung verzichtet. Trotzdem ist es nicht unmöglich, daß Oesterreich das große Unglück eines ausgesprochen klerikalen Ministeriums dennoch erleiden wird, denn Fürst Dieckstein ist zur Stunde der einzige „Cavalier“, der ministrabel ist. Sein in allen halbwegs intelligenten Kreisen verächtlicher Name hat auf die Liberalen und die mit ihnen verbündeten Antisemiten förmlich elektrisierend gewirkt und da die Diecksteins mit den einflussreichsten Elementen des österreichischen Hochadels verflochten sind, so werden hinter den Coulissen alle Debel angefaßt, um das ergreifbarere Ministerium trotz aller Hindernisse zuwege zu bringen.

Sollte die Kombination Dieckstein scheitern, so wird wohl ein farbloses, durchaus inoffensives Beamtenministerium auf den Plan treten. Eine solche Regierung könnte nichts mehr sein, als ein Uebergangsministerium von sehr kurzer Dauer; es würde nichts anderes zu leisten haben, als die Aufhebung der Sprachenverordnung durchzuführen und die Delegationswahlen in Sicherheit zu bringen. Aber ob es ein halb- oder ein ganzparlamentarisches oder ein durchaus unparlamentarisches Ministerium sein wird, das uns die so kurzfristige Vorkehrung beschert: die naturwidrigen Irrungen und Wirrungen werden dadurch nicht um ein Jota geringer werden.

Vom Dienstag wird aus Wien vom „Herold-Bureau“ telegraphiert:

Der Stand der Ministerkrise ist andauernd unverändert. Nachdem Gerüchte zirkulieren, daß der Kaiser neuerdings Chlumetz mit der Bildung eines deutsch-liberalen Kabinetts betraut habe, äußerten sich die Polen und Czechen, daß, falls ein solches Kabinett zu stande kommen würde, die Rechte dasselbe sofort durch schärfste Opposition zu stürzen suchen werde.

Deutsches Reich.

Um das Wasser zu trüben,

gibt die „Kreuz-Zeitung“ Gerüchte wieder von einem scharfen Gegensatz zwischen Hohenlohe und Miquel. Nach der „Westdeutschen Zeitung“, welche diese Kreisgerüchte verbreitet, soll die Ursache in der Auffassung über die Folgen der Ablehnung der Kanalvorlage und über die dadurch verursachte Aenderung des Verhältnisses der Staatsregierung zur konservativen Partei liegen. Fürst Hohenlohe habe die Ablehnung der Kanalvorlage als eine ihm persönlich zugesetzte Kränkung empfunden und sei deshalb gekommen, für diese Niederlage an den Agrariern Rache zu nehmen; Herr Dr. Miquel hingegen sehe heute noch auf dem Standpunkte, daß in Preußen nicht gegen die Konservativen regiert werden könne, und habe deshalb den Wunsch, daß dem Regierungsfeldzuge gegen die Kanalopposition thunlichst bald ein Ende bereitet werde.

Dazu bemerkt nun die „Kreuz-Zeitung“: Wir wissen nicht, ob man in der That von dem Vorhandensein einer Krise sprechen kann. Aber von zuverlässiger Seite haben wir die Ansicht äußern gehört, daß in der That ein Meinungsunterschied zwischen dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums in Bezug auf die Kanalvorlage bestanden hat und auch noch besteht. Nur sei es Herr Dr. v. Miquel und nicht der Fürst Hohenlohe, der zur Aufspaltung des Gegensatzes zwischen den Konservativen und der Staatsregierung beigetragen habe. Insbesondere sei Herr v. Miquel an der Aufhebung der Beamten statt beteiligt; auch habe er den hierauf bezüglichen königlichen Erlass namens des Staatsministeriums gegengezeichnet und trage somit für denselben in erster Linie die Verantwortung.

Wenn diese Darstellung richtig ist, so sind weitere Ueberrechnungen auf dem Gebiete der inneren Politik nicht ausgeschlossen. Denn es ist selbstverständlich, daß dann auch das persönliche Verhältnis des Herrn v. Miquel zur konservativen Partei eine Aenderung erfahren und der Vizepräsident des Staatsministeriums dann kaum noch bei einer einzigen der maßgebenden politischen Parteien eine zuverlässige Stütze finden würde.

Wir haben schon an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß diese Angriffe der konservativen Partei auf Miquel dem Zwecke dienen sollen, seine Stellung zu erhalten. Die Agrarier rücken scheinbar von ihm ab, um ihn durch ihre Freundschaft nicht zu kompromittieren.

Zuchtungsfragen.

Die in München stattfindende Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenbahner nahmen nach einem vom Generalsekretär Dr. W. Deumer gehaltenen Vortrage über den „Schutz des gewerblichen Arbeitverhältnisses“ folgende Resolution an:

Die Hauptversammlung des Vereins der deutschen Eisenbahner erklärt strenge Bestimmungen bezüglich des Schutzes der Arbeitnehmers für notwendig, weil die terroristischen Elemente an die Stelle der Koalitionsfreiheit den Koalitionszwang setzen, der mit der Behrderung der individuellen Freiheit und mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung unvereinbar ist. Unter voller Wahrung der Koalitionsfreiheit muß dieser Terrorismus durch gesetzgeberische Maßnahmen im Interesse des deutschen Arbeiters, des deutschen Arbeitgebers und der deutschen Arbeit bekämpft werden, und die Hauptversammlung spricht die zureichende Erwartung aus, daß das deutsche Reichstag in seiner Herbsttagung zu derartigen geeigneten gesetzgeberischen Maßnahmen seine Mitwirkung nicht versagen werde.

Es immer die Hauptversammlung nicht veranlassen, ersucht ihr Ruf für die Durchführung des Zuchtungsgesetzes. Nebenbei dieselbe gegenwärtig, daß die Koalitionsfreiheit gewahrt, aber der Terrorismus und Koalitionszwang getroffen werden solle. Nebenbei aber auch die zureichende Erwartung, daß die bürgerlichen Parteien dem dringenden Verlangen der Unternehmer, die sich alleinberechtigen im Lande, gehorchen und die Vernichtung des winzigen Koalitionsrechts der deutschen Arbeiter betreiben werden.

Die deutsche Arbeiterklasse beginge ein Verbrechen an sich selbst, wenn sie Vertrauen in die Gesinnung der bürgerlichen Parteien gegenüber ihren Ansprüchen setzen wollte. Bismarck zeigen mündliche Vorgänge, daß die politische Situation für die Zuchtungsarbeiten sich verbessert. Nur rastlose Gegenarbeit der Arbeiterklasse selbst, schärfster Protest gegen das schändliche Attentat, einbringliche Agitation auf Weg und Steg kann das Verderbliche zurückweisen. Den bürgerlichen Parteien muß unzweifelhaft gezeigt werden, daß die Arbeiter in dieser Lebensfrage keinen Spaß verstehen! —

Stumm lebt noch! Vom Freiherrn v. Stumm hat man lange nichts gehört. Er hatte sich einen Arm oder ein Bein verrenkt und blieb den ganzen Sommer über der Politik fern. Der Kanalhandel scheint ihm nun nicht nur geographisch, sondern auch politisch von Berlin entfernt zu haben. Stumm ist ein Gegner des Kanalhandels und darum ist die bisher sehr einflussreiche Persönlichkeit offenbar in Ungnade gefallen.

Zu Ehren des scheidenden Landrats von Saarbrücken, Wale, fand am letzten Sonntagabend ein Festessen statt. Freiherr v. Stumm brachte den Toast auf den Kaiser aus, in dem er — nach einem Bericht der „St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung“ — den guten Willen des Kaisers hervorhob, „wenn man sich auch nicht immer mit seinem Thun einverstanden erklären könne.“

Selbst Herr v. Stumm giebt also zu, daß man z. B. die Oeynhauser Rede nicht zu billigen braucht. Einst freilich — zur Zeit des Feldzuges gegen die Pastoren — vertiefte sich Herr v. Stumm auf das Wort des Kaisers wie auf ein Evangelium. Es ist eben alles wandelbar. —

Miquel sammelt! Die „Verl. Pol. Nachr.“ werden unentwegt für den Mittelkanal. Sie finden grobhartige Kompensationen für den Osten an. Die Staatsregierung sei — nach Bewilligung des Mittelkanal-Kanals — dem Vernehmen nach bereit, in den nächsten Jahren den Interessenten und Provinzen mit erheblichen Zuschüssen zu Hilfe zu kommen. Wir brauchen hier nur an die Weichsel, die Oder, die Havel und Spree zu erinnern und, was Schiefen betrifft, noch insbesondere an die kostspielige Bekämpfung des Hochwassers.

Der Junter pfeift auf solche Versprechungen. Er verlangt Bargeschäft. —

Das klerikale Zeilotegeheißer gegen den „III“ geht munter fort. Wenn die „III“-Leute weniger ängstlich wären, so würden sie für die verletzten Gemüter eine Blaupause der gemeinen Beschimpfungen zusammenstellen, die sich die Orthodoxie der verschiedenen Konfessionen gegenseitig gewidmet hat. —

Edele Ziele. Der Innungsabschluss in Nürnberg hatte dem Würzburger Handwerkerkongress folgende, allgemeinste Kennzeichnung würdige Resolution, die nur wegen vorgerückter Zeit von der Tagesordnung abgeleitet wurde, unterbreitet:

1. Es sei an den hohen Bundesrat und deutschen Reichstag die Bitte um Einführung des Arbeitsbuchs für alle Gesellen (Gehilfen) ohne Unterschied des Alters zu richten,
2. dieses Arbeitsbuch, welches jeder Geselle führen muß, sei so einzurichten, daß in demselben vom Meister, Robrisanten oder Arbeitgeber der Ein- und Austritt aus dem Arbeitsverhältnis, also die Dauer der Beschäftigung eingetragen werden muß, der Meister jedoch, wenn ein Geselle (Gehilfe) ordnungsgemäß oder geschwändig das Arbeitsverhältnis löst, nicht verpflichtet ist, demselben sein Arbeitsbuch einzuhändigen,
3. es sollen die Polizeibehörden gesetzlich angewiesen werden, dieses Arbeitsbuch allein als richtige Legitimation eines jeden reisenden oder festsitzenden Gesellen anzuerkennen.

Wir verstehen nicht, warum die Innungsopfermeister nicht die ganze lebenslängliche Polizeibehörde der Gesellen verlangen. Weit höher wäre dies Ziel nicht gestellt als jenes andere. —

Herr Schmoller hat durch seine Rede im Verein für Socialpolitik die Herren der Großindustrie gekränkt. Herr Schmoller hat allerdings in der Beurteilung der heutigen Socialpolitik und der kapitalistischen Feinde der Socialreform ein freies Wort gefunden als längst in der drückenden Herrenhaus-Atmosphäre. Darum wird er sofort von dem Annoncenorgan zur Rede gestellt. Widerspruch fordere heraus, daß Schmoller für die Mitglieder des Vereins für Socialpolitik „größere Unparteilichkeit, höheren Fleiß und damit für ihr Wirken größeres moralisches Gewicht“ beanspruche, während die Unternehmer „ihre persönliche Interesse mit dem Wohle des Vaterlandes gleichbedeutend halten.“ Gegen die Zumutung einer solchen kleinlichen und selbstherrlichen Auffassung muß ganz entschieden protestiert werden, sagen die „Verl. Nachr.“, dasselbe Blatt, das heftiger denn sonst jemand für die völlige Rechtslosmachung der Arbeiterklasse tagtäglich reichliche Dintemengen verpörrt. Weiter wirft das Blatt der vielfachen Millionäre Herrn Schmoller „Uebertreibungen“ vor und mahnt ihn, daß er nicht „den Frieden fördere“, wenn er vor einer geldbarischen Regierungswärme warne. Der Friede wird nach dem Krupporgau nur gefördert, wenn der Unternehmer als Wohlthäter der Arbeiter gepriesen und jeder, der an dieses Wohlthätentum nicht glaubt, in die tiefste Hölle verworfen wird. —

Serne, 25. September. (Fig. Ver.) Von verschiedenen Seiten wird bekanntlich die Ansicht vertreten, daß an dem Ausbruch der herner Streikbewegungen die Polizei mitschuldig sei, weil sie durch Versammlungsverbote die jugendlichen Bergarbeiter schwer reiste und jede Aufklärung unmöglich machte. Die Regierung ist anscheinend anderer Meinung. Der „Rheinische Sprecher“ meldet, daß im Zusammenhang mit der Beilegung der herner Unruhen dem Landrat Spude-Vochum der rote Adlerorden vierter Klasse, dem Bürgermeister Schäfer-Gerne der Kronenorden dritter Klasse, dem Polizeikommissar Brodmeyer-Herne der Kronenorden vierter Klasse und mehreren Gendarmen und Polizeibeamten das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden sei. Mit der Ordensverleihung hätte die Regierung vorsichtigerweise noch etwas an sich halten und erst einmal den Ausgang des Prozesses gegen die „Rhein. Westf. Arbeiterz.“ wegen an-

geblücker Verleumdung der herner Gendarmerie abwarten können. Redacteur Wolf vom socialdemokratischen „Vochumer Volksblatt“ hat übrigens wegen desselben Artikels ebenfalls eine Klage erhalten.

Zu den Landtagswahlen in Baden

Schreibt man uns:

Für die bevorstehende Landtagswahl ist nun die offizielle Proklamtion des Landesvorstandes der socialdemokratischen Partei erschienen. Es kandidieren in 8 Wahlkreisen sieben socialistische Bewerber, von welchen die Genossen A. Dreesbach und A. Weiz bisher Mandate des 45. Bezirks (Mannheim-Stadt) besaßen und, wie der Ausfall der Gemeindevahlen lehrt, zweifellos wieder gegen die „Kaggen“ oder Kartellabdrücker erkämpfen werden. Im nördlichen 46. Kreise (Weinheim), wo bisher die antisemitische Oberwalderei mit Hilfe des Centrums gegen die nationalliberale Partei die Oberhand erhielt, hat sich unsere Partei unter der Arbeiterschaft einen kräftigen Anhang zu verschaffen gewußt. Hier kandidiert unsererseits der Genosse Sommer, Lithograph in Weinheim. Die beiden Antisemiten der badischen Kammer verstanden es, durch ihr Auftreten im Parlament stets eine so unabsichtliche Heiterkeit zu erregen, daß es dem Ansehen der badischen Volksvertretung nur allzu leicht, wenn Herr Winter seinen Weinheimer Kameradschaft einem socialdemokratischen Arbeiter einräumen müßte. Im 44. Landtags-Wahlbezirk Schweyningen-Ladenburg kandidiert unsererseits August Feiß in Ladenburg. Den Wahlkreis vertrat bisher der „Demokrat“ Oder, dem zum Deputierten nicht das Geld, aber das Verständnis für Politik mangelt. Er kandidiert wieder, aber unter sehr erschwerenden Verhältnissen.

Im 42. Kreise (Borzhelm-Stadt) steht unsere Partei, wie in der Stadt Durlach, vor einer ausichtslosen Wahlschlacht. Bei der letzten Landtagswahl kam der Kandidat Sed dem Siege sehr nahe. Da wir in dem Genossen Wilhelm Opficius einen ansehnlichen, sehr populären Kandidaten besitzen, ist anzunehmen, daß hier der Nationalliberalismus diesmal das Feld räumen muß. Siegen wir heuer, so fällt uns hier in zwei Jahren ein weiteres Mandat zu. Nehuliche Chancen bieten sich, wie schon gesagt, im 37. Kreise (Durlach-Stadt), wo Genosse Anton Hendrich kandidiert und des Erfolges sicher ist, sobald die bürgerlichen Oppositionsparteien (Demokraten und Ultramontane) sich gegen den Nationalliberalismus mobil machen lassen. Vor vier Jahren erhielt unser Kandidat Sed 500 Stimmen, der nationalliberale Sieger 700; allein von den 48 Wahlmännern setzten wir nicht einen einzigen durch.

Der letzte der offiziellen Wahlkreise Nr. 36 (Landbezirk Karlsruhe) war die bisherige Domäne der aus einer Person bestehenden konservativen Fraktion der zweiten Kammer. Freiherr v. Stodhorner verbande seinen Sitz den orthodoxen Landgemeinden der agrarischen Gaude (Weinbene), während die um Karlsruhe gelegenen Ortschaften mit ihrer in der Industrie beschäftigten Arbeiterschaft immer kräftiger zu Gunsten der Socialdemokratie in Gewicht fallen. Unser Kandidat ist Genosse Theodor Luy in Baden-Baden. In den Bezirken Konstanz, Lake-Land, Koblach und Bruchsal, woselbst Demokraten ausichtslos kandidieren, treten unsere Genossen direkt für die Wahlmänner dieser Kandidaturen ein. Im übrigen richtet man sich bei uns nach der Parole: Nieder mit den Nationalliberalen, gegen das Ministerium Erlensche und für die Freunde des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts!

In der Kammer verbleiben unsererseits die 3 Abgeordneten Sed, Kramer und Schaler.

In der Stadt Durlach und in Orten des Landbezirks Karlsruhe fanden schon gute Wählerversammlungen statt. Am Sonntag regt sich die Agitation auf der ganzen Linie.

Das Ministerium Puttkamer auf dem Kriegspfade.

Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Das Ministerium Puttkamer hat es für räthlich gehalten, zum Schutze gegen die Kritik, welcher die von ihm im Lande der „wiedergewonnenen Oräber“ inaugurierte Anbelungsmaß seitens der Socialdemokratie in Presse und Versammlungen fortwährend ausgeübt ist, die Hilfe der Gerichte in Anspruch zu nehmen. Anlaß zu diesem Mähen Wagnis gab eine scharfe Censur, die der Vertrauensmann unserer Straßburger Parteigenossen, Böhle, in einer auf badischem Boden abgehaltenen Versammlung der hiesigen Socialisten in berechtigter Entrüstung über die unserer Partei gegenüber fortgesetzt betriebenen Vorkereien der reichsständischen Polizeigewalt dem derzeitigen Regierungssystem in Elsch-Vöhringen angedeutet hatte. Der Sprecher, dessen Worte den Anschauungen aller wahrhaft liberal gestimmten Leute innerhalb und außerhalb der Grenzen Elsch-Vöhringens Ausdruck verliehen, ward also wegen Verbrechen an der Soberit der Puttkamerischen Regierungsweltlichkeit in Untersuchung gezogen und diese — halbe Arbeit im Kampfe gegen Wahrheit, Freiheit und Recht ist noch niemals Sache der reaktionären Gewalten gewesen! — gleichzeitig auch auf den verantwortlichen Redacteur unseres reichsständischen Parteiorgans, Richard Schulze, angedeutet, der in einem aus ganzen drei Worten bestehenden Appendix zu dem Bericht über die erwähnte Versammlung nach Auffassung des Klägers dem Urteil Böhles über die staatsmännischen Qualitäten des Systems Puttkamer beigetreten und damit zum Mitschuldigen des böhschen Verbrechens geworden sein soll. Da man doch einmal in die mit Hilfe der Justiz vorzunehmende Reparatur des ramponierten Ansehens der reichsständischen Diktaturherlichkeit eingetreten war, holte man gegen Schulze zeitlich noch etwas weiter rückwärts aus noch einem vor ungefähr 2 1/2 Monaten in unserm Straßburger Parteiorgan erschienenen Artikel, der sich mit den bisherigen Erfolgen der Puttkamerischen Germanisations-Politik beschäftigte und der gleichfalls eine Verleumdung des pöthlich so empfindsam gewordenen Herrn Staatssekretärs enthalten soll.

Es ist, wenn wir nicht irren, das erste Mal, daß Herr von Puttkamer seinen politischen Gegnern Gelegenheit bietet, das reaktionäre Regierungssystem in Elsch-Vöhringen, dem er seinen Namen geliehen, hinsichtlich seiner Erfolge auf allen Gebieten des staatlichen Lebens an der hierfür geeigneten Stelle, nämlich vor den Schranken des Gerichts, einer öffentlichen und eingehenden Erörterung zu unterziehen. Sollte also das Landgericht Straßburg dem Straf Antrag der Staatsanwaltschaft Folge geben, so würde sich in aller nächster Zeit in der Hauptstadt des Reichslandes ein politischer Prozeß abspielen, der ein besonderes politisches Interesse beanspruchen dürfte.

Ausland.

Die Proportionalvertretung in der belgischen Kammer. Unser Brüsseler Korrespondent schreibt uns: In meinen früheren Briefen habe ich dargelegt, warum die socialistische Partei das Votum für die Proportionalvertretung verweigert, obgleich dieselbe in unserem Programm ist. Der Kongreß von Löwen hat unsere beiden Forderungen: das S. U. (Suffrage universel — allgemeine Stimmrecht) und die R. P. (Repräsentation proportionnelle — Proportionalvertretung) mit einander verknüpft. Außerdem hat das Land durch die Volksbefragungen des Juni gezeigt, daß es befragt sein will.

Die Linke hat diese Befragung durch das Referendum oder durch die Auflösung gefordert. Die liberale Mehrheit hat es aber abgelehnt. Die socialistischen Abgeordneten, die treu an dem Manifest der Linken vom 4. Juli festhalten, haben daraufhin die Vorfrage gestellt. 7 liberale Deputierte von 12 haben die nämliche Taktik befolgt; die fünf anderen ließen ihre Unterschrift verfallen. Das ist der Stand der Linken.

Was die Rechte anbelangt, so zählt sie, bei 112 Abgeordneten, mindestens 87 unbedingte Anhänger des Status quo oder des Systems der Wohlthätel mit einem Namen (uninominal), wie es in Deutschland besteht.

Man veranlagt die Zahl der Deputierten, die für das Regierungsprojekt sind, auf ungefähr 78, und die der Gegner auf 74. Die Lage ist also sehr gespannt. Die Kammer diskutiert das Gesetz der R. P. (Proportionalvertretung) seit 14 Tagen.

Der Minister des Innern, Herr de Trooz, hat sich viel Mühe gegeben, um zu beweisen, daß der Status quo von aller Welt verurteilt und die R. P. von der Mehrheit des Landes verlangt wird: von der Mehrheit der katholischen wie der liberalen Partei, und sogar von den Sozialisten, welche die R. P. in ihrem Programm haben.

Herr Broquenville (Katholik) hat die Tugenden des Stimmzettels mit einem Namen in den Himmel erhoben und prophezeit, daß das Land im allgemeinen und die katholische Partei im besonderen durch die R. P. in den Abgrund gestürzt würden.

Herr Loslever (Katholik) verteidigte die „R. P.“, wofür gegen Herr Masselot, gleichfalls Katholik, sie aufs erbitterteste angriff und für den Stimmzettel mit zwei Namen eine Länge brach.

Dann kam Herr Helleputte (Katholik), der künftige Kabinettschef, wenn die jetzige Regierung fällt; er entdeckte an der R. P. alle erdenklichen Laster: sie zerplittert die Parteien, sie macht das Regieren unmöglich, sie führt zur direkten Gesetzgebung, sie begünstigt den Unglauben.

Ein gegährender „Christlicher“ Demokrat, Herr v. Guchtenave, antwortete Herrn Helleputte, dessen Sophismen sowie die des Herrn Broquenville von dem Katholiken Vethune wiederholt wurden.

Der sozialistische Standpunkt ward von den Genossen Rouart und Bertrand entwickelt. Und schließlich verteidigte der Berichtserichter Herr de Soes recht gut die R. P.

Die Hauptrede der Debatte war die des Herrn Woeste, der das Treiben der katholischen Partei unbarmherzig ausdeckte und u. a. enthüllte, wie die jetzigen Freunde der R. P. in der Regierung die R. P. heftig bekämpften, so lange sie nicht in der Regierung. Die Debatte, welche fortgesetzt wird, ist der Majorität sehr unangenehm. Die Herren Grafen und Barone der Majorität möchten gern „schwänzen“, unser Freund Smets ist jedoch hartnäckig und läßt jeden Tag den Namensaufruf vornehmen.

Die Regierungs-Meute ist wütend, weil die Opposition vor Abstimmungen den Saal verläßt, so daß eine beschlußfähige Zahl nicht anwesend ist. Man hat auch beschlossen, die Geschäftsordnung zu ändern, was aber seine Schwierigkeiten hat. Der Namensaufruf soll künftig nur auf Antrag von 10 Abgeordneten erfolgen und der Namensaufruf soll mit denen beginnen, welche den Antrag gestellt haben.

Am der Obstruktion ein Ende zu machen — wie die Dinge jetzt gehen, wird die Generaldebatte bis zum November dauern — hat man Vorgehensweisen einzuführen gesucht, allein es ist nichts gelungen. Kurz, der Karren steht fest.

Milans Blutjustiz.

Das Standgericht hat getan, was Milan verlangte, es hat eine Anzahl politischer Gegner dem lebendigen Tode überliefert, auf 20 Jahre mit schweren Ketten beladen ins Gefängnis geworfen.

Eine ungeheure Brutalität im Zeitalter der „Christlichen Glorifikation“, der Zeit der Friedensverhandlungen! Werden sich die „gestifteten Mächte“ Europas gegen diese entsetzliche Bluttat, die sich im Gewande der Justiz verdeckt, erheben? Oder wird das Verbrechen an unschuldigen Männern nirgends Widerstand finden?

Ueber die Exekution des zum Tode verurteilten Anzevitsch wird gemeldet:

Die Exekution des Anzevitsch wurde um 4 Uhr vollzogen. Vor dem offenen Grabe erklärte Anzevitsch dem Richter gegenüber mit lauter Stimme, daß alle Umstehenden es hören könnten, daß alle Verurteilten, ihn selbst ausgenommen, unschuldig seien. Unmittelbar nach dem Urteil, noch im Gerichtssaal, rief Nikolitsch dem Anzevitsch zu: „Sieh an, Glender, was Du aus mir gemacht hast!“ Anzevitsch antwortete mit aller Ruhe: „Sie haben ja gesehen, Herr Oberst, daß ich in der Verhandlung alles getan habe, um Sie zu entlasten. Man hat mir nicht geglaubt!“ Im Gefängnis benahm sich Anzevitsch sehr gefaßt. Der ebenfalls zu 20 Jahren Kerker verurteilte Hauptdeputierter Kressowitsch geberdete sich wie wahnsinnig, schrie und jammerte. Da sagte ihm Anzevitsch: „Wenn Du das gar so schwer fällst, so lausni Du mit mir gehn!“ Der Exekution, die auf der Hinrichtungsstätte in der Dünengegend, unmittelbar am Donaufluße stattfand, wohnte ein vielköpfiges Publikum bei, das in weitem Kreise die umgebenden Hügelränder besetzt hatte. Die Leute waren lustig und guter Dinge, als ob es sich um ein Volksfest handelte. Man hätte fast meinen können, sie hätten sich bei dem produktiven Wetter, das gerade herrschte, etwa zu einem Wettrennen versammelt. In einer Erbsentung war eine Grube gekauert, wovon der Delinquent gestützt wurde. Anzevitsch war mit Striden gebunden. Dann wurden ihm schnell die Augen verbunden und er selbst in die 2 Meter tiefe Grube gestellt. Vier Gendarmen gaben eine Salve aus ihren Revolvergewehren ab und — die Exekution war vollzogen. Vorherausgeschickt schossen noch zwei Gendarmen ihre Gewehre auf Anzevitsch ab. Kommt waren die Gewehre abgesetzt, als Arbeiter mit Schaufeln herbeieilten und die Grube zuschüttelten. Damit war alles besudigt.

Die Transvaalkrise.

Der Wortlaut der beiden Depeschen Chamberlains an den Gouverneur der Kapkolonie Milner vom 22. September, welche dieser der Regierung von Transvaal mitteilen sollte, ist nunmehr veröffentlicht worden.

Die erste Depesche drückt das tiefe Bedauern der britischen Regierung aus über die Ablehnung der britischen, in gemäßigtem Sinne und in verständlichem Tone gehaltenen Vorschläge durch Transvaal und sagt, die britische Regierung habe wiederholte Versicherungen gegeben, daß sie keinen Wunsch hege, die Unabhängigkeit Transvaals anzutasten, falls die Bedingungen, auf denen die Unabhängigkeit beruhe, ehrlich dem Sinne und dem Buchstaben nach beobachtet würden. England habe sich im Sinne der allgemeinen Verhütung erboten, vollständig Garantien zu geben gegen jeden Angriff auf die Unabhängigkeit der Republik, sei es, daß dieser von britischen Kolonien oder von einem fremden Staate erfolge. England habe keine andern Rechte, sich in die innern Angelegenheiten der Republik einzumischen, als die, welche von den Konventionen hergeleitet seien oder welche jeder Nachbarregierung zum Schutze ihrer Interessen und ihrer angrenzenden Besitzungen zuständen. Aber die Haltung Transvaals, welches das Recht beanspruche, ein souveräner Staat im internationalen Sinne zu sein, habe die britische Regierung gezwungen, diesen Anspruch Transvaals durch aus abzuleugnen und zurückzuweisen. Der Hauptzweck der Verhandlungen, welcher in einer Weise festgelegt war, die keine Wiederholung zulasse, war, vor allem den Urtandern solche wesentliche und unmittelbare Vertretung zu gewähren, welche wie England hoffe, eine weitere Einmischung in deren Interesse unwirksam machen würde, da die Urtandern so im Stande wären, sich eine völlig gerechte Behandlung selbst zu sichern, welche ihnen 1881 in aller Form versprochen war und welche die Königin ihnen sicherzustellen beabsichtigte, als sie das Privilegium der Selbstverwaltung gewährte. England sei der Ansicht, daß keinerlei Bedingungen, welche weniger gewäherten, als das, was in der Depesche vom 8. September als Bedingung gestellt war, diesem Zweck entsprechen könnten. Die Weigerung Transvaals, sich mit dem entsprechenden Vorschlage Englands zu befassen, mache es zweifellos, die Diskussion noch weiter in den bisher eingehaltenen Grenzen fortzuführen, und die britische Regierung sehe sich sehr gezwungen, die Lage von einem neuen Gesichtspunkte aus zu betrachten und selbst Vorschläge zu machen zur Vereinfachung der Uebelstände, welche die viele Jahre hindurch von Transvaal befolgte Politik geschaffen

habe. Das Ergebnis der Beratungen der britischen Regierung werde der Republik in einer weiteren Depesche mitgeteilt werden.

Das zweite Telegramm weist der Reihe nach die von Transvaal vorgebrachten Gründe für den England gemachten Vorwurf des Vertrauensbruchs bei den letzten Verhandlungen zurück und unterstützt diese Ansicht der britischen Seite durch Hinweis auf die bisher gepflogene Korrespondenz.

Aus Pretoria wird gemeldet, daß im Volksrat beantragt sei, eine Erklärung an die britische Regierung zu senden, daß die weitere Ansammlung von Truppen auf der britischen Seite der Grenze als feindselige Handlung betrachtet werden würde.

Oesterreich-Ungarn.

Zum Volauer Mädchenmord. Das Kreisgericht in Kutteneberg verfolgt die beiden von Hilsner beschuldigten Personen fleißig. Nach den ausgegebenen Stadien ist Erbmann im Jahre 1882 in Trebitz geboren, mittelgroß, hat ein rundes Gesicht, eine stumpfe Nase, schadhafte Zähne, roten Vollbart, ist lahmfüßig, hinkt auf dem rechten Fuß, stützt sich beim Gehen auf einen Stod, er ist der deutschen und der tschechischen Sprache mächtig und treibt sich in der Welt von Betteln lebend herum. Wassermann ist 28 Jahre alt, größer als mittelgroß, hat einen schwarzen Schnurrbart, dunkle Haare, schwarze große Augen, eine krumme Nase, einen schwerfälligen Gang, ist ausgeleertener Körper und treibt sich ebenfalls als Bettler in der Welt herum.

Vemerksenswert ist, daß diese Personenbeschreibungen, welche nach den Angaben Hilsners erfolgten — von dem Hinsen Erbmanns abgesehen — den Schilderungen widersprechen, welche die Zeugen im Prozesse von den Begleitern der Angeklagten entworfen haben.

Einer Jurisprudenz aus Trebitz erinnert die „R. Fr. Pr.“, daß die Gendarmerie seit einigen Tagen nach Josua Erbmann fahndet. Erbmann, der nach Trebitz zurückgekehrt ist, sich jedoch in dieser Stadt selten aufhält, ist ein 48jähriger halbblinder Bettler, der sich auf Krücken fortbewegt und wegen Vagabondage wiederholt abgestraft wurde. Er besand sich am 24. März in Trebitz und begab sich von dort nach Jamnitz zum Besuche seiner Eltern.

Aus Prag wird berichtet: Die „Narodni Listy“ melden in ihrem Abendblatte, daß die beiden angeblichen Mithäuflichen Hilsners, Erbmann und Wassermann, bereits verhaftet seien.

Vom „Narodni Listy“ werden Zweifel an der Schuld der beiden angeblichen Mithäuflichen Hilsners ausgesprochen, da Wassermann zur Zeit des Mordes im Spital in Deutschbrod und Erbmann damals nicht in Polna gewesen ist.

Frankreich.

Das Fest in Albi ist glänzend verlaufen. Es war ein Rendezvous der französischen Sozialdemokratie, dem auch ein internationales Gepräge aufgedrückt war. Wir werden einen eigenen Bericht bringen aus der Feder unseres Pariser Korrespondenten, der dem Fest bewohnte.

Erwähnt sei jetzt nur, daß nach dem vorliegenden Bericht der „Revue Republique“ die Stimmung in Albi und dem benachbarten Carmaux — dem alten Wahlkreise von Jaurès — eine hochgeheuerte und siegesgewisse ist. Das muß hervorgehoben werden, weil es dem Terrorismus das von den Regierungsorganen unterhaltenen Messiasgehirn gelungen war, einen Teil der Arbeiter einzuschüchtern, so daß Jaurès bei der letzten Wahl unterlag. Der Verlauf des Sonntagsfestes bürgt dafür, daß die Schwärze der vorjährigen Niederlage in der nächsten Wahlperiode und die Diffidatur des Kapitalismus in diesem zu zwei Dritteln aus Arbeitern bestehenden Wahlkreise für immer gebrochen wird.

Bei der Leichenfeier in Ehren Scheurer-Kessners, die am Montag auf dem Ostbahnhof stattfand, wurden mehrere Neben gehalten. Als Briffon das Wort nahm, wurde er mit lebhaften Beifallrufen begrüßt. Briffon feierte Scheurer-Kessner als den Soldaten, der im Dienste der Gerechtigkeit stand und sein ganzes Leben das plebisidäre Regime bekämpfte, welches Frankreich so viel Unheil gebracht habe. Nach Briffon sprach Hane und betonte, daß von Scheurer-Kessner ein großer Justizirrtum wieder gut gemacht und der gute Ruf Frankreichs getettet worden sei. Nachdem die Feier beendigt war, wurde Briffon nochmals eine Ovation dargebracht. Die Anwesenden umringten seinen Wagen unter dem Rufen: „Es lebe die Republik!“ Briffon, der von dieser Ehrung tief bewegt war, erwähnte seine Freunde, die Republik auch fernerhin zu verteidigen. Oberst Picquart wurde ebenfalls mit zahlreichen Rufen „es lebe Picquart, es lebe die Republik!“ begrüßt.

Schweden.

Von den Wahlen. (Sig. Ver.) Die Wahl in Stockholm hat einen allgemeinen Sieg der Linken gezeigt. In den 5 Kreisen wurden von 22 Abgeordneten: 20 Liberale, 1 Sozialdemokrat und 1 Konservativer gewählt. Selbst in Oestermalm, im vierten Kreise, hat die Rechte zwei Siege verloren, weil die Sozialdemokraten Kandidaten aufgestellt hatten. Nur im ersten Kreise ist ein Konservativer, Dallenberg, gewählt, allerdings nur mit 780 Stimmen, die anderen drei Vertreter hatten 1095, 1663, 1654 Stimmen. Für unsere Partei sind im übrigen folgende Stimmen abgegeben. Im fünften Kreise ist Hjalmar Branting als zweiter gewählt mit 1250 Stimmen (die andern haben 1688 — 1016 — 977). In den anderen Kreisen sind nur Stimmstimmen abgegeben: im I. 293, im IV. 191.

Auch bei der Wahl in Hrad hat die Sozialdemokratie eine bedeutende Minorität erzielt. Der gewählte Kandidat hatte 349 Stimmen, unser Parteimitglied Thorsson 200 Stimmen. Im Vorjahre war das Stimmenverhältnis Liberale 229, Konservative 145, Sozialdemokraten 191, Stimmrechtsfreie 73. Offenbar haben diesmal Liberale und Konservative zusammengezählt und doch 25 Stimmen verloren, die Sozialdemokratie aber die 89 Stimmen der Stimmrechtsfreien gewonnen.

In Kalmar betrug 1898 die Zahl der Wahlberechtigten 3410. Davon stimmten nur 1574 und hiervon waren sozialdemokratische Stimmen: 349. Bei der diesmaligen Wahl regte die Liste der Liberale und Moderaten mit 1642 und 1603 Stimmen, aber auch die Sozialdemokratie hatte zwei Kandidaten aufgestellt und erzielte 707 und 667 Stimmen. Die Zahl hat sich also verdoppelt.

In Helsingborg bekam der Kandidat der Rechten und Moderaten 841 Stimmen, der Kandidat der Radikalen: Sozialdemokrat Redacteur Svensson 881 Stimmen.

Partei-Nachrichten.

Der Parteitag des westlichen Westfalens fand am 24. d. M. in Schwelm statt. 89 Orte waren durch 58 Delegierte vertreten. Den Vorsitz führte Gehr-Eldersfeld. Angenommen wurde u. a. folgender Antrag:

Das Agitationskomitee hat ein Flugblatt herauszugeben, welches das in der „Denkschrift“ enthaltene, aus dem Kohlenrevolver stammende Material zur Zuchtensborlage verarbeitet und an der Hand der westlichen Kreise energisch kritisiert. Das Flugblatt hat auf die besonderen Verhältnisse des Ruhrreviers Bezug zu nehmen. Ferner wird beschlossen, die polnische Agitation durch polnische Flugblätter und polnische Versammlungen mehr zu betreiben.

Zum Borort für das Agitationskomitee wurde abermals Bochum bestimmt. Nach dem Bericht des Rechnungsführers betragen die Einnahmen 1810 M., die Ausgaben 1112,06 M. Der nächste Parteitag wird in Herno abgehalten werden.

Zur Versteinfrage wurde folgender Antrag Rosenow einstimmig angenommen:

Der Parteitag für das westliche Westfalen erklärt, daß er es bedauert, wegen der Wichtigkeit der Behandlung organisatorischer und agitatorischer Fragen lokaler Art, nicht in eine eingehende Besprechung des Streitpunktes und wider Verstein einzutreten zu können; er giebt jedoch unter Bezugnahme auf die Stellungnahme von Versammlungen der Genossen, die die Angriffe auf die Grundanschauungen der Partei entschieden verurteilt haben, der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Gesamtparteitag in Hannover auch in diesem Streite jede Verwässerung der Prinzipien der Partei und damit jede Hinderleistung der proletarisch-sozialistischen Bewegung ins bürgerlich-reformatorische Lager verhindern wird.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Talglichter im Zeitalter der Elektrizität. Wenn es gilt, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, kommt auch das Talglicht noch heutigen Tages zur Geltung. In Gollnow in Pommern war Volksversammlung angesetzt, Genosse Herbert Stettin sollte sprechen. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung eröffnet hatte, erklärte der Oberwachmeister des Kreises, welcher die Versammlung überwachte, daß er die Versammlung nur stattfinden lasse, wenn man sämtliche Lampen ausmache und Talglichter anzündel. Nachdem das wohl oder übel geschehen, konnte Herbert seinen Vortrag halten. — Wir können nicht recht einsehen, warum der anscheinend für das Altertümliche schwärmende Oberwachmeister bei dem Talglicht Halt macht; viel sinniger wäre es gewesen, bis auf den brennenden Steinpaß zurückzugehen.

Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik.

Breslau, den 28. September 1899.

Der heutigen Sitzung präsidiert Gehheimer Kommerzienrat Besky-Breslau. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung

„Die Lage des Haufiergewerbes“

referiert Professor Dr. Stinda-Weipzig. Es handelt sich hier um etwa 80000 Personen, die Untersuchung dieser bisherigen terra incognita lohne sich aber jedfalls für den Socialpolitiker. Referent glaubt, daß die vom Verein für Socialpolitik veranstaltete Enquete über das Haufiergewerbe viel Neues enthalte. Das Haufiergewerbe habe in der Zeit des Eisenbahnverkehrs den goldenen Boden verloren. Angesichts der großen Mäßigkeit dieses Gewerbes sei die Zahl der Haufierer eigentlich sehr groß zu nennen. Man dürfe drei Gruppen unterscheiden, einmal die Haufierer, welche selbstgezeugte Waren verkaufen, dann solche, die Ware kaufen, um sie wieder zu verkaufen und drittens diejenigen, die das Haufieren nur als Bedienung für Betteln und Dummeln benutzen. Wirtschaftlich muß natürlich bei diesen drei Gruppen scharf unterschieden werden. Gar nichts einwenden könne man gegen die erste Gruppe, die haufierenden Obstgärtner und Samenhändler, die in Deutschland niedergelassenen Gipsgüterhändler usw. Die zweite Gruppe enthalte sehr verschiedene Elemente, die von der Rot des Lebens zum Handel im Umherziehen gezwungen werden. Neben ganz realen Geschäftleuten finden sich hier auch die Typen des verschämten Krämers und des Schwunders. Im allgemeinen ließe die veranfaltete Enquete den Haufiererkund als durchaus ehrenwert erscheinen, die zu Tage tretenden Schwächen seien die Schwächen des Handels überhaupt. Dagegen seien vielfache Schädigungen des Wirtschaftslebens durch den Haufierhandel bedingt. Solche seien die viel öftere Schädigung des kaufenden Publikums und die dem schäbsten Handwerk erwachsende lokale Konkurrenz. Gegen das Monopol der Krämer an kleinen Orten bilde der Haufierer dagegen ein Gegengewicht. Selbst unter den heutigen hochentwickelten Verkehrsverhältnissen sei der Haufierer noch in vielen Fällen wirtschaftlich unentbehrlich. Auch einzelne Industrien fügen sich auf den Haufierhandel, so die optische Industrie und manche große Verlagfirmen. Für die dritte Gruppe hat Referent kein verteilendes Wort. Hier kommen die mit körperlichen Gebrechen behafteten haufierenden Leute besonders in Betracht, die auf das Mitleid des Publikums spekulieren. Die Erstellung von Haufiergewerbebescheinigungen an solche Personen sei nicht wünschenswert. Die losenlose Erstellung von Haufiergewerbebescheinigungen an Bedienstete, wie es besonders Kommunen lieblich, um auf diesem Wege ihre Armenlasten zu verringern, müsse jedenfalls aufhören. Ueberhaupt der vorgenannten drei Gruppen stehen die fahrenden Sänger, Schaupspieler und Akrobaten. Ueber diese will Referent nicht sprechen, obwohl auch über deren Lebensverhältnisse sehr viel Interessantes zu sagen wäre. Nach dem Ergebnisse der Enquete empfehle es sich nicht, dem Haufierhandel neue gesetzliche Beschränkungen aufzuerlegen, höchstens beim Viehhandel mögen solche angebracht sein. Die bedenkliche Lage, in der sich der schäbste Kleinhandel und das Handwerk befinden, komme nicht vom Haufierhandel, sondern von ganz anderen Ursachen. Referent hofft, daß die Enquete Anerkennung bei der Versammlung finden wird. (Beifall.)

Ueber die Lage des österröichischen Haufierhandels

spricht dann Dr. Usher-Wien. Unter dem Schlagwort „fort mit dem Haufierhandel“ leide das Haufiergewerbe in Oesterreich schwer. Referent besagt die gesetzlichen Beschränkungen des Haufiergewerbes und mehr noch die falschen und willkürlichen Anwendungen derselben durch die unteren Organe des österröichischen Staates. Deutschland sei im Vergleich mit Oesterreich noch ein Dorado für die Haufierer, hier werde die Frage noch viel ruhiger und sachlicher behandelt.

Referent Usher in Breslau bekräftigt den Vorschlag des Referenten, den Haufierhandel mit Vieh gesetzlich zu verbieten. Vielleicht ließe sich der Handel mit Milchvieh unterlagen, die Aufhebung des Pferde-Haufierhandels aber sei für Landbesitzer in vieredarmigen Gegenden bedenklich, das gleiche sei mit dem Ferkel- und Gänsehändler der Fall. Im allgemeinen seien die gesetzlichen Beschränkungen des Haufierhandels schon heute eher zu groß, als zu klein. Bedenklich sei das Verbot des Haufierens mit billigen Schmuckstücken. Darunter habe auch die Fabrikation solcher Waren sehr gelitten. Auch die gegen die verchristelten Haufierer gerichteten Anschuldigungen bekämpfe Referent. Auch hier sind die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ganz ausreichend. Ebenso müsse man sich gegen eine Extrabesteuerung der Haufierer zu Gunsten der schäbsten Gewerbetreibenden wenden. Der Verein für Socialpolitik dürfe eine solche abschlägige Weisung nicht betreten. (Beifall.)

Dr. Hainisch-Wien ergänzt die Ausführungen Dr. Ushers in einigen Punkten.

In seinem Schlusswort erörtert der Referent Dr. Stinda, daß Herr Besky sich irre, er habe von einem allgemeinen Verbot des Haufierhandels mit Vieh nicht gesprochen, sondern nur von Milchvieh.

Der Vorsitzende resumiert kurz die gepflogenen Erörterungen, worauf die Mittagspause eintritt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Berliner Steinarbeiter. Morgen werden die ausländischen Steinemacher das Einigungsamt zur Entscheidung anrufen, wenn bis dahin seitens der Steinemacher-Jurung keine zurückerstellende Erklärung abgegeben ist, bezw. die von ihnen unterbreiteten Vorschläge abgelehnt werden. Bekanntlich haben die Unternehmer außer den durch den Streikspruch schon festgesetzten Bedingungen nur eine fünfprozentige Erhöhung der Accordpreise vom 1. März u. z. ab bewilligt, während die Arbeiter die Garantie für einen Verdienst von 30 resp. 33,00 M. auch bei Accordarbeit fordern. Auf die allgemeine Lohnherabsetzung von 5 Proz. verzichteten die Arbeiter aus sehr erlässlichen Gründen; sie schlugen hingegen vor, daß von den 72 Positionen, die der alte Tarif enthält, nur 18 und zwar im durchschnittlich 25 Proz. erhöht werden. Ferner wird gefordert, daß

dem Tarif erläuternde Skizzen, wie dies auch in anderen Städten üblich ist, beigegeben werden, damit die beständigen Streitigkeiten bei der Lohnbewegung beseitigt werden.

Warum sich die Unternehmer so beharrlich weigern, diese völlig gerechtfertigte Forderung zu erfüllen, ist nicht recht verständlich. Ebenfalls unbegreiflich ist es, daß die Unternehmer, die sonst mit der Mär kauften gehen, daß die Steinmetzen pro Woche 60 und 70 M. verdienen, den geforderten Lohn von 80 bzw. 83,00 M. nicht garantieren wollen. Dieser Lohn ist bei der anstrengenden und überaus gesundheitschädlichen Arbeit eines Steinmetzen, der, wenn wir nicht irren, eine vierjährige Lehrzeit durchzumachen hat, doch wahrlich nicht zu hoch.

Die Unternehmer trifft die Schuld allein, wenn keine Einigung erzielt wird und der Kampf, durch welchen immer weitere Kreise in Mitleidenschaft gezogen werden, noch — vielleicht auf lange Zeit fort dauert.

Von anderer Seite wird uns noch berichtet: „Die Unternehmer beginnen bereits, die Beschlüsse ihrer Versammlung in Dresden vom 18. September durchzuführen. Gefündigt wurde den Steinmetzen Leipzig's, ca. 500, den 50 in Rebra beschäftigten, ferner den 30 Steinmetzen der Firma Schrap in Kostod, sowie den bei der Firma Walthier in Erfurt beschäftigten 45 Steinmetzen. Kommt man wirklich am 8. Oktober zur Auslieferung oder sollen jetzt schon kleinere Schreckschiffe abgegeben werden?“

Streitterrorismus. Unter dieser Spitzmarke beschäftigt sich das Organ des Kronenprinzen Strupp mit unserer gestrigen Notiz über den Weberstreik bei G. Heibisch. In derselben wurde bedauert, daß Bernauer und Rowaweser Weber als Arbeitswillige nach Berlin gelommen seien. Das genannte Blatt fragt nun:

„Wie sollten die „Bernauer Kollegen“ dafür sorgen, daß die Arbeitswilligen nicht nach Berlin kommen? Wie sollten die „Rowaweser Kollegen“ besser Obacht geben? Warum erfolgt diese öffentliche Bekundung der Arbeitswilligen? Wer die Denkschrift zum Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen gelesen hat, hat nach der Antwort auf diese Frage nicht lange zu suchen!“

Wer die Denkschrift nun aber nicht gelesen hat? Für diese wollen wir die den „Berliner Neuesten Nachr.“ wünschbare Antwort geben: Natürlich verkaufen hätten sie die Arbeitswilligen sollen; andere, als Gewaltmittel kann sich das Organ für Besitz und Bildung auch im wirtschaftlichen Kampfe doch nicht vorstellen.

Die von den Streikenden Isolieren und Rohrbühleren dem Gewerbegericht bezeichneten sechs Firmen haben es gestern (Dienstag) abgelehnt, vor dem Einigungsamt mit den Streikenden zu verhandeln. Sie geben an, daß sie genügend Arbeitskräfte zur Verfügung hätten.

Der Streik der Tischler und Drechsler bei der Firma G. Heibisch u. Co., Reichensbergerstr. 57, ist zu Gunsten der Arbeiter beendet; der Unternehmer hat die gegen die Ausständigen beim Gewerbegericht anhängig gemachten Klagen wegen Kontraktbruchs zurückgezogen.

Achtung, Holzbildhauer! Wegen Nichtbewilligung der gestellten Forderungen sind Kollegen folgender Werkstätten in den Ausstand getreten: Thum, Grimmstr. 35; Arndt, Neue Königstr. 10 (arbeitet für Brunglow); Vogel, Rixdorf, Senesbedstr. 116; Pittmann, Wilschstr. 7; Wartz, Friedrichsbergstr. 10; Weber, Brügelstr. 7; Beth, Melzerstr. 31; Seifert u. Wolf (Bourgett), Bruchstr. 30; Brunglow, Neue Königstr. 15; Schulz, Jägerstr. 30; Jacquemin, Alte Jakobstr. 88; Kirchner, Adolbertstr. 42; Grig, Wallfadenstr. 57; Kramer, Koppentstraße 60; Solony, Rixdorf, Walterstraße 26; Schöner, Mariannenstraße; Brandenburg, Wilschstr. 124; Rester, Rantewallstraße 27/28; Gröger, Kottbuser Damm 95; Reumann, Rantewallstraße 22; Reumann, Schönleinstr. 14.

Es wird ersucht, diese Werkstätten streng zu meiden. Meldungen, auch der Firmen, welche bewilligt haben, sind ungenügend an die Lohnkommission, Köpckeplatz 92 (Restaurant Spielberg, Telefon Amt VII Nr. 3982), in der Zeit von 9—1 und 3—7 Uhr zu richten.

Die organisierten Holzarbeiter werden ersucht, die in ihren Geschäften arbeitenden Bildhauer auf die Forderungen aufmerksam zu machen.

Die Lohnkommission. In eine Lohnbewegung werden in diesem Herbst die Rixdorfer Webergehilfen eintreten. In einer Versammlung, die am Montagabend im Lokal Mercier, Steinmetzstr. 55, stattfand, ward dieser Beschluß gefaßt, nachdem die Umstände in dieser Branche klargestellt waren. Allseitig wurde behauptet, daß bei den heutigen Lohnverhältnissen keine Arbeiter mehr auskommen können. Von einer Seite wurde der Vorschlag gemacht, mit den Meistern Hand in Hand zu gehen, da dieselben einen Zuschlag von 20 Pf. zugebilligt haben. Dieser Vorschlag wurde aber scharf bekämpft und betont, daß auf eine bloße Zugabe der Meister nichts zu geben sei. Es wurde schließlich eine Kommission von sieben Personen gewählt. Dieser Kommission wurde aufgegeben, einen einheitlichen Tarif auszuarbeiten und mit den Meistern zu verhandeln.

Antisemitismus und Handelsangestellte. Man schreibt uns: Die in letzter Woche stattgefundene Versammlung der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen bot nach mehreren Richtungen hin ein anschauliches Bild der sich auf diesem Gebiete geltend machenden Interessen und Westereungen. In überwiegender Mehrzahl waren es kaufmännische Angestellte, aus denen sich die starkbesuchte Versammlung zusammensetzte, doch waren auch beachtlich nahebedeute Angehörige der Arbeiterklasse, namentlich Hausdiener und Kader, erschienen und konnten in der Diskussion ihre Wünsche vorbringen, da in Übereinstimmung mit der Regierungsnovelle, die von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern des Handelsgewerbes spricht, auch die öffentliche Einladung ergangen war. Wenn hierdurch auch manche, wesentlich in der heutigen Gesellschaftsordnung wurzelnde Gegenstände zum Ausdruck kamen, so war es doch erstens, wie aus dem Gange der modernen Arbeiterbewegung geleitete Versammlung innerhalb dieses Klassenkreises einen gemeinsamen Boden zur Aussprache schaffen und weiterhin ein gemeinsames Band der Interessen erkennen lassen konnte. Es ist dies um so erfreulicher, als in gewissen von der Mittelstandspraxis lebenden Kreisen ein Klassenbündel sich geltend macht, der mit dem im Kaufmannstande herrschenden Verhältnissen und zum Teil mit dem Bildungsniveau desselben wenig im Einklang steht.

Charakteristisch hierfür war das Auftreten der Antisemiten, die, nachdem sie zuvor in einer von den Freisinnigen veranstalteten Dreifachversammlung ihre Thesen vorgelegt und dieselbe zum vorzeitigen Ende gebracht hatten, zu später Stunde noch im Saale erschienen, so wie allende Studenten eine Herreise zu unternehmen pflegen, und kaum anwesend, in dänkelhaft provozierender Weise, unter dem bekannten Pathos „nationaler“ Schlagworte in die Erörterung einzugreifen suchten. In der antisemitischen „Staatsb.-Ztg.“ wird der „deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband“, dem die Betroffenen angehörten, als „Kampfbund“ bezeichnet; man hat indessen den Eindruck, daß dieser Kampf weniger für die eigentlichen und höchsten Interessen der Berufsklasse, als hauptsächlich für antisemitische Sonderzwecke geführt wird. Es heißt über den Verband in genanntem Blatte weiter, daß er als „maßgebende Vertretung des Standes“ freis. Seite an Seite mit der „autonomen selbstständigen Kaufmannschaft“ kämpft, ferner, daß Standeswohl immer dem Gemeinwohl unterordnet, in begeisterter deutscher Gesinnung, in unerschütterlicher Kampfbereitschaft gegen die Sozialdemokratie, Freisinn und sonstige Juden“ sein Ziel zu erreichen sucht usw.

Das sind einfach die antisemitischen Lehrlinge auf eine besondere Standesvertretung übertragen. In allen hinter uns liegenden Jahrzehnten bis heute ist der Antisemitismus eine liebedienliche, servile Mache im Dienste der herrschenden Klassen gewesen, heute des „christlichen“ Großkapitals. Da es aber in unserer modernen, von der sozialen Frage bewegten und aufgeregteren Zeit doch nicht ohne Fühlung nach unten geht, so hat man sich den „Mittelstand“ aneignen, nachdem die Arbeiterschaft ausgesperrt hat, dafür empfänglich zu sein, die Regergelassenen von La Blatte allenfalls noch ausgenommen.

Wenn aber weiterhin die Vertreter dieser Bestrebungen an einer Stelle als „politisch reife Männer“ bezeichnet werden, so

möchten wir dagegen doch einigen Widerspruch erheben und es von diesem Standpunkte aus fast ein wenig bedauern, daß in jener Versammlung der Versuch der Herren Antisemiten, derselben ein ähnliches Schicksal wie der freisinnigen zu bereiten, so schnell zu ihrem eigenen Abzug geführt hat; eine weitere sachliche Diskussion wäre vielleicht wertvoll gewesen, damit die Herren zeigen konnten, daß sie, die „maßgebende Vertretung“ der Interessen der kaufmännischen Angestellten, außer Tagesgeschlagworten, Heg- und Karmalkist einer ernstlichen, sachlichen Erörterung fähig und willens sind. Daß sie mit ersteren allein einer geschulten und denkenden Arbeiterschaft wie der heutigen gegenüber auf große Erfolge laun je zu hoffen haben werden, dieses Bewußtsein werden sie wohl mit nach Hause oder sonstwärts genommen haben.

Deutsches Reich.

Achtung! Posamentiere Deutschlands und Oesterreichs. Kollegen! Wie Ihr wißt, befinden sich die Posamentiere Berlins seit 14 Tagen im Kampf mit dem Unternehmertum. Leider müssen wir konstatieren, daß einzelne unserer Kollegen nach auswärts nicht so viel Solidaritätsgefühl besessen haben, um Stellung nach Berlin auszuschießen. Wir bitten die Kollegen unbedingt, nach Berlin augenblicklich keine Stellung anzunehmen, denn nur durch Fernhaltung des Zuzuges kann der Sieg erzwungen werden. Doch die Solidarität. Nicht bewilligt haben folgende Firmen: Wäagner & Wende, Wende u. Co., H. Wilschle, G. Guffeld, Köstermann u. Jaritzandly, W. u. G. Kehler, A. Einzel, G. Hoffmann Weiland u. Co., Th. Bagler, Reis u. Burmeister, E. Hoppe, Eisner u. Hausig, Braggode, A. Volmer, G. Wehmer, H. Schmidt.

Alle arbeitervreundlichen Blätter Deutschlands und Oesterreichs werden um Abdruck gebeten. Die Lohnkommission.

Der Maurerstreik in Lüneburg ist beendet. Die Baumeister haben bewilligt, vom 1. Oktober an 42 Pf. Stundenlohn zu zahlen; im Anfang des nächsten Jahres sollen Verhandlungen über den für den kommenden Sommer geltenden Tarif gepflogen werden. Dagegen streiken die Bau-Hilfsarbeiter noch weiter, da die Meister deren Forderungen schriftlich noch nicht anerkannt haben.

Zum Krefelder Färberstreik wird uns von dort geschrieben: Die Situation hat sich in den letzten Tagen derart zu Gunsten der Arbeiter verändert, daß man heute ruhig die Behauptung aufstellen kann, eine Niederlage der Arbeiter ist vollständig ausgeschlossen, wenn die erwartete Unterstützung nicht ausbleibt. Bekanntlich hat sich die Bewegung auf alle Färbereien Krefelds ausgebreitet; sämtliche Arbeiter machten sich die Forderungen der Arbeiter von Duisburg und Puller zu eigen und gingen demgemäß vor. In neun Färbereien wurden die Forderungen bewilligt und bleiben noch fünf Firmen übrig, welche bisher alles abgelehnt haben. Damit ist schon ein Erfolg zu verzeichnen und der Ausgang des Kampfes ist nun nicht mehr zweifelhaft, da die Färbereibesitzer, welche die Zugeständnisse gemacht haben, alles daran setzen, um auch in den übrigen Betrieben die Durchführung der Forderungen zu fördern. Der Ausstand erstreckt sich heute über 5 Färbereien mit circa 1500 Arbeitern, und steht zu erwarten, daß eine weitere Ausdehnung nicht stattfinden wird. Die Arbeitgeber wenden alle erdenklichen Mittel an, um die Arbeiter uneinig zu machen; durch Vorpiegelung falscher Tatsachen war es ihnen schon gelungen, eine Anzahl Streikbrecher zu gewinnen, welche jedoch die Arbeit wieder einstellen, als ihnen der richtige Sachverhalt klar wurde. Heute stehen die Arbeitgeber, welche vom Ausstande betroffen sind, ohne Arbeitskräfte da und die Aufträge häufen sich von Tag zu Tag immer mehr an. Schon macht sich in den fraglichen Webereien ein Mangel an Seide zum Weben bemerkbar und ist man im allgemeinen der Ansicht, daß in kurzer Zeit das Ende des Streiks eintreten werde. Verhandlungen sind vorläufig noch nicht im Gange, da der Hochmut der Unternehmer dieses nicht zuläßt. Wir müssen nochmals dringend ersuchen, die Streikenden materiell zu unterstützen, damit das schon Errungene nicht wieder verloren geht. Die Arbeiter Krefelds sind nicht in der Lage, die Ausständigen allein über Wasser zu halten; möge deshalb jeder seine Pflicht thun, damit die Sache nicht aus Mangel an Unterstützung verloren geht. Geldsendungen richtet man an E. Winterberg, Krefeld, Kronprinzenstraße 122. Inskripten an R. Poulmanns, dortselbst.

Der Leipziger Formereistreik dauert noch immer fort. Die einzelnen Firmen scheinen arg in der Patsche zu stecken. Die Eisenbahnen von Friederling hat in den letzten Tagen folgenden Brief an ihre ausständigen Formere verfaßt:

Wir haben uns entschlossen, den Geh zu unseren Transmissionsstellen auf die Dauer von auswärts zu beziehen und dahingehende Verträge abzuschließen, wenn unsere früher dabei beschäftigten Formere nicht bis zum 1. Oktober erklären, daß sie spätestens am 3. Oktober die Arbeit wieder aufnehmen werden.

Wir geben Ihnen Kenntnis von diesem Entschluß mit dem Bemerkung, daß wir Ihren Platz in unserer Eisere bis zum 1. Oktober offen halten. Bleiben wir ohne Ihre Mitteilung, daß Sie am 3. Oktober die Arbeit aufnehmen sich verpflichten, so reflektieren wir für später nicht mehr auf Ihren Wiedereintritt.

Achtungsvoll Friederling.

Die Ausständigen halten dies natürlich nur für ein Podmittel beziehungsweise Drohung, durch die sie sich nicht beeinflussen lassen werden.

In Leipzig streiken die Rahmenkropper, Zuschneider und Lohnarbeiter, die in der Wilderbachmann-Branchen beschäftigt sind. Die Forderungen der Ausständigen sind 10 Prozent Lohrerhöhung und 54 stündige Arbeitszeit.

Die Arbeiter der Schuhfabrik von Heymann in Pasing-München haben abermals — das dritte Mal in diesem Jahre — die Arbeit niederlegen müssen. Es handelt sich wieder um Lohn-differenzen; Herr Heymann versuchte wiederum Abträge von den schon sehr niedrigen Tariffüssen zu machen. Zugang ist streng fern-zuhalten.

Gewichts-Beitrag.

Der Kampf der Sargtischler gegen den Küster der Ver-söhnungskirche scheint sich zu einer kleinen Cause célèbre aus-bilden zu sollen. Wegen Beleidigung des Küsters Wohlfeil hatten sich gestern die Tischlermeister und Sargfabrikanten Otto Predlow, Oscar Franz und Heinrich Petermeier vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Küster Wohlfeil hat, wie die Angeklagten behaupten, wiederholt Leidtragende, wenn sie bei ihm Beerdigungen anmeldeben, Rathschläge in betreff der Beschaffung des Sarges und des Leichenfuhrwerks erteilt. Die Angeklagten, die dort in der Nähe Sargtischlereien betreiben, fühlten sich dadurch in ihrem Geschäfts-interesse benachteiligt und beschwerten sich bei dem Gemein-de-rath. Als die Beschwerde erfolglos blieb, hängten sie in ihren Geschäftslökalen ein von der Straße aus sichtbares Plakat aus, in welchem das laufende Publikum vor den „Machinationen“ des Küsters gewarnt und darauf hingewiesen wird, daß es besser kaufen und reeller bedient werde, wenn es seinen Bedarf bei den ihnen zunächst liegenden alten bewährten Geschäften direkt decke und nicht dem „Zwischenhandel“ Vorlauf leiste. — Der Küster Wohlfeil hat bisher vergeblich versucht die Beleidigung des Plakats mit Hilfe des Zivilgerichts zu erlangen. Die Angeklagten behaupteten gestern, daß das Plakat der Wahrheit entspreche und daß sie dasselbe schon einmal beseitigt gehabt hätten, weil der Küster bei ihnen erschienen sei, gebeten habe, ihn nicht unglücklich zu machen und versprochen habe, den Wünschen der Angeklagten gerecht zu werden. Erst als er diesem Versprechen abermals zuwidergehandelt habe, haben sie das Plakat aufs neue aufgehängt. — Rechtsanwalt Morris glaubte im Interesse der Angeklagten darauf bestehen zu müssen, daß nicht nur die zum Termin geladenen 8, sondern sämtliche von ihm vor-geschlagenen Zeugen — etwa 32 — vorgeladen würden, um zu be-weisen, daß hier ein die Interessen der Angeklagten schädigender Zwischenhandel seitens des Küsters betrieben werde. Rechtsanwalt Söllner machte mehrere Zeugen vorgeladen, um zu beweisen, daß der Küster nur pöbelmäßig den Leuten mit seinem Plakate gezeigelt habe, die ihn darum angingen. Er beantragte außerdem für den Fall einer Ver-

tagung der Beschlagnahme der Plakate. Die Angeklagten behaupteten, daß ihnen auf eine Anfrage das Ausschließen der Plakate von Polizei wegen geblattet worden sei. — Der Gerichtshof hielt über letztere Behauptung eine Beweisaufnahme für notwendig und vertagte die Verhandlung, indem er dem Verteidiger anheim gab, mitzuteilen, was die von ihm vorgeschlagenen Zeugen behaupten sollen. Für die nächste Verhandlung wurde ein ganzer Sitzungstag anberaumt. Der Antrag auf Beschlagnahme der Plakate wurde abgelehnt, weil die Angeklagten in Wahrheit berechtigten Interessen gehandelt haben und damit eine Straftat wegfällt.

Wessentum im Wald und auf der Heide. Der Freiherr von der Kettenburg, einer der verheirateten Welsen, hatte seine Söhne expatriieren lassen, damit sie nicht in Preußen beim Militär zu dienen brauchten. Sie sind jetzt beim österreichischen Heere. Der L. L. österreichische Oberleutnant Cuno v. d. Kettenburg beantragte beim Landrat des jetzigen preussischen Kreises Fallingb. die Aus-stellung eines Jagdscheins für 15 Mark, indem er sich darauf berief, daß er, obwohl Ausländer, ein gefehltes Recht auf diesen Vorzugspreis habe, da er im Kreise Fallingb. ein 1/3 Morgen großes Grundstück besitze. Der Landrat erkannte aber dies kleine Stück Land, das Herr Cuno von seinem Vater er-worben hat, nicht als einen „Grundbesitz“ im Sinne des Gesetzes an; er wollte dem Antragsteller nur einen Schein für 40 M., d. h. zu dem Kreise für Ausländer ohne Grundbesitz in Preußen, ausstellen. Der Oberleutnant klagte darauf im Verwaltungs- Streitverfahren. Nachdem der Bezirksausführer zu seinen G u n s t e n entschieden hatte, kam die Angelegenheit vor das Ober- Verwaltungsgericht. Der Landwirtsch. Minister legte so viel Wert auf ihre endgültige Entscheidung, daß er sich durch einen Kommissar vertreten ließ. Der Herr machte geltend, daß der Kläger und Revisionsbeklagte das Gesetz umgehen wolle, und ging unter anderem auch auf die Expatriierungs-geschichte ein. Ein Besiz von 1/3 Morgen noch dazu ungenutzten Landes könnte unmöglich als Grundbesitz im Sinne des Jagdschein-Gesetzes angesehen werden. Dem Bruder des Klägers habe der alte Freiherr sogar für eine Mark ein Stück Land verkauft. Das Ober-Verwaltungsgericht gab aber dem Verlangen des Landrats und des Ministerialkommissars nach Aufhebung der Vorentscheidung nicht statt, sondern wies die Verurteilung mit folgender Begründung zurück: Wenn das Gesetz ganz allgemein vom preussischen Grundbesitz der Ausländer spreche, dann sei das wörtlich zu nehmen. Danach sei Ausländern der Vorzugspreis von 15 M. pro Jahr und Jagdschein zu gewähren, wenn sie überhaupt Grundbesitz in Preußen hätten. Dies sei aber bei dem österreichischen Oberleutnant der Fall. Das Gericht könne nicht eine bestimmte Größe des Besizes als Voraussetzung für den Vorzugspreis feststellen, denn das hieße das Gesetz korrigieren wollen und müsse schon deshalb unterbleiben.

Die Wahl in Pirna.

Pirna, 26. September. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stichtwahl erhielten Sozialdemokrat 12 512, Antisemit 12 900 Stimmen. Sieben kleinere Orte stehen noch aus, welche das Resultat nicht beeinflussen. Antisemit gewählt. Circa 81 Prozent Wahlbeteiligung. Freisinn stimmte geschlossen für den Antisemiten. Bei der Hauptwahl erhielten: Sozialdemokrat 11 571, Antisemit 10 663 und Freisinnige 1825 Stimmen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Ministerkrise in Oesterreich. Wien, 26. September. (O. G.) Baron Chlumedy wurde heute vormittag in besonderer Audienz vom Kaiser empfangen, um demselben über die Auffassung, welche auf der Linken herrscht, Bericht zu erstatten.

Wien, 26. September. (O. G.) Wie in nachgebenden Kreisen verlautet, wird Chlumedy oder Baron Gautsch mit der Bildung eines Beamtenministeriums betraut werden.

Doubet über die Weltausstellung.

Narbonnet, 26. September. (B. L. O.) Der Präsident Doubet empfing heute nachmittag die Generalkomitee von Narbonne und er-widerte auf eine Adresse derselben, das große Werk der Ausstellung könne sich nur verwirklichen dank dem inneren Frieden, dessen Wiederherstellung die Regierung eifrig verfolge, die Spaltungen können nicht andauern. Wenn einige Vollen noch vorhanden wären, so würden sie sich zerstreuen dank der großen Anhänglichkeit der überaus großen Mehrheit der Bürger an den Institutionen des Landes. „Ich habe das Vertrauen“, fuhr der Präsident fort, daß die erwähnten Körperchaften ihr moralisches Ansehen ge-bräuen werden, damit die heftigen Streitigkeiten und die be-klagenswerten Kämpfe aufhören. Der Patriotismus gebietet uns, uns zu einigen, um die moralische und materielle Größe Frankreichs zu sichern.

Berlin, 26. Septbr. (B. L. O.) Bei der heutigen Fernfahrt von Potsdendrehern der „Internationalen Motorwagen-Ausstellung“ Berlin-Rheinsberg und zurück starteten sieben Männer. Erster wurde Brauda auf einem Pöbubusrad von Kraus u. Co. in Berlin (5 St. 04 M. 50 Sek.). Zweiter Schaller auf einem Eubelrad (5 St. 59 M.). Dritter Wittelkow auf einem Pöbubusrad von Straus u. Co.

Frankfurt a. M., 26. September. (B. L. O.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Wiesbaden: Der Hoftheater-Intendant von Hülken hat dem „Rheinischen Courier“ die Berichterstatter- und sonstigen Freilorten für das Hoftheater entzogen. Veranlassung dazu ist in einer Kritik des Opern-Referenten von dem genannten Blatte zu finden.

Thann, 26. September. (B. L. O.) Unter großer Beteiligung namentlich der Industriellen der Reichslande fand heute nachmittag die **Beerdigung Scheurer-Resner's** statt. Im Hause des Verbliebenen hielt der ehemalige Deputierte Valance die Gedächtnisrede. Am Grabe wurden ebenfalls Ansprachen gehalten und eine überaus große Menge Kränze niedergelegt.

London, 26. September. (B. L. O.) Das „Austereische Bureau“ erfährt, daß bezüglich des **Feldzuges gegen den Kalifen** nichts beschlossene worden ist. Es werde bis zur Rückkehr Lord Cromer nach Kairo keine Entscheidung getroffen. Auch hänge viel von der Besichtigung des Lord Kitchener zum Weigen Nil ab, nach deren Beendigung zwischen Kitchener und Cromer eine Beratung stattfinden dürfte. Cromer reist morgen von England nach Kgypten ab.

Belgrad, 26. Sept. (Weld. des Wiener L. L. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Tauschankowitsch wurde zur Abkündigung seiner neunjährigen Gefängnisstrafe nach Pojarenow abgeführt. Alle zu zwanzigjährigen schweren Kerker verurteilten wurden in Strafingollettern und Ketten in die **Belgrader Festung übergeführt**. — Sachlich wird morgen in Rich von beiden Königen empfangen werden.

Riga, 26. September. (B. L. O.) Auf der Station Rodenpol der Riga-Wolower Bahn stießen am 24. d. M. nachmittags zwei Passagierzüge, aus Jurjew (Dorpat) bezw. aus Riga kommend, zu-sammen. Mehrere Wagen wurden zertrümmert. Der Zugführer des Riganer Zuges ist tot, der Fahrer desselben Zuges schwer verwundet, zahlreiche Passagiere sind leicht verletzt.

Moskau, 26. Septbr. (B. L. O.) Der Moskauer Kaufmann Tolwa Ramontow hat über 750 000 Rubel bei der Moskauer Archangelsbahn unterschlagen. Er sowie der Vorstand der Kasse der genannten Bahn wurden verhaftet.

Para (Nordbrasilien), 26. September. (B. L. O.) Die Ham-burg-Amerika-Linie hat der Regierung mitgeteilt, daß sie von Anfang nächsten Jahres ab einen regelmäßigen Dampferdienst zwischen Hamburg, Para, Ceara, Manaos und anderen Häfen am Amazonas-strom einrichten wird. Der rege Verkehr zwischen Deutschland und dieser Provinz lag bisher ganz in englischen Händen.

Konventionelle Lügen.

Rom, den 21. September.

Im Leben der Insassen bleibt, wie man weiß, während des Puppenzustandes die Hülle dieselbe, während im Innern sich eine ununterbrochene Veränderung vollzieht, bis endlich das fertige Tier, hinter sich die alte Form leer und tot lassend, austritt.

Etwas Ähnliches geschieht im Leben der Gesellschaften und Klassen, welche abwechselnd ihre ökonomische und sociale Herrschaft ausüben. Im Zustand der Puppe leben sie unter denselben Formen weiter, während die Hülle nicht mehr dem sich umbildenden Inhalte entspricht. So kommt es, daß die Worte, trotzdem sie dieselben bleiben, dann nicht mehr die ursprünglichen Ideen oder Dinge darstellen; wie auch die politischen, juristischen oder überhaupt socialen Einrichtungen nicht mehr die Dinge, Ideen und Interessen ausdrücken, welchen sie anfangs entsprachen.

Allein im Leben der Völker giebt es seltene Momente, welche diesen Prozeß der Umwandlung wie unter eine Vergrößerungslinse legen. — diesen Prozeß, den oberflächliche Beobachter — die nicht den Komplex der marxistischen Sociologie des sogenannten historischen Materialismus besitzen — mit der „Heuchelei“ oder „Schlechtigkeit“ der Menschen, der „Verderbtheit der Sitten“ und anderen ebenso schätzwürdigen als nichtssagenden Schlagworten erklären.

Drei Vorkommnisse aus dem jetzigen Leben in Italien, in ihren mehr oder weniger direkten Beziehungen zum internationalen Leben, liefern uns schlagende Beispiele hierfür.

Vorige Woche hat man in Turin ein großes Denkmal Victor Emanuels enthüllt, der das Glück hatte, in der entscheidenden Periode der Revolution für die nationale Unabhängigkeit zu regieren, ein Unfall, der ihm von seiten der höchsten Geschichtsschreiber den Namen „Vater des Vaterlandes“ eintrug.

König Humbert, die Königin, die Prinzessinnen und Prinzen wohnen der Feierlichkeit bei, umgeben von der offiziellen Welt und einem Trupp von Generalen, welche von den Mandarinen aus Piemont kamen.

Es gab natürlich viele Reden, Musik, eine Menge Gouffuiger, eine blühende Ausstellung von militärischen Orden und fürstlichen Toiletten. . . . aber die Schale der patriotischen Puppe blieb harr, ohne einen Schauer der Begeisterung, wie selbst die Regierungspresse tiefbetäubt zugeben mußte. Und während dieser lauten offiziellen Feste hielt man in demselben Turin den ersten Kongress der socialistischen Gemeinderäte von ganz Piemont ab!

Sie haben wir es wirklich mit einer organischen Arbeit der inneren Umbildung zu thun unter der Oberfläche der offiziellen Hülle.

Jenes Fest ist ein sehr vorbereitetes Beispiel für den socialen Zustand, den Max Nordau mit dem populär gewordenen Namen der „konventionellen Lügen“ brandmarkt. Denn man rühmte den „hochherzigen König“, der nach der Niederlage von Rovara 1849 und nach der Verbannung seines Vaters Karl Albert den reaktionären Einflüsterungen des Abgeordneten des siegreichen Oesterreichs widerstand und nicht die Verfassung verraten wollte, die sein Vater unter dem Druck des anfluthenden Volkes geben mußte. Und diese offizielle Verherrlichung des „Freiheitskönigs“ findet zu einer Zeit statt, wo alle Garantien der Verfassung (Wahlrecht und Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit) durch einen königlichen Erlass ohne Zustimmung des nationalen Parlamentes zerstört sind.

Die „konventionelle Lüge“ eines dynastischen Festes, welches sich abquälte, als ein Nationalfest zu erscheinen, konnte sich nicht deutlicher und frohlicher zeigen. Handen sich doch, kaum zwanzig Jahre nach dem Tode Victor Emanuels, Gemeinden und selbst hervorragende Städte wie Gavia und Cremona in der Lombardei, Alessandria in Piemont, die es offen ablehnten, ihre Vertreter zur Einweihung des Denkmals zu schicken. Das gleiche that der Allgemeine Arbeiterverband mit seinen 10 000 Mitgliedern in Turin, der Wiege der Dynastie.

Die socialistische Fraktion aber hat an den Bürgermeister von Turin, der alle Abgeordneten zur Entwürdigung des Denkmals eingeladen hatte, eine gemeinschaftliche Antwort geschickt. Darin haben wir erklärt, nicht einer Feierlichkeit beizuwohnen zu können, die in schroffem Gegensatz zu den gegenwärtigen politischen und socialen Verhältnissen Italiens stünde; daß wir und deshalb nicht zu den überschwänglichen Lobpreisungen einer Vergangenheit versteinerten könnten, die den heillosen Jued hätten, eine Gegenwart zu beschönigen, die ein Spott auf die Versprechungen und Hoffnungen der Arbeiter unserer nationalen Unabhängigkeit ist.

Von der socialistischen Fraktion konnte nur Genosse Turati die Antwort nicht unterzeichnen, denn man war würdelos und kindisch genug, ihn nicht einzuladen, weil er unter polizeilicher Aufsicht steht!

Wem aber auch die Unterschrift Turatis aus Mailand fehlte, so haben dafür zwei radikale Abgeordnete, Mussi und De Cristoforo einen Brief veröffentlicht, in dem sie sich weigern, an dem dynastischen Feste in Turin teilzunehmen. Und das sind zwei Männer, die als radikale sich monarchisch nennen und es auch sind. Sicherlich ein interessantes Zeichen der Zeit.

In demselben Geiste und mit derselben offiziellen Kälte, wie die Feste in Turin, ist auch der 20. September verlaufen, welcher Tag, in Erinnerung an den Sturz der weltlichen Macht des Papstes und der Erhebung Roms 1870, 1899 gesetzlich zum Nationalfest gefeiert worden ist.

Nun gab es zwar am 20. September in den italienischen Städten offizielle Feiern; sonst aber fiel der Tag nur durch die allgemeine Gleichgültigkeit der Bevölkerung auf; denn auch er ist im heutigen Italien nicht weiter als eine „konventionelle Lüge“. Eigentlich sollte der 20. September den Triumph verfassungsmäßigen, den die Freiheit des Gedankens und Gewissens über den tyrannischen Dogmatismus der katholischen Kirche erfochten hat. Und nachdem die weltliche Macht der Päpste und die heilige Inquisition zertrümmert sind, erleben wir es tagtäglich, daß Gerichte den freien Gedanken und die Gewissensfreiheit der Socialisten und anderer politischer „Reper“ im Kerker erschließen zu können glauben.

Deshalb ist der 20. September in vollkommener Ruhe dahingegangen, einer Ruhe, die nur durch die Proteste der socialistischen und republikanischen Blätter gegen die „konventionelle Lüge“ unterbrochen wurde, daß eine Regierung, die alle Volkrechte mit Füßen tritt, diese Feste zu begehen wagt!

In Perioden der socialen Umwälzung, wie eine solche den Ausgang des 19. Jahrhunderts kennzeichnet, ist eben der Widerspruch zwischen der offiziellen und hergebrachten Hülle der Dinge und den Dingen selbst einfach unvermeidlich. Und das ist so natürlich, daß nicht nur die Regierungs-Oligarchie unseres Landes diesem Widerspruch unterliegen und die Obergeigen einstecken muß, sondern daß er selbst bis zum päpstlichen Stuhl hinauf reicht, als internationale Erscheinung unseres Jahrhunderts.

In der That, man braucht bloß die Encyklika (das Rundschreiben) zu betrachten, welche der Papst dieser Tage für die französische Geistlichkeit veröffentlicht hat, zu dem angekündigten Zweck der „Beruhigung der Gemüter“.

Nach dem Justizverbrechen in Rennes mit der Verurteilung eines Unschuldigen — einer Verurteilung, die selbst eine blühende „konventionelle Lüge“ ist in ihrer Verquickung des militärischen Verurtheilten mit mildernden Umständen — erwartete alle Welt vom Papste, der die höchste moralische Autorität der Erde zu sein behauptet, ein Wort zur Verteidigung der Gerechtigkeit und des Unschuldigen.

Der Papst giebt den französischen Priestern gute Ratschläge über die Notwendigkeit der Disciplin, um den vereinigten Kräften der Gegner zu widerstehen, und über die „Sittenderbernis“ und das Verbot, die „gottlosen“ Zeitungen zu lesen — über die ruchlos verlegte Gerechtigkeit und Unschuld jedoch kein Wort.

Das heißt, auch die Kirche ist eine Gruppe, welche die frei an das Ideale glaubende Menschheit abstreift, und unter ihrer

unbeweglichen, jahrhundert alten Schale wählt auch der unvermeidliche Widerspruch der Dinge. Die Verurteilung des Hauptmanns Drehsus war der Wille des mit dem Militarismus verbundenen Militarismus, und das Kriegsgericht nur die juristische Hülle für die schreckliche unterirdische Arbeit gegen den revolutionären und modernen Geist, der die Verteidigung des Unschuldigen übernommen hatte.

Und so hat der Papst in Rom sich zu einer „konventionellen Lüge“ erniedrigen müssen, ebenso, wie man in Turin den „hochherzigen König“ feierte, der sich durch die „Kehlung der Verfassung“ die Herzen seines Volkes gewonnen hatte!

Man muß die italienischen Zeitungen mit ihrer Entrüstung über die Verurteilung Drehsus und das Schweigen des Papstes lesen, dieselben Zeitungen, welche 1894 und 1896 freudig die Einsetzung der Militärgerichte begrüßten — im Widerspruch mit der Verfassung, die allen Unterthanen ihre „natürlichen Richter“ verbürgt, indem sie jedes Ausnahmegericht ausschließt — und Beifall klatschen, als man die Socialisten zu Hunderten und Tausenden verurtheilt, aber . . . ohne mildernde Umstände, unter dem Vorwande, daß sie ihr Vaterland . . . verraten hätten!

Man muß sich daran erinnern, wie Crispi im Jahre 1894 eine Art Vordereau gegen die fählichen Socialistin Verbato und De Felice im Parlament vorbrachte und erklärte, er besäße ein Exemplar von einem Vertrage . . . mit Rußland, um Sizilien von der nationalen Einheit loszureißen.

Und in diesen Tagen trifft man in Palermo — denn die „konventionellen Lügen“ sind zahllos, da sie eine natürliche Folge der socialen Umwälzung sind — die Vorbereitungen für Feste zu Ehren Crispi, der es verstanden hat, den Anteil, welchen er 1860 an der Bewegung für die nationale Unabhängigkeit hatte, aufzubauschen, und dem man unter der Hülle seiner „patriotischen Tugenden“ selbst die Schmutzfladen, die ihm von dem Bankstande ankleben, verzeiht, weil er 1894 die Socialisten schonungslos verfolgte.

Die herrschende Klasse — und in Italien, wo die Industrie kaum noch entwickelt ist, vor allem in den südlichen Provinzen, handelt es sich vielmehr um eine Scharakter-Oligarchie — kann eben, wie sie sich auch drehen mag, den Widersprüchen des in Wahrheit begriffenen Lebens nicht entgehen.

Die letzte Episode dieser „konventionellen Lügen“ lieferte uns der Prozeß gegen die vier socialistischen Abgeordneten, die unter der Auflage stehen, „gewaltsam die Kammer zu hindern zu haben, ihre gesetzgeberischen Funktionen auszuüben“, weil sie zwei Urnen für die Stimmzettel in der letzten Obstruktionssitzung umgestoßen haben, um der gesetzgebenden Vergeßlichkeit durch den Präsidenten vorzubeugen, der nicht den von der äußersten Linken geforderten namentlichen Aufruf vornehmen wollte — Urnen, wie man sie durch den ersten besten Saaldiener sofort kriegen lassen konnte.

Vorige Woche hat sich der socialistische Abgeordnete Crampolini in hier in Rom als Gefangener gestellt, während Bispolati, Morgari und De Felice ins Ausland flüchteten, um der Untersuchungshaft zu entgehen, aber in der Absicht, . . . vor — dem Affisengericht zu erscheinen.

Denn da die Regierung die Abgeordneten der äußersten Linken nicht an dem Obstruktionssitzung zur Verteidigung der Volkrechte hindern konnte, hat sie die Richter beauftragt, sich auf sie zu stützen, indem man aus einem Geschäftsordnungsrath in einer parlamentarischen Debatte ein Verbrechen zurechnete, das nach Artikel 118 des Strafgesetzbuches mit Gefängnis nicht unter 12 Jahren bestraft werden darf! Man will also die Schuldbestimmungen, welche das Gesetz ganz offensichtlich gegen diejenigen gewährt, welche nicht der Kammer angehören und deren Funktionen gewaltsam zu verhindern suchen, gegen Mitglieder des Parlamentes selbst lehren.

Eine „konventionelle Lüge“, die vielleicht durch den Spruch der Geschworenen zu Schanden gemacht wird, wenn man auch alles von dem Druide und den Drohungen zu befreit hat, mit denen von zweifelhaft die Regierung während des Prozeßes auf die Geschworenen einwirkte. Eine „konventionelle Lüge“, die in der außerordentlichen Eile gewirkt, mit der man die socialistischen Abgeordneten vor das Schwurgericht bringt, so daß die Verhandlungen schon vor dem Zusammentritt der Kammer im nächsten Oktober beginnen werden. Das wird indessen die ministeriellen Blätter und die Thronrede bei der Eröffnung des Parlamentes nicht hindern, in heiligem Jure auszubringen wider die Obstruktionisten, denen man vorwirft, die parlamentarischen Einrichtungen unwürdig zu haben, — dadurch, daß sie sie zu einer kräftigen, wirksamen Verteidigung der Volkrechte benutzten!

Nebrigens hat dieses System der italienischen Regierung, daß sie den richterlichen Gewalt den Schulern anvertraut, ihr die politischen Gegner vom Halbe zu schaffen, schon ganz vor kurzem eine neue Anwendung, am Tribunal in Rom, gegen den Abgeordneten Genossen Rosfi gefunden.

Dieser hatte im April 1898 in der Kammer eine Interpellation eingebracht wegen Entlassungen socialistischer Eisenbahn-Angestellten, welche das Ministerium von den Eisenbahngesellschaften aus rein politischen Motiven und für Wahlzwecke verlangte. Genosse Rosfi hatte als Beweis Briefe der Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten vorgelesen, welche diese ungesetzlichen Maßnahmen enthielten.

Der Skandal war groß und die Regierung schidte, um bei Rosfi, der in Turin wohnt, eine Hausdurchsuchung vornehmen zu können, von Rom aus einen Polizisten nach Turin, der ihm dort auf Schritt und Tritt in den Straßen folgte, bis es ihm endlich gelang, gegen Rosfi einen Bericht wegen Verleumdung eines öffentlichen Beamten zu erstatten. Damit war die Verhaftung Rosfis, der in flagranti ertappt war, und die Hausdurchsuchung möglich gemacht. Bei dieser Felsen der Polizei nur wertlose Dokumente in die Hände; Rosfi wurde zu 15 Tagen Gefängnis vom Turiner Gericht verurteilt, darauf aber in der Berufungsdinstanz freigesprochen in Anbetracht dessen, daß keine Verleumdung vorlag.

Inzwischen durchstöberte die Polizei die Redaktionsräume des „Avanti“ und fand dort einige Abschriften der Schriftsätze, welche Rosfi in der Kammer vorgebracht hatte. Auf diese Weise gelang es ihr, den Beamten im Ministerium zu entdecken, der die Abschriften einem Angeheften bei der Eisenbahn, Frisicotti, geliefert hatte, der sie seinerseits an Rosfi weiter gab.

In dem Bericht der Untersuchungskommission heißt es, daß der Beamte, durch die Vorkalkulation und den Rat, seine Lage durch Anzeige seiner Mitschuldigen zu verbessern, gebrängt, erklärt hätte, daß er die Dokumente unter der Aufsichtung Frisicottis und Rosfis für 100 Francs kopiert habe.

Man machte daraufhin den Prozeß, nachdem man zuvor dem Denunzianten Zeit gelassen hatte, nach Ägypten zu fliehen, und vergangene Woche fällt das Tribunal in Rom über unsere Genossen Frisicotti und Rosfi das Urteil. (Im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt.)

Da man die Anklage auf Beamtenbestechung nicht aufrecht erhalten konnte, so verurtheilt das Tribunal die beiden zu 11 Monaten Zuchthaus wegen „Entwendung von Geheimpapieren“ . . . die aber gar nicht entwendet wurden, da man sie bloß abhiefte und an ihren alten Platz zurücklegte, der sich übrigens in einem schlecht verschlossenen Schrank befand.

Alle diese Treibereien geschehen unter der „konventionellen Lüge“ der Strafrecht, um einen socialistischen Deputierten zu treffen, der nicht Staatsgeheimnisse verraten, sondern nur im Parlament das gesetzwidrige Verfahren dieses und jenes Ministers bloßgestellt hatte.

So ist es dahin gekommen, daß mit Turati, der, obgleich gewählt, noch immer unwählbar ist und der polizeilichen Aufsicht untersteht, und dem zu 11 Monaten Zuchthaus verurtheilten Rosfi und Crampolini, Bispolati und Morgari, die noch unter Anklage stehen, und De Felice (der zwar nicht in die Fraktion eingeschrieben ist, aber doch mit und stimmt) die socialistische Parlamentariergruppe fast auf die Hälfte zusammengeschnitten ist.

Wer nicht unter die Hülle der „konventionellen Lügen“ blicken kann, die unser sociales Leben bedeckt, sieht in diesen Epifobien der Heuchelei und des Widerspruchs nur einen Grund zur Verzweiflung für diejenigen, welche in ihrem Gewissen einen Altar für das Ideale errichtet haben. Allen denjenigen aber, welche die innere Thätigkeit der Umbildung erleben, die sich unter der Hülle der „konventionellen Lügen“ verbirgt und deren einziger genügender Grund ist, können diese Anzeichen nur Hoffnung erwecken und Vertrauen auf die Wiedergeburt der Menschheit in vollem Einklang der Wahrheit mit dem Leben.

Sind doch die „konventionellen Lügen“ stets die Merkmale der socialen Vergeßung und Umwälzung gewesen. Am Vorabend des Zusammenbruchs des römischen Reiches geißelte Jesus von Nazareth dieselben Symptome, indem er von „den überhäuteten Gräbern“ sprach, die „innen Faulnis und Moder“ sind. Enrico Ferri.

Lokales.

Ueber die Frage des Kinderschutzes, die durch die socialdemokratischen Anträge in der Stadtverordneten-Versammlung wieder aktuell geworden ist, leitartikelhaft jetzt auch die „Berliner Neuesten Nachrichten“. Nach gut lauterhaltender Auffassung ist die Socialdemokratie ja beiläufig an Kartoffelsäule, Unglück im Spiel, Oberbürgermeisterlosigkeit und an allen sonstigen Bestäubern schuld. So kann es denn auch nicht Wunder nehmen, daß das Blatt der Herrn Krupp und Nordhoff ihr auch den modernen betrieblithischen Kindermord in die Schuhe schiebt.

Die Socialdemokratie, so schreibt das Blatt, aber treibt erst recht Heuchelei, wenn sie auch hier der „Ausbeutung durch den Kapitalismus“ die Schuld an den Mißbräuchen zuschiebt. Die Eltern der Kinder, welche übermäßig ausgenutzt werden, stehen aller Wahrscheinlichkeit nach ganz vorwiegend im socialdemokratischen Lager. Auf diese Eltern, ihre „Genossen“, sollte die Socialdemokratie zunächst wirken, bevor sie nach dem Polizeistock rüst!

Das ist, wenn man einmal die Socialdemokratie für alle kapitalistischen Sünden der Welt verantwortlich machen will, eigentlich noch recht sonst ausgedrückt. Aber doch auch recht unvorsichtig. Was das Kruppische Blatt nicht bedacht hat: Hinter der biedermännischen Ermahnung steht ja der socialdemokratische Pfaffenstich! Denn der Appell an die Eltern ergreift ja Tag für Tag in der socialdemokratischen Presse, indem diese die Mißbräucher auftritt, sich bessere Zustände zu erkämpfen, Zustände, unter denen die Weisheit der Kinder vollauf entbehrlich ist.

Dafür aber, daß die Arbeiterschaft diesen einzig verständigen Rat mehr und mehr zu befolgen beginnt, will die Schwarzmacherepresse sie wiederum mit dem Zuchthausgesetz abgestraft wissen.

Das ist kapitalistische Konsequenz!

Allen Prozeßparteien, die auf dem Gewerbegericht zu thun haben, kann nicht genug empfohlen werden, sich dort zu betheiligen, wie es gestitteten Menschen zukommt. Die Fälle, daß Personen wegen Ungebühr sofort ins Polizeigewahrsam abgeführt werden, mühen sich, Vorgesetzten glaube ein Kläger festhalten zu müssen, daß der Gewerberichter Dr. Meier erst „umgebaut“ werden müßte. Die Strafe für diese bedenkliche Meinungsäußerung bestand in drei Tagen Haft! Da der Sänder sich weigerte, dem herbeigerufenen Schynmann zu folgen, wurde er gefesselt abgeführt. Gesteru mußte auf Beschluß desselben Vorstehenden — in beiden Fällen handelte es sich um Vergleichsdingungen — schon wieder ein Kläger eine sofort vollstreckbare zweitägige Haftstrafe antreten. Er hatte sich abfällig über das Gewerbegericht ausgelassen. Der Mann machte einen Mißbrauch, wurde aber in der Breitenstraße wieder aufgegriffen. — Viele der auf dem Gewerbegericht vertretenden Parteien sehen dies Gericht nicht „für voll“ an. In näher interessierten Kreisen wird deshalb jetzt wieder die Frage aufgeworfen, ob man nicht manchem unangenehmen Vorgang dadurch entgegen könne, daß man Salare für die Richter einführt. Das wird wenig nützen. Viel mehr würde es zur Hebung des Ansehens der Gewerbegerichte beitragen, wenn die im Solde des Scharismachertums stehenden Blätter nicht deshalb gegen diese Institutionen hetzen wollten, weil Arbeiter in ihnen zu urteilen berufen sind.

Aus der Gegend des Friedrichshaus wird uns geschrieben: Die Anwohner der Bartholomäuskirche werden sich seit einiger Zeit gewundert haben, daß die Kirchenuhr von abends 9 Uhr ab nicht mehr schlägt. Viele zerbrachen sich den Kopf über dies Räthsel, und einem Bürger, dem die Sache um deswillen besonders unangenehm war, weil er zur Zeit nicht über eine Taschenuhr verfügte, machte sich auf den Weg, um sich über die Ursachen des partiellen Streiks der Thurmuhre zu orientieren. Da erfuhr er denn etwas ganz Wertvolles. Die Uhr an sich ist arbeitswillig, sie wird aber an freiwilliger Arbeit gehindert, weil ein Prediger nachtschwach sein soll und in der Nacht weit ruhiger schläft, wenn nicht die Glocke schwer und bang ertönt. Die Interessenten des denkwürdigen Falles sind in zwei Parteien gespalten. Einige meinen, daß die Hebung des geistlichen Gesundheitszustandes auch dem Seelenheil der Gemeinde zu gute komme; auch finden sie, daß die absolute zeitliche Nothwehr überdies recht sinnig die ewige Ruhe symbolisire. Andere sagen hingegen, daß die zeitliche Ruhe der Nacht im abtuten Zustande gewiß nicht zu verachten sei; doch liege in ihrem Falle die Sache so, daß der heilige Profit leide, wenn sie die Zeit verschlafen und daß dann der Kapitalist sie mit der Hungerspeiß traktiere. Deswegen müßten sie die reguläre Funktion der Turmglocke höher einschätzen als die ewige Ruhe und das Seelenheil der Gemeinde. Wer in diesem Meinungskampfe siegen will, läßt sich noch nicht sagen.

Der Bau einer Verbindungsstraße zwischen Tiefwerder und der Insel Fiedelswerder ist von der Gemeindevertretung in Tiefwerder unter Zustimmung der übrigen Theilhaftigen beschlossen worden. Der Bau wird demnächst in Angriff genommen und soll möglichst beschleunigt werden.

Vier Straßenbahnlinien sollen am Sonntagabend die landespolizeiliche Abnahme erfahren. Bei zweien handelt es sich nur um die Einführung des elektrischen Betriebes, und zwar bei den Linien Rollendortplatz—Kurfürstendamm—Halleser—Hundekehle und Moritzplatz—Kottbuser Damm—Nixdorf—Hermannstraße—Wriez. Ferner soll bei der Linie Dönhofsplatz—Reichenbergerstraße, welche jetzt ihr Ende in der Glogauerstraße findet, die Verlängerungsfreide abgenommen werden, die nach Nixdorf (Hermannstraße) hinein hergeführt wird. Die vierte Linie ist die ganz neue wichtige Straßenbahn, die von der Linienstraße durch die Demerwitz, Wilow- und Paulsenstraße über Schöneberg (Rahn- und Hauptstraße) und Friedenau bis Steglitz führen und zugleich die Anfangsstrecke der bereits projektierten großen Straßenbahn Berlin—Potsdam bilden soll.

Ueber die Gehaltsaufbesserung der Berliner Kriminalschulkleute berichtet ein hiesiges Blatt: Freude war in Tageshallen — resp. am Alexanderplatz, als vor einigen Monaten den Kriminalschulkleuten eröffnet wurde, daß ihr Gehalt pro Mann um 100 M. jährlich erhöht sei; doch das Unglück schreitet schnell — denn es wurden die bisher üblichen 30 M. jährliche Stiefelgelber und die 30 M. betragende Weihnachtsgratifikation in Abzug gebracht und endlich rühten die Kriminalschulkleute als durch die Pünktlichkeit des Staates wohlhabend gewordene Staatsbürger einige Steuerstufen aufwärts. Das Resultat der Gehaltserhöhung bildet also ein Minus von 6—7 M.

Das Polizeipräsidium teilt mit, daß wie alle gefährlichen epidemischen Krankheiten, so auch das Auftreten der Daulenpest in jedem Falle bei der Beobachtung angemeldet werden muß. Jede Erkrankung und jeder Todesfall an Pest (orientalische Pest) sowie jeder Fall, welcher den Verdacht dieser Krankheit erweckt, ist dem königlichen Polizeipräsidium, Sanitätskommission, Alexanderplatz, unverzüglich anzuzeigen. Ausdrücklich wird von der Behörde darauf hingewiesen, daß diese Verordnung nur eine Sicherheitsmaßregel sei, und daß die gefährliche Krankheit sich keineswegs schon im Deutschen Reich gezeigt habe.

Vornehme Schwindler. Die Verhaftung des Grafen v. Arnim-Schlagenthin, eines Sohnes des verstorbenen früheren Postkassiers Herr v. Arnim, wird aus Stettin gemeldet. Der Verhaftete war früher Vorsitzender des Aufsichtsrates der „National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft“ in Stettin. Gleichzeitig erfolgte auf Requisition der Staatsanwaltschaft die Verhaftung des ehemaligen zweiten Direktors H. S. A. d. d. d. genannten Gesellschaft, nachdem bereits vor mehreren Monaten der ehemalige Direktor Thym verhaftet worden ist. — Die „National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft“ ist eine auf Gegenseitigkeit gegründete Pfandbrief-Gesellschaft. Durch leichtsinniges Kreditgeben kam sie seiner Zeit darauf in ihren Verhältnissen zurück, daß selbst die volle Verzinsung der Pfandbriefe der ausstehenden Pfandbriefe nicht mehr erfolgen konnte. Die vormaligen Leiter — Thym, Uhlhorn und Graf Arnim — wurden aus ihren Ämtern entfernt und durch neue Direktoren ersetzt, unter deren Leitung die Gesellschaft sich jetzt sonnt hat, namentlich durch eine Reduktion der Pfandbrief-Pfand. Gegen die alte Verwaltung stellten sich so erhebliche Bedenken heraus, daß, wie bemerkt, schon vor längerer Zeit zur Verhaftung des ersten Direktors Thym geschritten wurde. Weitere Erhebungen ergaben auch gegen die übrigen beiden Mitglieder der Verwaltung so schwere Vorwürfe, daß die Staatsanwaltschaft jetzt ihre Festnahme verfügte. Die Verhaftung des Direktors Uhlhorn und des Grafen Arnim ist wegen Fluchtverdachts erfolgt.

Die die Firma Wächter ihre Angestellten beherbergt. Ein nächtlicher Überfall eigener Art beschäftigt die Kriminalpolizei. In der ehemaligen Kaserne auf dem militärischen Grundstück Alexanderstr. 8 hat die Firma Wächter einen großen Raum gemietet, in dem 18 ihrer Angestellten, Jopfer u. schlafen. Vor einiger Zeit erhielt ein Jopfer, der neu eingestellt war, von einem Geschäftsführer die Weisung, ebenfalls dort zu schlafen. Nun ist der Raum zwar groß genug, um noch mehr Personen aufnehmen zu können, da aber nur achtzehn Betten vorhanden sind, so wählten sich die Leute, dem neuzugewonnenen Mann die Aufnahme zu verweigern, da niemand mit dem Fremden sein Bett teilen wollte. An zwei Abenden war es darüber zu Weibereien gekommen. Am dritten Abend beschloßen nun einige Geschäftsführer und andere Angestellte, statt dem Streitfall dem Geschäftsinhaber mitzuteilen, auf eigene Faust ihn mit Gewalt zu entscheiden. In der Nacht vom 21. zum 22. d. M. drangen zwei Geschäftsführer mit dem Jopfer und drei Weibern in den Schlafsaal ein, in dem sich erst acht Personen befanden, da die andern im Geschäft noch nicht fertig waren. Die Eindringenden fielen mit Stöcken, Gummischläuchen und Ochsenziemern über die Schlafenden her und richteten sie so zu, daß zwei von ihnen sich noch heute in ärztlicher Behandlung befinden. Einer ist durch Schläge auf den Unterleib arg verletzt worden, einem anderen hat man den rechten Arm derartig zerhackt, daß er ganz schwarz geworden ist. Die Verletzten machten eine Strafanzeige, und es ist der Kriminalpolizei auch gelungen, die an dem Überfall und den Körperverletzungen Beteiligten sämtlich zu ermitteln und festzustellen.

In der Valentinschen Mordsache wird berichtet, daß der neue, höchst wichtige Zeuge nach dem Ergebnis der Ermittlungen über seine Person als ein durchaus zuverlässiger Mann bezeichnet werden muß. Die Polizei hat sich über sein Vorleben bereits genau unterrichtet. Der Zeuge, der demnach in den Militärdienst zurücktreten will, wird voraussichtlich noch heute verurteilt werden. Seine Personalbeschreibung der mutmaßlichen Täter stimmt mit der des Handdieners Schwandke nicht überein. Demnach bleibt es wahrscheinlich, daß beide dieselben Personen gesehen haben. Schwandke allerdings viel weniger genau als der neue Zeuge. Möglicherweise ist es nicht erwischt, daß es sich um verschiedene Leute handelt. Denn es ist leicht erweislich, daß die Schwandke öfters, nicht ausnahmslos immer verschlossen war, vielmehr hin und wieder auch mal aufstand.

Schlichte Defraudanten. Von den durch ihre Vermittlungen in letzter Zeit bekannt gewordenen Personen ist noch nicht eine einzige ergriffen. Der Briefträger Schwarz soll neuerdings mit gefälschtem Haar und Bart in einem Café am Rollendorfer Platz in Begleitung einer Halbwitwe gesehen worden sein. Er wird sich gefügig haben! Auch den Waldhüter Adolf Graf, welcher dem Kaufmann Veltze aus der Waldstraße 1000 M. unterschlug, hat man angeklagt gesehen. Der Vorkaufmann Hiltner aus der Kaufstraße, der unter Vermeidung von 1100 M. schuldig wurde, befindet sich anscheinend in Gesellschaft einer lächelnden Frauensperson auf der Straße. Die Spur des Pärchens weist nach England, wo G. von früher her Verbindungen besitzt.

Zeit einiger Zeit begehrt eine Schwindlerin hier und in den Vororten dadurch Verurteilungen, daß sie bei Sargfabrikanten für ihren verstorbenen Schwager oder Verwandten einen Sarg bestellt, unter dem Vorbehalten, daß sie ihr Vormonatslohn vergessen und noch einige Einkünfte zu beibringen habe, ein Darlehen zu erlangen sucht. In einigen Fällen hat die Frau damit Erfolg gehabt; es wird erjucht, sie bei etwaiger Wiederholung dieses Schwindels festzunehmen zu lassen. Sie ist etwa 30—35 Jahre alt, schlank, über mittelgroß und geht anständig gekleidet.

Der Postgehilfe Emil Nixdorf aus Rixdorf, der nach Unterschlagung von Geldbrieffen schuldig wurde, ist hier ergriffen worden. Es wurden bei ihm 6000 M. und verschiedene Schmuckstücke, die er von dem unterschlagenen Gelde gekauft hatte, vorgefunden.

Schwer verunglückt ist gestern, Dienstagnachmittag, der elfjährige Max Harder aus der Kaiserstr. 28, ein Schüler des Sophien-Gymnasiums. Vor dem Hause Invalidenstr. 2 fuhr sich, da hier Arbeiten am Kanalbau vorgenommen werden, ein Wagen fest. Um ihn wieder flott zu machen, spannte man das Pferd hinten an, während zwei Arbeiter sich bemühten, ihn mit der Peitsche zu steuern. Infolge einer plötzlichen heftigen Bewegung des Wagens flog die Peitsche seitwärts, so daß die beiden Arbeiter weggeschleudert wurden, und traf den Knaben, der auf dem Bürgersteige stand, mit voller Wucht am Kopfe. Der Verwundete erlitt einen Schädelbruch und liegt im Krankenhaus, wohin ein Schuttmann des 11. Regiments ihn brachte, sehr schwer danieder.

Theater. Georg Engel wird in dem Lustspiel „Ein glückliches Paar“, das am Sonntag seine Premiere im Deutschen Theater erlitt, zum ersten Male seit seinem Wiedereintritt in diese Bühne eine neue, komische Rolle spielen und die humoristische Hauptrolle des Werkes, den Dr. Emil Wendelin, darstellen.

Im Schiller-Theater debütiert Frau Gold in der morgigen Aufführung des Schillerschen Schauspiel „Kara“. — Die Dichter und Komponisten Abende des Schiller-Theaters im Bürgercafé des Rathhauses werden dieses Jahr mit einem Goethe-Abend eröffnet.

Aus den Nachbarorten.

Steglich-Friedenan. In den „Kaiserhallen“ spricht heute abend 8 Uhr Reichstags-Abgeordneter Zabel über das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Schöneberg. Die Stadtverordneten beschäftigten sich in der Sitzung am 20. September zunächst mit der Wahl eines Mitgliedes in den Ausschuss der Gesellschaft „Elektricitätswerk Südwest“. Der Vorlage des Magistrats betr. Anstellung eines Assistenten wurde nach Abstimmung seitens des Referenten Stadtv. Heffner unter folgenden Bedingungen zu-

gestimmt: Derselbe soll die Befähigung zum Richteramt haben und in Ansehen, Ehre und Gemeindefreundlichkeit durchaus bewandert sein. Das Gehalt soll an jährlich 4500 M. jährlich, steigend von 3 zu 3 Jahren um 300 M. bis zu 6000 M. festgesetzt werden. Die Anstellung erfolgt auf Lebenszeit und einjähriger Probezeit. Einen heißen Kampf verursachte der letzte Punkt der Tagesordnung: „Anlegung einer Haltestelle in der Eisenacherstr.“. Nach langen Verhandlungen mit der Straßenbahn hat der Magistrat es für ausgeschlossen gehalten, daß andere Bedingungen als die gestellten erreicht werden könnten. Im Interesse des Verkehrs und der wirtschaftlichen Hebung der Stadt liege die Annahme der Vorlage. Vom Referenten Stadtv. Wagner sowohl als vom Vorkämpfer Gustav Müller wird in längerer Ausführungen auf die Bedeutung des Verkehrs hingewiesen und gleichfalls um Annahme der wichtigen Verkehrsfrage ersucht. Als der Genosse Ohst den Standpunkt dieser Herren bekämpfte und behauptete, daß die Stadt sich von der Pferdebahn vollständig „entwidelte“ liege, entgegnete der Stadtv. v. Frankenberg dem Redner, daß er ihn nicht begreifen könne, da er doch auch wissen müßte, daß es vom Kapital heiße: „Wo Du nicht bist, Herr Organisist, da schweigen alle Mäuler.“ Nach mehreren persönlichen Bemerkungen erfolgte die Annahme der so heiß erstrittenen Position unter nachfolgenden Bedingungen: Der Großen Berliner Straßenbahn und der Südlichen Vorortbahn wird die Zustimmung zur Herstellung und zum Betrieb einer Straßenbahn in der Eisenacherstr. auf eine Strecke von 120 Metern von der Hauptstr. der Hauptstr. ab gerechnet mit doppelseitigen Ausfahrwegen nach den Geleisen der Hauptstr. unter nachstehenden Bedingungen erteilt. Für die provisorische Pflasterung der Eisenacherstr. ist ein Zuschuß von 3000 M. zu zahlen. Die Fertigstellung und Inbetriebung der Strecke muß bis spätestens zum 1. Dezember d. J. erfolgen. Der Endpunkt der südwestlichen Ringbahn wird von der Brunhildstr. nach der Eisenacherstr. verlegt. Ebenso wird die Bahn Linienstr.—Pottsdorferstr.—Colonnenstr. bis zum 1. April 1900 bis zur General-Papestr. durchgeführt. Die Linie der Großen Berliner Straßenbahn Treptow—Großgörschenstr. ist unter Aufgabe der Endhaltestelle Großgörschenstr. bis zur Eisenacherstr. durchzuführen. Die Linie der Großen Berliner Straßenbahn Vinea—Mauskestr. ist durch die Bahn- und Kolonnenstr. bis zum Militär-Wahnhof durchzuführen, sobald die Linie elektrisch betrieben wird.

Eine Änderung dieser Linien ist nur mit Zustimmung der Stadtgemeinde zulässig. Auf Antrag der Gesellschaft soll die Linie Genthiner—Goly—Magien—Pelzigerstr. durch die Hauptstr. zur Eisenacherstr. geführt werden.

Schöneberg. In unseren Gemeindefürsorge soll jetzt die Einführung des siebenstufigen Lehrplans erfolgen. Nachdem die Schuldeputation sich für diese Erweiterung des Lehrplans erklärt hat, ist auch der Magistrat dem Beschlusse beigetreten und nunmehr wird die erforderliche Vorlage schon in nächster Zeit an die Stadtverordneten-Versammlung gelangen, damit die Aufhebung der bestehenden Klassen zu Ostern nächsten Jahres erfolgen kann. — Die von der Großen Berliner Straßenbahn geplante Anlegung einer Endhaltestelle im Mittelpunkte Schönebergs beschäftigt jetzt abemals die Stadtverwaltung, nachdem die im Juni gefassten Verhandlungen an den Bedingungen der Stadt gescheitert waren. Es hat sich inzwischen bei den städtischen Körperkassen eine andere Meinung Bahn gebrochen, indem man von dem Grundplatz ausgeht, daß es nicht im Interesse der Stadt liegt, der Straßenbahn die Genehmigung von Verkehrsbedingungen zu hohe Gegenleistungen (7) anzuerkennen, weil hierdurch die geplante Erweiterung des Schöneberger Straßenbahn-Verkehrs hinausgehalten wird. Man glaubt daher, daß die Stadtverordneten den erneuten Anträgen der „Großen Berliner“ die Zustimmung erteilen werden.

Die Untersuchung gegen Vertha Schröder, die Mörderin aus Alt-Buchhorst, ist immer noch nicht zum Abschluß gelangt. Nach wie vor bleibt die jugendliche Verbrecherin bei ihrer ersten Aussage, nach welcher sie den Mord allein und ohne jegliche Beihilfe verübt hat. Die Sch. bestreitet, je einen Geliebten gehabt zu haben. Auch von dem gefohlenen Gelde konnte bisher trotz aller Bemühungen der Kriminalpolizei nichts zur Stelle geschafft werden.

Dem Kinderheim-Verein „Wohlfahrt“ erhalten wir folgende vom Sonnabend datierte Zuschrift: In der heutigen Nummer Ihres geschätzten Blattes befindet sich eine Notiz, die sich auf die Auflösung und teilweise Vorgesichts des „Vegetarischen Familienheims zur Pflege und Erziehung armer Mädchen“ in Schloßensee bezieht. Ich bitte nun höflich um folgende Klarstellungen: 1. Die Unterhandlungen mit der Gemeinde Zehlendorf wurden nicht deshalb abgebrochen, weil diese Gemeinde die Höglinge nicht „vegetarisch“ ernähren wollte, sondern in erster Linie deshalb, weil sie die von Herrn Securius gestellten Bedingungen, die sich auf die religiöse Erziehung der Kinder bezogen, nicht erfüllen wollte. 2. Die Stadt Berlin ist in ihren Unterhandlungen mit Herrn W. A. Securius nicht so weit gekommen, einen ablehnenden Bescheid erteilen zu können, und hat der betr. Berichterstatter jedenfalls das vorläufige Vermögen im Auge gehabt. 3. Die von Herrn Securius in Schloßensee errichtete Familienheim ergozgen Kinder hat der Kinderheim-Verein „Wohlfahrt“ zu Berlin auf seine Kosten in Pflege und Erziehung genommen. Die vier Kinder befinden sich bis zur Errichtung eines eigenen Heims seit dem 20. d. M. in Oranienburg unter der Obhut einer erfahrenen Frau. 4. Die Gattin des Herrn Securius, erste Vorsitzende des Kinderheim-Vereins „Wohlfahrt“, Berlin W., Wegstr. 10.

In Reinsdorf beschloß die Gemeindevertretung, die Regulierung des Seegrabens bis zum nächsten Jahre zu vertagen. Die Gemeindevertretung bewilligte die Erbauung eines G. e. u. a. s. b. a. u. s. zum Preise von 700 M., in der Pflanzen zum Nutzen der Gemeinde gezogen werden sollen. Das in Aussicht genommene Reinsdorferhaus würde auf 9000 M., der Steigertum auf 4500 M. zu stehen kommen. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt, die hierzu vorliegenden Projekte prüfen zu lassen. In der Sitzung teilte der Vorsitzende ferner mit, daß das Straßenbahn-Komitee um Verlängerung der Genehmigung betr. Erbauung einer elektrischen Bahn über Daldorf, Fernsdorf und Glünde eingekommen sei. Die Gemeindevertretung beschloß, die Angelegenheit der Wegedankkommission zu überweisen. Sodann gab der Vorsitzende bekannt, daß der Eisenbahnbau das zwischen der Annemener und Nordbahn am Schönholzer Weg belegene Terrain der Gemeinde im Umfang von 1/2 Morgen zu erwerben beabsichtige. Die Gemeindevertretung beschloß dem Fiskus das Terrain zum Preise von 14 M. für die Quadratrute zu überlassen.

Die Händerbände, welche in der vorigen Woche die Vororte an der Obersee anführte, scheint identisch zu sein mit einer Bande von Geflügelstehlen, die vor etwa vier Wochen in den südlichen Vororten hauste. Auch die Mitglieder dieser Bande waren zum Teil mit Revolvern bewaffnet, von denen sie im Kottbeler Gehweg machten. Ein Gahnort, bei dem ein derartiger Diebstahl verübt wurde, überraschte den Täter, einen schlanken, ziemlich großen Mann, dessen Bekleidung mit derjenigen des Bandenführers von der Obersee übereinstimmte. Der Eindringler ergriff die Flucht und konnte entkommen, da er durch Abgabe von Revolverkugeln auf seine Verfolger diese zurückhielt. Als die Polizeibehörden der Vororte scharf gegen die Eindringergesellschaft vorgingen, zog sich diese aus jener Gegend zurück.

Spanden. Der Untergang eines Lastschiffes ist auf der Havel in Spanden erfolgt. Der mit 6000 Centnern oberdeutscher Erntegüter beladene Kahn des Schiffseigentümers Karl Gröbe aus Wachen a. O. der die Havel stromabwärts fuhr, wurde von starkem Wunde heftig gegen einen Pfeiler der Homburger Eisenbahnbrücke gestoßen und erlitt ein Leck, in welches das Wasser schnell eindrang. Das Fahrzeug, welches im letzten Augenblick, damit die Fahrgäste frei wurde, gegen das Ufer geschleppt werden konnte, sank in wenigen

Minuten; die Besatzung vermochte nur das nackte Leben zu retten. Die Hebungsbearbeiten sollen alsbald in Angriff genommen werden. — Der Sattler Jabloffa, welcher unter dem Verdachte stand, mit der vor 23 Jahren erfolgten Ermordung der Witwe Bogeler im Zusammenhang zu stehen, ist bereits wieder aus der Haft entlassen worden. Man sah sich zu der Annahme veranlaßt, daß J. die genaue Kenntnis der Umstände, die den Mord begleiteten, seiner Zeit vom Hörensagen oder aus den Tagesblättern haben konnte und lehnte ihn wieder auf freien Fuß.

Der Bau der Volksbadanstalt in der Demerwitzerstr. soll noch in diesem Jahre begonnen werden. Zeit wird es auch.

Ein schwerer Radfahrer-Unfall, der ein blühendes Menschenleben jah vernichtet, ein anderes in große Gefahr gebracht hat, ereignete sich am letzten Sonntag auf der Chaussee bei Trebbin. Zwei in Sportkreisen bekannte Radfahrer, Rießerfeld und Ristig aus Zehlendorf, befanden sich auf der Rückkehr von einer Tour, die sie auf einem Tandem unternommen hatten. Als sie abends bei völliger Dunkelheit die Chaussee entlang fuhren, erregte die Maschine plötzlich mit furchtbarem Lärm gegen ein Hindernis, das sich unbemerkt den Radfahrern quer über den Weg gelegt hatte. Es war der heruntergelassene Schlagbaum eines Chausseehauses. Der Anprall war ein solcher, daß dem Führer Rießerfeld die Halswirbel gebrochen und die Gurgel zerissen wurde, und er unter den furchtbaren Schmerzen am Orte des Unfalls verstarb. Auch der zweite Fahrer Ristig wurde mit aller Wucht herabgeschleudert und erlitt mehrere Verletzungen. Der tödlich verunglückte Radfahrer hatte jetzt gerade sein Jahr im Kaiser Franz-Garde-Regiment abgedient und sollte in das Geschäft seines Vaters eintreten, der in Berlin und Zehlendorf eine Seifenfabrik und Verkaufsniederlage besitzt. Ristig ist als Kunstfahrer auch in Berliner Radpostkreisen bekannt.

Gerichts-Beilage.

Im Schatten des Berliner Polizeibereichs. Die Sicherheitszustände im Norden Berlins und insbesondere des Courbiere-Platzes erfuhren eine große Verunsicherung durch die Verhandlung, welche gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I stattfand. Der bereits vielfach vorbestrafte 20jährige Arbeiter Karl Königmann war des versuchten Raubes angeklagt. Der Ueberfall war der Kassierer Koster, welcher folgende Schilderung des der Anklage zu Grunde liegenden Vorfalls gab. Am Nachmittage des 22. April d. J. sei er, wie täglich diese Zeit über den Courbiere-Platz gegangen. Auf einer der Bänke hatten mehrere junge Leute gesessen, die einen höchst fragwürdigen Eindruck machten. Einer derselben schien sich in einer Art Halbhemd zu befinden, oder sich so zu stellen. Vor ihm stand der Angeklagte, der ihm rechts und links Ohrfeigen versetzte, ohne allerdings besonders hart zuzuschlagen. Der Genickhaube steck es sich auch ruhig gefaselt. Der Zeuge wollte vorüber gehen, ohne sich um die Gruppe zu kümmern, eine Frau habe ihm aber zugerufen: „Sehen Sie bloß, wie der den jungen Menschen schlägt!“ Nun sei er allerdings stehen geblieben. Sofort habe sich der Angeklagte gegen ihn gewandt und ihm verächtliche Faustschläge ins Gesicht und gegen den Kopf gegeben. Der Angeklagte müsse einen Schlagring oder sonstigen harten Gegenstand in der Faust gehabt haben, denn sonst hätten nicht tiefe blutende Wunden entstehen können. Der Zeuge sei halb betäubt hintenüber gefallen, aber schnell wieder aufgesprungen. Nun habe der Angeklagte mit beiden Händen den Rücken gepackt, an dem der Zeuge seine Geldtasche über der Brust trug und ihn mit einem kräftigen Ruck durchgerissen. Der Angeklagte habe sich dann der Tasche bemächtigt, sie am Bügel festgehalten und ihn mit der durch etwa 200 Mark in Gold und Silber beschwerten Tasche wiederholt ins Gesicht geschlagen. Inzwischen waren Leute hinzugelommen, der Angeklagte warf die Tasche zu Boden und lief davon. Auffallendweise ergriffen auch die beiden jungen Weiber, welche sich während der geschickten Vorgänge völlig unthätig gehalten hatten, die Flucht. Der Zeuge ist zu der Ansicht gelangt, daß alle drei Personen nach einem gemeinsamen verabredeten Plan handelten. Sie müßten bemerkt haben, daß er täglich jene Stelle passierte. Um mit ihm anbinden zu können, hätten sie die Komödie gespielt, als werde der eine von dem anderen genickhandelt. Schon sein Stehbleiben hätte der Angeklagte bemerkt, um über ihn herzufallen. Denfalls hätten der Angeklagte und seine Begleiter darauf gerechnet, daß die Tasche sich beim Schließen öffnen und das Geld herausfallen sollte, der erste würde dann die Flucht ergreifen und seine Genossen würden sich fleißig am Auffammeln beteiligen haben. Die Beweisnahme lieh allerdings zu, daß die Annahme des Zeugen richtig sei. Der Polizeileutnant des 91. Regiments, zu dem der Courbiere-Platz gehört, bekundete, daß dieser Platz für leichtes und arbeitmeidendes Gefindel eine besondere Anziehungskraft besitze, was zum Teil wohl auf die Nähe des Parks (7) zurückzuführen sei. Werde mal eine Streife angeestellt, so dürfe man annehmen, daß von 100 festsitzenden Personen gegen 80 bestraft seien. Es sei anzunehmen, daß auf dem Courbiere-Platz weit mehr Ueberfälle vorkämen, als zur Kenntnis der Polizei gelangten, denn auch die Ueberfallenen und Verurteilten hätten zumeist Veranlassung, jede Verührung mit der Polizei zu meiden. Der Wachtmeister deselben Regiments meinte, daß sich jeder hätte zu wehren, wenn er auf dem Courbiere-Platz zu sehen, denn wer dort einschläfe, werde auch gefesselt. Die in der Nähe des Platzes wohnenden Geschäftsleute pflegten des Sonntags abends ihre Geschäfte früher als sonst zu schließen, weil sie sich später des Gefindels nicht erwehren könnten. Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Kämpfe, stellte fest, daß der Angeklagte lediglich wegen eines ähnlichen Verbrechens mit 2 Jahren Gefängnis bestraft worden ist. Nachdem der Spruch der Geschworenen dahin verurteilt war, daß der Angeklagte schuldig sei des versuchten Raubes unter Ausschluß von mildernden Umständen beantragte der Staatsanwalt eine Zuchthausstrafe von drei Jahren und 6jährigen Ehrverlust unter Wegfall der zuletzt gegen ihn erkannten Gefängnisstrafe von 2 Jahren.

Das Urteil lautete dem Entzage des Staatsanwalts gemäß.

Wäre es nach einem Zeugnis, das die Polizei sich selber ausstellt, nicht im öffentlichen Interesse angebracht, daß etwas weniger peinlich Versammlungen ehrenhafter Arbeiter überwacht würden und daß man die dadurch freiwerdenden Ressourcen zum Schutze des Eigentums und der Sicherheit der Bürger verwendete?

Vermischtes.

Eisenbahnunglück. Nach einer Meldung der „Erfelder Zig.“ hat sich Montagabend gegen 9 Uhr in dem hinter der Station Warreded auf der Strecke Hagen-Erfelder-Düsseldorf gelegenen Tunnel ein schwerer Eisenbahnunfall ereignet. Ein nach Wöhlwinkel bestimmter Güterzug war infolge falscher Weichenstellung in das Gefleße der obengenannten Bahnhofsgerate geraten und wurde in dem Tunnel von einer von der Station Reismann ihm entgegenkommenden leeren Lokomotive angefahren. Der Materialschaden ist bedeutend, fünf Personen wurden verletzt, darunter die Feizer und der Jungführer. Am schwersten wurde der Feizer der Lokomotive verwundet, welcher abtransportiert und von den Trümmern an die Tunnelwand gedrückt wurde. Der Verkehr nach Düsseldorf wurde, da das Gefleße zwischen Warreded und Dornap bis Dienstag früh gesperrt war, über Wöhlwinkel geleitet.

Unfall einer Geisteskranken. Wie aus Stuhm in Westpreußen gemeldet wird, hat die 24jährige Tochter des dortigen Gerichtsdieners ihre drei jüngeren Geschwister im Alter von 3, 6 und 8 Jahren in den Brunnen des Amtsgerichts geworfen. Zwei von den Kindern ertranken. Das dritte konnte, wenn auch schwer verletzt, gerettet werden. Die Täterin, welche in einem Unfall von Geistesstörung gehandelt zu haben scheint, hat sich der Staatsanwaltschaft gestellt.

Die Ruhr in Mecklenburg. Aus Rostock wird der „Vossischen Zeitung“ berichtet: Der Kreisphysikus in Darquin teilt mit, daß seit Ende August in Mecklenburg Cholera die anstehende e h t e Ruhr verursacht. Von 63 ärztlich gemeldeten Krankheitsfällen sind bisher 6 tödlich verlaufen. Ein Fall wurde aus der Gnoiner Gegend in dem Amtsgerichtsbezirk Darquin verschleppt.

Ein Südwest-Orkan hat in der Ostsee furchtbaren Schaden verursacht. Der Segler „Julie“ brach im Sund in der Mitte durch; mit knapper Not erreichte die Besatzung das Land. Im Kattegatt und in den benachbarten Gewässern sind zehn Fahrzeuge gesunken oder gestrandet; die Mannschaften wurden gerettet. Im Großen Belt trieb ein von der Mannschaft verlassenes, unbekanntes Segelschiff, welches mit Holz beladen war, an Land. Allem Anscheine nach sind die Leute von den Fluten verschlungen worden. An der Westküste ertranken, wie dem „Verl. Ztbl.“ aus Kiel weiter geschrieben wird, infolge Ueberchwemmung viele Schafe und Rinder. Der Sturm trieb in der Nordsee die Masten des Seglers „Rebecka“, welche den Kapitän Jark so schwer trafen, daß er in kurzer Zeit starb. Der Fischer Wittrool lenkerte mit seinem Boot und ertrank. Im Großen Belt hätte sich fast ein Zusammenstoß zwischen einem Panzerschiff und der mit mehreren Personen besetzten Fähre ereignet. Die Fährgesellschaft bemerkt die Gefahr und ändert rechtzeitig die Fahrtrichtung.

Der angebliche Justizmord, über den auch wir kürzlich berichteten, hat sich als Fiktion herausgestellt. Aus Dortmund schreibt man darüber der „Post“: Ein Dortmunder Blatt (die „Tremonia“) brachte vor einigen Tagen die sensationelle Mitteilung, daß eine Frau ihren Ehemann eines im Jahre 1890 verübten Mordmordes bezichtigt habe und daß angeblich ein anderer an ihres Mannes Statt verurteilt und hingerichtet worden sei. Die Angelegenheit wurde mit dem am 14. Juli 1890 an dem Vergewaltigten Stefan Streckpfeil in Kassel bei Gastrop verübten Mordmord in Verbindung gebracht. Als Täter wurde damals der Arbeiter August Michalski aus Gastrop ermittelt, der denn auch auf Grund mehrfacher Indizienbeweise vom Schwurgericht zu 10 Jahren verurteilt und später nach Ablehnung seines Gnadenbittens hingerichtet wurde. Der Verurteilte soll allerdings sowohl vor Gericht, als auch noch kurz vor seinem letzten Gange dem Weichwater gegenüber, der ihn absolvieren habe, seine Unschuld beteuert haben. Ueber den wahren Sachverhalt dieser kasseler Angelegenheit liegen nunmehr, nachdem die Staatsanwaltschaft in die Prüfung der Sache eingetreten war, folgende aus zuverlässiger Quelle stammende Mit-

teilungen vor. Bei einer „auf dem Berge“ in Dortmund wohnenden Witwe hatte vor kurzem aus Mitleid eine Frau Aufnahme gefunden, welche bisher mit dem von ihr des Raubmordes bezichtigten Arbeiter ein intimes Verhältnis unterhielt, welches letzterer in diesen mehreren Wochen gelöst hatte. Diese Frau erzählte nun ihrer Wittin, daß ihr Bräutigam, der sie höchlich verlassen, nach Amerika ausgewandert sei, weil er vor Jahren in Ostrop einen Raubmord ausgeführt habe. Die Wittin hatte nichts Geringeres zu thun, als das Gehörte weiter zu verbreiten, so daß schließlich Polizei und Staatsanwaltschaft hiervon Kenntnis erhielten. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet, welche jetzt zu dem Resultat geführt hat, daß die Angeberin nur ein Märchen erdichtet hatte, um das Mitleid ihrer Wittin zu erregen. Der bezichtigte Arbeiter, ihr früherer Bräutigam, ist garnicht nach Amerika ausgewandert, sondern hat sich dieser Tage der Behörde freiwillig gestellt, nachdem ihm der gegen ihn geschleuderte furchtbare Verdacht zu Ohren gekommen war.

26 Personen bei einer Feuersbrunst verletzt. Gestern brach in einer Droguenhandlung in Rostock eine Feuersbrunst aus, die eine Explosion zur Folge hatte. 26 Personen, darunter 16 von der Feuerwehr, wurden schwer verwundet.

Erdbeben in Indien. Wie aus Calcutta telegraphisch gemeldet wird, ereignete sich eine Reihe von Erderschütterungen, begleitet von bedeutenden Erdbeben und außerordentlich starken Regengüssen, in verschiedener Anzahl bei Darbhaling. Den ersten Meldungen zufolge sind neun Europäer und mehr als zwanzig Eingeborene umgekommen. Der Bahnverkehr ist unterbrochen; große Pflanzungen wurden zerstört. — Nach weiteren Meldungen sind bei Darbhaling etwa hundert Personen umgekommen. In Bhub wurde der Bazar überschwemmt, wobei zweihundert Personen umkamen.

Witterungsüberblick vom 26. September 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Wetter	Temp. u. G.	Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Wetter	Temp. u. G.
Swinemünde	754	SE	4	wolflg	10	Saparanda	752	SE	—	Regen	7
Hamburg	750	SE	2	Regen	12	Geveling	—	SE	—	—	—
Berlin	755	SE	3	Regen	10	Jort	752	SE	5	h. bed.	13
Wiesbaden	756	SE	4	bed.	14	Aberdeen	739	SE	4	wolflg	7
München	751	SE	4	h. bed.	12	Paris	757	SE	4	Regen	15
Elben	752	SE	—	wolflg	11						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 27. September 1899. Voraussicht etwas wärmer, vorwiegend trübe mit Regenschauern und frischen (Abendlichen) Winden; nachher aufklarend und etwas kühler. Berliner Wetterbureau.

Marktpreise von Berlin am 25. September 1899 nach Ermittlungen des zgl. Polizeipräsidenten.

Ware	D. Ctr.	15,40	14,00	Ware	1 kg	1,60	1,10
*) Weizen	15,30	12,80	Schweinefleisch	1 kg	1,60	1,10	
*) Roggen	13,50	12,50	Rindfleisch	1 kg	1,60	1,10	
Butter-Weise	13,50	12,50	Sammelfleisch	1 kg	1,60	1,10	
Butter gut	15,00	14,40	Butter	60 Stück	4,50	2,80	
mittel	14,30	13,90	Wur	1 kg	2,20	1,20	
gering	13,60	13,00	Parfym	1 kg	2,20	1,20	
Milchzucker	4,00	3,50	Wale	1 kg	2,80	1,20	
Heu	6,90	4,00	Jander	1 kg	2,60	1,10	
*) Erbsen	40,00	25,00	Weste	1 kg	2,00	1,10	
*) Speisebohnen	50,00	25,00	Weste	1 kg	1,80	0,80	
*) Bohnen	70,00	30,00	Weste	1 kg	2,50	1,20	
Rindfleisch, neue	7,00	6,00	Weste	1 kg	1,40	0,80	
Rindfleisch, alte	1,60	1,20	Weste	per Schod	12,00	2,00	
do. Sauz	1,20	1,00					

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern - Kollernungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppel-Centner. *) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 26. September 1899. Im Getreideverleht blieb die Tendenz fest. Die Zufuhren sind klein. Roggen wie Weizenmehl wird in großen Mengen gekauft. Weizen jog um etwa eine halbe Mark, Roggen um dreieiertel bis eine Mark an. Für guten Kaiser reger Begehrt. Weizen- und Roggenmehl steigend. Rüböl wenig im Verleht. Am Spiritusmarkt läßt die Kaufkraft weiter nach. Dazu kam noch, daß heute die Angebote auf Vorräten ziemlich beträchtlich waren, so daß die gehandelten 35 000 Liter der mit 44,20 Mk., das ist um 50 Pf., niedriger, untergebracht werden konnten. Termine liegen 0,90 bis 1 R. nach. Kartoffelfabrikate. Deutsche Kartoffelstärke per 100 Kg. brutto incl. Sack 11,20 Pf. Prima trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. brutto incl. Sack und Mehl 21,00-21,25 Pf. Supra trockene Kartoffelstärke — — Prima Kartoffelmehl per 100 Kg. brutto — — Prima Kartoffelmehl 21,00 bis 21,25 Pf. prompt — — Pf. per 100 Kg.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Wittwoch, 27. September. Opernhaus. Die Fiedermaus. Anfang 8 Uhr. Schauspielhaus. Faust. (1. Teil.) Anfang 7 Uhr. Neues Oper-Theater (Kroll). Händel und Orzel. Die Puppenfee. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Kollege Crampton. Anfang 7 1/2 Uhr. Festsing. Antonio e Cleopatra. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Faust. (1. Teil.) Anfang 7 Uhr. Schiller. Die Ehe. Anfang 8 Uhr. Neues. Kivito. Anfang 7 1/2 Uhr. Westen. Die Reise nach China. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Der Plagmajor. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Jagdfreuden. Vorher: Familien-Souper. Anf. 7 1/2 Uhr. Luisen. Romeo und Julia. Anfang 8 Uhr. Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr. Ostend. Um tausend Mark. Anfang 8 Uhr. Victoria. Die weiße Henne. Anfang 7 1/2 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtische. Die Reise nach der Teufelsinsel. Anfang 8 Uhr. Metropol. Berlin lacht. Anfang 7 1/2 Uhr. Apollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Vestage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Urania. Jubelbekehr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr. Sternwarte. Landestr. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

Ostend-Carl-Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstraße 132. Dritte Woche! Um tausend Mark. Volkstheater mit Gesang von Buchholz und Felsch. Anfang 8 Uhr. Vortragsbüreau haben Gültigkeit. Im Tunnel vor und nach der Vorstellung Konzert. Sonntag 7 1/2 Uhr: Freie Volkshilfe: Faust. In Vorbereitung: Der Weltuntergang. Ausstattungsbüreau aus dem Englischen, übersetzt v. Karl Reich und Jos. Dill. Donnerstag: Deutsche Volkshilfe: Fest auf Solberg von J. J. J. Vorher: Der Maria.

Friedrich-Wilhelm-Theater

Chausseest. 25/26. Abends 8 Uhr: Zum 18. Male: Die Reise nach der Teufelsinsel. Kuriose Abenteuer-Geschichte mit Gesang und Tanz in 5 Akten von „*“ Musik von Albert Dicher. In Szene gesetzt vom Dir. Max Samf. 1. Bild: Auf zu Dreifuß. 2. Bild: Verübete Mächte. 3. Bild: Affentat und Berrat. 4. Bild: Das belagerte Haus. 5. Bild: Die Gerichtsverhandlung. 6. Bild: Apotheose. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntag, nachm. 4 Uhr, zu kleinen Preisen: Des Weeres und der Liebe Wellen oder: Hero und Leandro.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73. Heute und folgende Tage: Der Plagmajor. Grandtollste neue Ausstattung: Thomas, Thelocher, Helmerding, Junkermann. Im 2. Akt: Gr. Mutosky-Terzett. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. Vorher: Vorstellung Konzert im Tunnel.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstraße 22. Nur noch bis Sonntag: Allabendlich um 8 1/2 Uhr die mit großem Erfolg aufgenommene Berliner Aufführung: „Seydel-Toffen!“ Schürstlicher Beifall! Helene Voss und Wilhelm Fröbel als Tanz-Duettisten (Pantomime etc.) Dazu das phänomenale September-Spezialitäten-Programm. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Aufführung 1 Stunde vor Anfang. Billet-Verkauf vorm. u. 11-1 Uhr. Sonnabend, den 1. Oktober ca.: Neues Programm. Sonnabend, den 7. Oktober ca.: Erster großer Gesellschafts-Abend. Vorstellung und Tanzkränzen.

W. Noacks Theater.

Stammstraße 16. Heute, Mittwoch, den 27. September: Der Stabstrompeter. Voffe mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von Mannsb. Musik von Steffens. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzkränzen.

Maehrs Theater

Oranienstr. 24. Der Herzverführer. Operette in 1 Akt v. Leopold Hn. Brothers Rungs. Fräulein Alexandr. Franziska Held. Else Mosser. Traudl Bürgel. Gustav Eulenborg. Paul Frey etc. Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Vortragsarten an Wochenenden gütig.

Urania

Taubenstraße 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Der Sieg des Menschen über die Natur. Invalldenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum

Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Hippels Stettiner Quartett- u. Humoristen-Ensemble.

CASTANS PANOPTICUM

Neu! Sensationelle lebende Photographien: Dreyfus vor dem Kriegsgericht in Rennes in 4 Gruppen-Tableaux.

Victoria-Brauerei

Yühowstraße 111/112. Jeden Montag und Freitag: Nordd. Sänger (Führer, Horst, Walde). Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Jeden Donnerstag: Gr. Ball. Anfang 8 Uhr. — Entree 30 Pf.

Alcazar-Theater

Variété I. Ranges. Dresdenstr. 52-53. Annenstr. 42-43. Auftreten von absolut erstklassigen Spezialitäten. Anfang: Montag 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Entree: Montag 20 Pf. Sonntag 30 Pf. Die Direktion: Richard Winkler.

Cirkus Busch.

Wittwoch, 27. September 1899: Anfang 7 1/2 Uhr: Gr. Sports-Abend. Welt-Sports-Akt. Tolo zu Pferde. Pyjama Stakas. Nachtweiden-Rennen. Circus-Wettrennen. 100 R. Prämie. Unsere Marine. Gr. Ballett, gelangt v. 120 Damen des Corps de Ballett. Wanderschaaren der Gesellen des Kapitän Webb. Auftreten der Schutzeiterin Fri. Martha Mohake. Vorher, Donnerstag, ab. 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung. Am Sonntag, den 1. Okt. nachm. 4 Uhr, auf Wunsch die Gesellen des Kapitän Webb.

Apollo-Theater.

Heute zum 150. Male: Frau Luna. Ausstattungs-Operette in 1 Akt von Bolten-Backers, Musik von Paul Lincke. Im 4. Bild: Das sensationelle Luftballon.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. Täglich: (Weibel, Vietor, Britton, Steib, Krone, Ritzmayer, Schneider und Schrader). Zum Schluß: Stundes Pflanzfahrt. Ensemble von Riesel. Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Tageliste 11-1 Uhr.

R. Ballschmieders

„Kastanienwäldchen“ Konzertgarten u. Stadtjule. Badstr. 16. Gesundheitsbrunnen, Badstr. 16. Täglich: Gr. Promenaden-Konzert. Jeden Donnerstag: Elite-Streich-Konzert. Sonntag: Großer Ball im neuerbauten Saal. Empfehle meine Säle zu allen Festlichkeiten. R. Ballschmieder. Sanssouci Kottbuserstr. 4a. Täglich außer Sonnabends: Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Anfang wochentags 8 Uhr. Entree (Sonderverkauf) 30 u. 50 Pf. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 u. 75 Pf. Donnerstag und Sonntag nach der Entree: Tanz-Kränzen.

Victoria-Theater

C. Alexandersstr. 40. Fernsp. VII 1711. Direkt.: V. Hausmann u. G. Emmrich. Anfang 7 1/2 Uhr. Am 18. Mal mit vollständig neuer Ausstattung: Novität! Die weiße Henne. Novität! (La poule blanche). Bandelle in 3 Akten von Hennequin und Warr. Deutsch v. Bolten-Backers. Musik v. B. Roger. In Paris mit sensationeller Erfolge über 600 mal gegeben.

Achtung! Vereine!

Englischer Garten Alexanderstr. 27c. Dies renoviert! 2 große Parkettbälle sind noch einige Sonnabende und Sonntage im September und Oktober zu vergeben. C. Hoffmann.

Teilzahlung

monatlich 10 Pf. liefert elegante Herrogarderobe u. Was. Tomporowah, Schneidermeister, Reanberstr. 10, II, an der Kinnstr. (Nach der Kassa billige Preise.)

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt, Spezialarzt für Haut- u. Harnleiden. Franck-Krankheiten. Königsplatzstr. 27. Spr. 9-1. 4-7. Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnabend, Ab. 7-8: Friedrichstrasse 114, I.

Unsern Engländer Gottlieb Hampel

zu seinem heutigen Wiedenfest ein kommenes Hoch! 66/4 Gesangsverein Vorwärts I. Südost. Dankagung. Für die vielen Beweise der Teilnahme bei dem Begräbnis meines lieben Mannes Otto Lehmann

Dr. Simmel

Spezialarzt f. Haut- u. Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 3-4.

Möbel auf Kredit

Wohnungs-Einrichtungen bei bescheidener Anzahlung und auf Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen. Coulanteste u. beste Bedienung. Bei Zahlungsschwierigkeiten größte Rücksicht. Lagerbesichtigung erbeten. — Kein Kaufzwang. Central-Möbel-Halle, Ecke Alexandrinenstr.

Schuhwaren - Konkursmassen - Ausverkauf!

Seydelstr. 29 u. Lindenstr. 105. Die aus der Dienstmann & Rothglesserschen Konkursmassen erworbenen und noch andere Partiewaren werden zu folgenden Spottpreisen ausverkauft: Herrenstiefel 3,90. Herrenschuhe 3,60. Damenstiefel 3,90. Gamschuhe 85 Pf. Ballschuhe 1,95 usw. Seydelstr. 29 u. Lindenstr. 105. Ueberzeugung macht wahr! A. Sabeck's bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen sind die billigsten. Dresdenstr. 29 u. 116.

Das beste und im Gebrauch billigste und bequemste Waschmittel der Welt ist Dr. Thompson's Seifenpulver. Möbel und Polsterwaren. Keine Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. (24772) Franz Tutzauer, Brunnenstraße 352.

Achtung! Holzarbeiter! Achtung!
 Donnerstag, den 28. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Englischer Garten“, Alexanderstr. 27c:
Branchenversammlung
 für alle in der Kabinenschlifferei beschäftigten Arbeiter.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Lage der Kabinenschlifferei und wie verbessern wir dieselbe? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Verbandangelegenheiten. 122,5
 Es ist Pflicht eines jeden Anwesenden, zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Mittwoch, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Cohn, Benthstraße Nr. 19/21:
Vertrauensmänner-Sitzung d. Klempner.
 Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Mittwoch, den 27. September, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal „Berliner Ressource“, Kommandantenstraße 57:
Versammlung
 sämtlicher Arbeiter der Firmen
Bernh. Joseph, Akt.-Ges. Butzke, Kramme, Spinn & Sohn, Schäfer & Walker.
 Tages-Ordnung: Die Stellen sich die Kollegen zur Neuenhunden-Bewegung der Former?

Freitag, den 29. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Luisenstädtisches Konzerthaus“, Alte Jakobstr. 75:
Versammlung der Former.
 Tages-Ordnung:
 Beschlussfassung über unsere Lohnbewegung.
 Jeder Former und Berufsgenosse muß anwesend sein.
 114/8 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung, Fliesenleger!
 Freitag, den 29. September, abends 8 1/2 Uhr, im Engl. Garten, Alexanderstraße Nr. 27c:
Oeffentl. Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht über das beschlossene Gewerkschaftsstatut und Wahl eines Delegierten zu demselben. 2. Gewerkschaftliches. 3. Diskussion. 66,9
Die Vertrauensleute.

Achtung! Achtung!
Graveure und Giseleure!
 Donnerstag, 28. September, abends 1/2 9 Uhr, in Feuersteins Festsälen, Alte Jakobstraße 75:
Oeffentl. Versammlung
 der Graveure und Giseleure Berlins.
 Tages-Ordnung:
 1. Der gegenwärtige Stand unserer Bewegung zur Beförderung der Arbeitszeit und welche weiteren Schritte bedeuten wir zu unternehmen? 2. Bericht des Kollegen Brückner. 3. Diskussion. 74/19
 Kollegen! Die Bewegung nimmt größere Dimensionen an. Selbst Graveure sind schon in den Kampf mit hineingezogen. Es ist notwendig, doch zur Beförderung der ferneren Taktik eine Aussprache stattfinden. Zu diesem Zweck wollen wir alle versammeln, aber alle müssen versammelt sein, nicht einer darf fehlen. Darum erfülle jeder seine Pflicht und erscheine in der öffentlichen Versammlung.
Der Vertrauensmann.

En gros. Roh-Tabak. En detail.
 Große Auswahl zu billigen Preisen. (Zehr preiswerte vorzüglich brennende Sumatras.) 2511L*
Rud. Völkler & Sohn, Berlin, Köpenickerstr. 45.

Zur allgemeinen Kenntnisnahme!
 Vom 1. Oktober ab befindet sich das Bureau des
Central-Verbandes deutscher Maurer
 (Zahlstellen Berlin II. und sämtlicher Vororte)
Neu-Kölln am Wasser 1.
 Daselbst ist geöffnet an den Wochentagen von früh 8-1 Uhr und nachmittags von 4-8 Uhr. Fernsprecher Amt VII. 4289.
 Die Verbandsleitung. J. A.: Karl Passer.
 137/11

Freie Turnerschaft
Rixdorf-Britz (M. d. Arb.-Turnerb.)
 Sonnabend, 30. September, abends 9 Uhr, im Apollo-Theater, Hermannstrasse 48/50:
zur Feier des 4. Stiftungsfestes
Künstler-Konzert.
 Mitwirkende: 269,8
 Frau Klara Urban, Opernsängerin; Herr Maximilian Fischer (Fföte), Paul Neumann (Cello) und Berliner Männer-Quartett „Harmonie“. Billets a 50 Pf. inkl. Tanz bei den Herren Emil Recke, Bergstr. 7; Louis Hermann, Kirchhoffstr. 1; Müller, Anseebachstr. 43; Jul. Radper, Brig. Chausseest. 67, I und bei allen Mitgliedern zu haben.

Bei jetzigen hohen Butterpreisen **prüfe und vergleiche** man gefälligst Mohrsehe Margarine-Marke 113/16*
Mohra
 mit feinsten Meiereibutter und man wird sich überzeugen, dass die „Mohra“ auf Brot gestrichen genau so wohlsehmeckend ist und beim Braten genau so **bräunt und duftet**, wie die fast doppelt so teure Molkereibutter.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

Trinkt vom Fass!
Goldklares Weissbier
 aus der Weissbier-Brauerei „Friedrichstadt“ 24800*
Julius Borsdorf, Neue Königstraße 31/32.
 Es ist das beste Weissbier und wird stets ohne Wassermischung verkauft!

Möbelfabrik.
 Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen
 kaufen Sie bei
Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstraße 6,
 am Rotbuser Thor.
 Berlin SO.,
 für bestes und trockenstes Material garantiert!

Kleine Anzeigen.
 Jedes 5 Pfennig. **Wort:** 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.
 Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Anzeigenstellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Dönhofsstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Möbel, bar und Teilzahlung. billig. Frankfurter Allee 110, I. Gde Königbergerstraße. 1378*
Restoration mit vollem Schanz. 7 Jahre in einer Hand, zu verkaufen. Bangegegend. Riem, Waldenstraße 14
Ruhbaummöbel, mehrere Zimmer, ein kleinerer Schrank, eine Bettstelle mit Matratze, ein Hängeregol, ein Plättchen, Regal, Tisch, 10, wertenhafter, hochparterre. 1828*
Möbel auf Teilzahlung Pringstraße 62. 2871b
Wirtschaft. Ruhbaum, Stube, Küche, billig, auch einzeln, Gartenstraße 32 A, I. Unt. 475*
Möbelfabrik. Oranienstraße 17a, nahe Dönhofsplatz. Billiger Verkauf von Wohnungs-Einrichtungen, auch einzeln: Schloßf. 30,00, Kleiderschrank, Bettstuhl 37,00, Villigergarten 16,00, Kaminofen 85,00, Bettstellen, Matratzen 30,00, Truhen, Buffets, Herren, Damen-Schreibstühle, Waschtisch, Bettstellen, Kleiderschrank, Spiegel, Spiegelstühle 26,00, Küchenmöbel, auch Teilzahlung. 2*
Fahrradhändler kaufen sämtliche Zubehör- und Kleinteile, sowie Gebraucht- und alte Räder sehr vorteilhaft. Fahrradartikel en gros, jetzt Ludowikstraße 3. 113/6*
Nähmaschinen ohne Anzahlung. Postfach. Gutmannstraße 18, Bantel.
Bettstühle, Stühle, Kamine. jetzt Ludowikstraße 16.
Betten, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Portieren, Teppiche, Regulatoren, Heizkessel, Winterpaletts, Kissen, Sofen, Opernplafonds, spitzenförmige Wandleuchte, Kleiderkasten, Kleiderbügel, 27.- Grobhartige Parquet-Tischchen, Stoffsofa, sowie komplette Einrichtungen, Küchenmöbel in großer Auswahl. 1792*

Ruhbaum-Möbel, Kleiderständer, Bettstuhl, Truhen, Tisch, Stühle, Küchenmöbel zu jedem Preise. Steinwegstraße 17, vorn II. 2906b
Seifengeschäft, alles sofort für den Inventarpreis zu verkaufen, Wallstraße 78. 2892b
Altes Schloßf., Bettstelle, Tisch, Stühle, Spiegel billig, Bodestraße 7, Papiergeschäft. 2908b
Zu verkaufen ein Vorderzimmer, ein kleinerer Schrank, eine Bettstelle mit Matratze, ein Hängeregol, ein Plättchen, Regal, Tisch, 10, wertenhafter, hochparterre. 1828*
Damen-Hedern, Hund 1,75 Mark, Rummelsburg, Türschloßstraße 20 bei Gedau. 1808*
Harmonika (2 Heiser) verkauft Otto Voss, Buchholzerstraße 4. 475*
Vorlese-Schiff mit Rolle, 400 Pf., Rummelsburg 30. 413
Zahneide, gut gehende, 30 Morgen Weiden und Land, ist sofort in einer Stadt der Rheinmündung preiswert zu verkaufen. Offerten bitte Berlin postlagernd Postfach 33 unter H. G. Vermittler verbeten. 473
Vermischte Anzeigen.
Elektra, Pringstraße 55. Reiter Abendkurs, beginnend Donnerstag, 5. Oktober. Gediegene praktische und theoretische Ausbildung für Elektromonteur, Installateur, alle Metallgewerbe. Keine Vorkenntnisse. Diplomzeugnis. Stellungsbewerb. Vorkurs gratis. Anmeldung täglich, auch Sonntagvormittag.
Elektrischschiff. Großer Abendkurs. Anfang 3. Oktober. Monatlich 6 Mark. Keine Vorkenntnisse, vorzügliche Lehrmethode, glänzende Resultate. Abgangs-Prüfung. Zeugnis. Stellensuchweise. Anmeldungen persönlich umgehend, Nation, Alte Jakobstraße 24. 2832b
Vereinzimmer für 50 Personen nach frel. Wohnstr. 35. 2760b
Vereinzimmer zu vergeben Holzmarktstraße 20, Moos. 2708b

Vermietungen.
Zimmer.
Möblierte Vorderzimmer an 1 oder 2 anhängige Herrn, Alexanderstraße 27, I. Etod, Scharber. 2894b
Möblierte Stube, 1-2 Herren, separat, vermietet, Kaldenstraße 20, vorn III, Hofmann. 2904b
Schlafstellen.
Häringerstraße 11, Dielen, möblierte Schlafstelle, 2 Herren, separater Eingang, a 8 Mark. 2894b
Zwei möblierte Schlafstellen für Herren, Admitstraße 6, vorn II bei Keller. 2891b

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Stellenangebote.
Vereinzimmer zu 50 Personen zu vergeben Pfefferberger Kaufhaus, Grädestraße 2. 2906b
Einrichtungsmaterial und Handauf- Strampe liefert seit 30 Jahren für tausende Köche und Bediene Jenn Dalze, Hamburg, Große Drehbahn 45. Mehrere Preislisten gratis. 104/1
Unfallkassen, Klagen, Eingaben, Papper, Steglitzerstraße 65. 129K*
Mechanische Strumpfwirker Tz. Clement, Reindendorferstraße 56. Strümpfe werden auf der Maschine sauber und billig neu- und angefertigt. Gleichzeitig empfehle mein großes Lager Wolle und Baumwolle. Spezialität: Scherwolle. 1122
Vereinzimmer noch einige Tage Schlafstellenstraße 9. 2911b
Ich erkläre Frau Wehmann für eine ehrendeste Frau und nehme die Verlobung zurück. Christian Herbst.
Wohntänder! Wollergoldener und Maler, durchaus selbständig. Vergoldung, Emaille, Regen, Besag von Plüsch, Vertunier, Schreit und Schilder u. Entwurfen von der Kunstzeit entsprechenden Plakaten, Aufzügen von Bildern für Glasbläserien und Exportgeschäfte. Rantowig, Ritterstraße 14. 2910b
Eine möblierte Schlafstelle für 2 Herren gesucht mit Preis. Nähe Dönhofsplatz. Offerten Dönhofsplatz 9, Restaurant. 2906b
Schlafstelle für Herren Strumpfwirkerstraße 12, Hof I, Schanze. 475*
Möblierte Schlafstelle zu vermieten Bodestraße 2, vorn III rechts.
Möblierte Schlafstelle (8 Mark) Bilkowstraße 53, vierter Aufgang, 3 Treppen, bei Dalmer. 418
Junger verheirateter Kutscher, bezieht Unfallrente, wünscht Beschäftigung. Pader, Rixdorf, Hermannstraße 197, III. 410
Schlosser, Kaminofen, bessere Arbeiten, Reisinggitter u. hoher Lohn, dauernd Beschäftigung. Gefällige Adressen unter 3, 4 an die Expedition des „Vorwärts“. 2900b
Krognmacher verlangt Krizan, Rotbuser Thor 32.
50 Arbeiter von Frau Sabitz Arbeitet in der Fabrik der Herrenmeister Oesen, Gohberg, oder Krabbenbock i Dregninge pr. Boertop, Danwart. Alfred oder Gohberg. Prihrant med Udbetaling 46 Oere pr. Time. Arbejdet vil vare ca. 1 Kar.
Arbeiter.
Notizkalender 1900
 Geb. 60 Pfg. - Porto: 10 Pfg.
 Auf dem Inhalt haben wir hervor:
 Zum gütigsten Gedenken
 (Werbepreis, Mietvertrag,
 Niederschlagung der Aktien und
 Verträge, unethische Kinder, Ver-
 treit). - Die
 Reichstagswahlen von 1898
 mit Angabe der in jedem Wahl-
 kreis auf jede Partei abgegebenen
 Stimmen, unter Beifügung
 der sozialdemokratischen Stimmen
 und Prozentzahl von 1903. -
 Portraits und Skizzen
 der Reichstagsmitglieder
 Reichstags-Überredner.
 Die sozialdemokratischen
 Kandidatenproben in den
 einzelnen Bundesstaaten. -
 Torsler und Janssen der
 Reichstagsmitglieder, der
 sozialdemokratischen, Organe,
 Reichstagsmitglieder, Reichstags-
 Mitglieder für Preussens,
 Reichstagsmitglieder, Reichstags-
 Mitglieder, Reichstags-
 Reichstagsmitglieder u.
 Reichstagsmitglieder u.
 Wie die früheren Jahrgänge dürfte
 auch der für 1900 keine Ausnahme
 bilden. Der Verlag war in
 dem Jahre, auch den diesjährigen
 Jahrgang zu einem
praktischen Nachschlagewerk
für Gewerkschaften
 zu gestalten.
 Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW., Poststr. 2.
 14 Tage auf Probe verleihe ich
 überall hin (20000*)
H. Garzer Kanarienvogel.
 Bitte verlangen Sie Preisliste frei
 für von L. G. Müller, Vogel-
 händler, Nordhaus a. G.
Anzüge nach Maß für
Herren-Knaben
 Größte Auswahl in in- und aus-
 ländischen Stoffen für Paletots,
 Anzüge, Westmäntel u. werden
 unter Garantie des guten Sitzes
 zu überaus billigen Preisen
 (ausnehmend angefertigt im Tagesgeschäft
 bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

Arbeiter.
Notizkalender 1900
 Geb. 60 Pfg. - Porto: 10 Pfg.
 Auf dem Inhalt haben wir hervor:
 Zum gütigsten Gedenken
 (Werbepreis, Mietvertrag,
 Niederschlagung der Aktien und
 Verträge, unethische Kinder, Ver-
 treit). - Die
 Reichstagswahlen von 1898
 mit Angabe der in jedem Wahl-
 kreis auf jede Partei abgegebenen
 Stimmen, unter Beifügung
 der sozialdemokratischen Stimmen
 und Prozentzahl von 1903. -
 Portraits und Skizzen
 der Reichstagsmitglieder
 Reichstags-Überredner.
 Die sozialdemokratischen
 Kandidatenproben in den
 einzelnen Bundesstaaten. -
 Torsler und Janssen der
 Reichstagsmitglieder, der
 sozialdemokratischen, Organe,
 Reichstagsmitglieder, Reichstags-
 Mitglieder für Preussens,
 Reichstagsmitglieder, Reichstags-
 Mitglieder, Reichstags-
 Reichstagsmitglieder u.
 Reichstagsmitglieder u.
 Wie die früheren Jahrgänge dürfte
 auch der für 1900 keine Ausnahme
 bilden. Der Verlag war in
 dem Jahre, auch den diesjährigen
 Jahrgang zu einem
praktischen Nachschlagewerk
für Gewerkschaften
 zu gestalten.
 Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW., Poststr. 2.
 14 Tage auf Probe verleihe ich
 überall hin (20000*)
H. Garzer Kanarienvogel.
 Bitte verlangen Sie Preisliste frei
 für von L. G. Müller, Vogel-
 händler, Nordhaus a. G.
Anzüge nach Maß für
Herren-Knaben
 Größte Auswahl in in- und aus-
 ländischen Stoffen für Paletots,
 Anzüge, Westmäntel u. werden
 unter Garantie des guten Sitzes
 zu überaus billigen Preisen
 (ausnehmend angefertigt im Tagesgeschäft
 bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

Möbel
 auf 25562*
Abzahlung
 so billig wie baar.
 Eigene Polsterwerkstatt.
Gr. Frankfurterstr. 1
 Frankfurter Thor,
 Ecke Frieden-Strasse.
J. Ostrowski jun.
Sackpaletots,
Damenjacketts
 und Kostüme spottbillig
 29035 Kommandantenstr. 27, III.
Hans Kayser
 23993*
 Berliner Bahnhof, Platz 6.
 Billigste Bezugsquelle für
Press- u. Steinkohlen.
Bekanntmachung!
 Meiner werthen Rundschau zur
 geälligen Anzeige, daß ich auf
 Grund meiner Arbeiter
 die zehnjährige Arbeitszeit ein-
 geführt habe und bitte ich
 Ihren werthen Bedarf in der
 Zeit von 6 Uhr morgens bis
 6 Uhr abends zu decken.
 Rollen en gros.
 Hans Kayser, Berlin, Bahnhof, Pl. 6.

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Stellenangebote.
Vereinzimmer zu 50 Personen zu vergeben Pfefferberger Kaufhaus, Grädestraße 2. 2906b
Einrichtungsmaterial und Handauf- Strampe liefert seit 30 Jahren für tausende Köche und Bediene Jenn Dalze, Hamburg, Große Drehbahn 45. Mehrere Preislisten gratis. 104/1
Unfallkassen, Klagen, Eingaben, Papper, Steglitzerstraße 65. 129K*
Mechanische Strumpfwirker Tz. Clement, Reindendorferstraße 56. Strümpfe werden auf der Maschine sauber und billig neu- und angefertigt. Gleichzeitig empfehle mein großes Lager Wolle und Baumwolle. Spezialität: Scherwolle. 1122
Vereinzimmer noch einige Tage Schlafstellenstraße 9. 2911b
Ich erkläre Frau Wehmann für eine ehrendeste Frau und nehme die Verlobung zurück. Christian Herbst.
Wohntänder! Wollergoldener und Maler, durchaus selbständig. Vergoldung, Emaille, Regen, Besag von Plüsch, Vertunier, Schreit und Schilder u. Entwurfen von der Kunstzeit entsprechenden Plakaten, Aufzügen von Bildern für Glasbläserien und Exportgeschäfte. Rantowig, Ritterstraße 14. 2910b
Eine möblierte Schlafstelle für 2 Herren gesucht mit Preis. Nähe Dönhofsplatz. Offerten Dönhofsplatz 9, Restaurant. 2906b
Schlafstelle für Herren Strumpfwirkerstraße 12, Hof I, Schanze. 475*
Möblierte Schlafstelle zu vermieten Bodestraße 2, vorn III rechts.
Möblierte Schlafstelle (8 Mark) Bilkowstraße 53, vierter Aufgang, 3 Treppen, bei Dalmer. 418
Junger verheirateter Kutscher, bezieht Unfallrente, wünscht Beschäftigung. Pader, Rixdorf, Hermannstraße 197, III. 410
Schlosser, Kaminofen, bessere Arbeiten, Reisinggitter u. hoher Lohn, dauernd Beschäftigung. Gefällige Adressen unter 3, 4 an die Expedition des „Vorwärts“. 2900b
Krognmacher verlangt Krizan, Rotbuser Thor 32.
50 Arbeiter von Frau Sabitz Arbeitet in der Fabrik der Herrenmeister Oesen, Gohberg, oder Krabbenbock i Dregninge pr. Boertop, Danwart. Alfred oder Gohberg. Prihrant med Udbetaling 46 Oere pr. Time. Arbejdet vil vare ca. 1 Kar.
Arbeiter.
Notizkalender 1900
 Geb. 60 Pfg. - Porto: 10 Pfg.
 Auf dem Inhalt haben wir hervor:
 Zum gütigsten Gedenken
 (Werbepreis, Mietvertrag,
 Niederschlagung der Aktien und
 Verträge, unethische Kinder, Ver-
 treit). - Die
 Reichstagswahlen von 1898
 mit Angabe der in jedem Wahl-
 kreis auf jede Partei abgegebenen
 Stimmen, unter Beifügung
 der sozialdemokratischen Stimmen
 und Prozentzahl von 1903. -
 Portraits und Skizzen
 der Reichstagsmitglieder
 Reichstags-Überredner.
 Die sozialdemokratischen
 Kandidatenproben in den
 einzelnen Bundesstaaten. -
 Torsler und Janssen der
 Reichstagsmitglieder, der
 sozialdemokratischen, Organe,
 Reichstagsmitglieder, Reichstags-
 Mitglieder für Preussens,
 Reichstagsmitglieder, Reichstags-
 Mitglieder, Reichstags-
 Reichstagsmitglieder u.
 Reichstagsmitglieder u.
 Wie die früheren Jahrgänge dürfte
 auch der für 1900 keine Ausnahme
 bilden. Der Verlag war in
 dem Jahre, auch den diesjährigen
 Jahrgang zu einem
praktischen Nachschlagewerk
für Gewerkschaften
 zu gestalten.
 Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW., Poststr. 2.
 14 Tage auf Probe verleihe ich
 überall hin (20000*)
H. Garzer Kanarienvogel.
 Bitte verlangen Sie Preisliste frei
 für von L. G. Müller, Vogel-
 händler, Nordhaus a. G.
Anzüge nach Maß für
Herren-Knaben
 Größte Auswahl in in- und aus-
 ländischen Stoffen für Paletots,
 Anzüge, Westmäntel u. werden
 unter Garantie des guten Sitzes
 zu überaus billigen Preisen
 (ausnehmend angefertigt im Tagesgeschäft
 bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

Gesamt-Parteitag der Socialdemokratie Oesterreichs.

Brünn, 25. September 1899.

Die Debatte über die Politische Lage und Taktik

wird fortgesetzt.

Schumacher: Wien polemisiert gegen die Behauptung des Dr. Morgenstern, es sei nicht mit gehörigen Nachdruck von der Partei gearbeitet worden. Die Berichte aus den einzelnen Ländern beweisen das Gegenteil. Dr. Morgenstern empfiehlt die Steuererleichterung. Ja, welche Steuer sollten denn die Arbeiter verweigern? Die indirekte? Und wie sollten sie das aufstellen? Dr. Morgenstern sei mit seinem Vorschlag an die falsche Stelle gegangen: er hätte sich damit an die Deutschnationalen wenden sollen, an die Bürger, die direkte Steuern zahlen. Was die arbeitsfähige Taktik betrifft, so sei, wenn ein feudales Ministerium keine schärfere Widerstand geboten. (Beifall.)

Abg. Jeller: Es braucht nicht erst verifiziert zu werden, daß wir jedes Ministerium bekämpfen. (Auf: Mit Ausnahme eines Ministeriums Dr. Adler. Geisterzeit. Auf: Wie auch bekämpft! Große Geisterzeit.) Redner glaubt, daß die Parteivertretung die Wiener Verhältnisse, den Kampf gegen Lueger, zu sehr berücksichtigt und auf die Provinz nicht ganz die nötige Rücksicht genommen habe. Der Gedanke, die Steuer zu verweigern, sei utopisch.

Sperka-Prüms (Uzsch) schließt sich den Anschauungen Verners an und wünscht eine lebhaftere Agitation für das allgemeine Wahlrecht.

Sanusch (Nordmähren): Das Flugblatt der Parteivertretung hat den Provinzler nicht besonders gefallen. Wenn wir ein Flugblatt bekommen, wollen wir ein konstituiertes haben. (Geisterzeit.) Wir müssen uns vor Kompromissen mit den deutschnationalen Radikalen hüten; sie sind dieselben Vollsbezügler wie die Junggehehen. (Zustimmung.)

Abg. Kessel-Gratz: Ich halte es für keine genügende Antwort, wenn Dr. Adlers Referat nur die beiden Versicherungen brachte: Wir werden eine socialdemokratische Taktik einhalten und uns nicht unter der Jesuitenthat bringen lassen. Bestimmtere Linien lassen sich denn doch für unsere Taktik ziehen. Wir müssen wissen, was mit der Thunfisch-Erbschaft werden soll, mit allen den Verordnungen auf Grund des § 14. Unbestreitbar hat es die Parteivertretung in den Zeiten, wo eine energische Aktion notwendig gewesen wäre, daran fehlen lassen.

Remeg-Prag: Kessel hat die socialdemokratische Taktik durch sein Bündnis mit den Deutsch-Nationalen am meisten geschädigt. (Widerspruch des Abg. Kessel.) Der Gesamt-Parteitag muß ein wachsame Auge auf die Tätigkeit der nationalen Organisationen haben. Das ist wichtiger als Verhandlungen gegen die Parteivertretung.

Dr. Morgenstern (Mährisch-Schönberg): Wir haben 2 1/2 Jahre Verfassungsbruch und Absolutismus gehabt. Wer trägt uns dafür, daß dieses Regime sich nicht fortsetzt. Jedes Ministerium, das ins Amt tritt, ohne die Jückersteuer und die sonstigen Verordnungen auf Grund des § 14 aufzuheben, übernimmt die Verantwortung dafür und muß auf das entschiedenste bekämpft werden. Gewalttätig können unsere 15 Abgeordneten die Delegationswahlen nicht verhindern, aber sie können dafür sorgen, daß die Delegationswahlen nicht zuerst stattfinden, sondern zuerst eine gründliche Abrechnung vorgenommen wird. Die Steuererleichterung wäre den Arbeitern sehr wohl möglich gewesen. Wer über 10 Kilogramm Zucker hatte, mußte ihn nachversteuern. Hier hätte die Steuer verweigert werden sollen. (Große Geisterzeit.) Auch unsere Konsumvereine haben den Zucker nachträglich versteuern müssen; sie hätten nicht zahlen sollen. (Große Geisterzeit.) Demonstrationen hätten jeder 11 Kilogramm Zucker kaufen und dann die Steuer verweigern sollen. (Ständisches Gelächter.)

Prachensky: Jandrus hat die Vorwürfe gegen die Parteivertretung für unbegründet und beantragt folgende Resolution:

Der Parteitag spricht der Gesamt-Parteivertretung und dem Verbandsrat sein volles Vertrauen aus und billigt die bisher eingeschlagene Taktik.

Der energischste Kampf gegen das feudale-kerisale Regime, das Jogan den letzten Schein des Parlamentarismus fröbel durch den § 14 erschlagen hatte, die Verteidigung der konstitutionellen freirechtlichen Vollsrechte, die auf alles gefasste Abwehr der rücksichtslosen Attentate der kerisalen Vollsfeinde gegen die Vollsrechte und die Entfaltung einer Massenbewegung zur Eroberung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts im Staate, Land und Gemeinde — bleibt auch für die Zukunft die vornehmste Aufgabe der Partei.

Der gegenwärtig in Oesterreich geführte Verfassungskampf muß bis an sein für das Volk siegreiches Ende geführt werden und die Partei hat kein Interesse, sich mit Scheinrieden und mit faulen Kompromissen zufrieden zu geben. Sie wird, ihrem principien Charakter getreu, in jedem Momente ihre Taktik nach den proletarischen Interessen des arbeitenden Volkes einrichten.

Abg. Schrammel-Auffig: Wir alle sind unzufrieden mit dem, was erreicht worden, aber nicht unzufrieden mit dem, was gethan worden ist. Die Abgeordneten haben lange bevor das Flugblatt verfaßt wurde, schon einen Abzug davon erhalten und konnten die Agitation dementsprechend einrichten. Wo sie es nicht gethan haben, sollen sie sich selbst anklagen und nicht die Parteivertretung. Dr. Morgenstern ist vom Parteitage ausgelassen worden, und er hat es recht verdient. Dadurch wird jede Widerlegung überflüssig.

Abg. Verner-Mährisch-Odra verteidigt seinen Standpunkt in der Wahlrechtsbewegung. Die Verteidigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts muß das ceterum censeo sein. Wir werden gewiß lange nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht streben, aber nach dem Nationalitäten-Bundesstaate werden wir noch länger streben müssen. Die Parteivertretung hat gewiß viel gethan, aber nicht im Kampfe gegen die Regierung, sondern im Kampfe gegen Lueger. Im Kampfe mit diesem sind die Kräfte verbraucht worden.

Kraus-Wien bestreitet, daß die Parteivertretung sich nur um Niederträchtlichkeit bemüht hätte; sie habe die Verhältnisse im Reiche ständig ins Auge gefaßt.

Kalle-Gratz verlangt von der Parteivertretung rechtzeitige Direktiven; hieran habe es mittermisch geschickt. Kessel habe sein Bündnis mit den Deutsch-Nationalen geschlossen.

Abg. Dazhynski-Straau: Amnistisachen und Wundermittel habe Dr. Adler nicht nennen können; es ist sehr richtig gewesen, daß er sich nur auf allgemeine Angaben beschränkt habe. Kessel und Verner wollten springend vorwärts kommen; das aber gelingt nicht. In der großen Frage des allgemeinen Wahlrechts sind wir alle einig, die Gemeindevahlrechtsbewegung hat bewiesen, wie tief dieser Gedanke ins Volk eingedrungen ist. Jedem Ministerium gegenüber, einem Beamten, „liberalen“ wie kerisalen Ministerium gegenüber bleiben wir zutraulichen und lassen uns auf keine Abmachung ein. Auch die schönsten Deutsch-Nationalen werden schuldig, deshalb ist den Genossen in Graz eine gewisse Mäßigung anzuraten. Als die Junggehehen noch radikal waren, wimmelte es an kleinen zärtlichen Verhältnissen zwischen ihnen und unseren Brager Genossen. Das ist nicht empfehlenswert. Wir marschieren besser allein.

Selig-Teplitz glaubt gleichfalls, daß sich für die künftige Taktik der Partei nur allgemeine Gesichtspunkte aufstellen lassen. Ob die Möglichkeit zu einer großen Wahlrechtsbewegung in der nächsten Zukunft vorhanden sein wird, ist ungewiß. Doch bei Erlaß der Jückersteuer die Schlagfertigkeit der Partei zu wünschen übrig ließ, muß zugegeben werden.

Abg. Kessel-Gratz wendet sich gegen die Angriffe Remeg. Es ist nicht wahr, daß ich an eine deutschnationalen Versammlung ein Vegründungsschreiben gerichtet habe. Remeg sollte solche Angaben nicht aus der junggehehen Presse nehmen. Ich war zu einer

deutschnationalen Versammlung geladen und habe ein Absageschreiben geschickt. Meine Reden sollen national ausgefallen sein; in Graz solle man sich nicht mehr auskennen, ob jemand ein Socialdemokrat oder ein Deutschnationaler ist. Das ist nicht richtig. Wir haben stets auf reinliche Scheidung zwischen Deutschnationalen und Socialdemokraten gehalten. Nationale Arbeiter giebt es in Graz nicht. Als die Junggehehen noch radikal waren und die omladinische Bewegung hochging, suchten die ezechischen Genossen viel eifriger an sie Anzuschluß.

Regel-Bilzen verteidigt die ezechische Partei gegen den Vorwurf, mit den Junggehehen zusammengekauert zu haben. Er beantragt, daß die Gesamtpartei ihre Taktik in der Frage der Jückersteuer verschärft, die äußersten parlamentarischen Mittel gegen sie anwendet und am Tage der Wiedereröffnung des Parlaments in ganz Oesterreich große Kundgebungen veranstaltet.

Remeg-Prag hält keine Ansicht aufrecht, daß die kerisichen Genossen durch zu enges Zusammengehen mit den Deutschnationalen einen taktischen Fehler begangen hätten.

Damit schließt die Diskussion.

Das Schlusswort hat

Dr. Victor Adler: Ich bin mit dem Verlaufe der Debatte ganz zufrieden. Es kann kein Vorwurf gegen die Parteivertretung sein, daß sie nicht geschickter gewesen ist, wie die Genossen in der Provinz. (Geisterzeit.) Das Flugblatt gegen die Jückersteuer sollte grade durch seine Sachlichkeit wirken. Es durfte nicht schärfer abgefaßt werden, weil durch seine Konfiskation zuviel Zeit und Geld verloren gegangen wäre. Ein Circular der Parteivertretung war nicht wie bei der Agitation gegen den Zeitungstempel erforderlich, weil die Thatsache des Verfassungsbruches jedem Parteigenossen klar vor Augen lag. Eine detaillirte Angabe der Taktik läßt sich nicht geben. Im Reichsrate werden wir weiter vorgehen wie bisher und keine Unklarheit zulassen. Unsere Abgeordneten werden auch in Zukunft den Ausgleich und die Indemnitätsklärung wegen der § 14-Verordnungen bekämpfen. Unser Kampf gegen Lueger war kein Fehler; er ist ein Faktor im politischen Leben von ganz Oesterreich. Und wenn wir keinen Einfluß eindämmen und keinen Rimbuss bis zu sehr hohem Grade eingeschränkt haben, so war das eine politische Arbeit für das ganze Reich. Gleichzeitig war unsere Beschäftigung mit Kommunalfragen von großer Bedeutung. Unter der Rationalitätenfrage leiden die unmittelbaren ökonomischen Interessen des österrischen Proletariats. Gerade die jüngste Vergangenheit war die schwerste Zeit für die Taktik der Partei. Wenn die Parteivertretung nur nichts verdorben und nichts geschadet hat, hat sie schon viel geleistet.

Bei Demonstrationen können wir die Deutschnationalen nicht immer fernhalten. Wir können unsere Leute nicht mit einem besonderen Stempel versehen. Nicht daraus mache ich den Brager Genossen einen Vorwurf, wohl aber, daß sie lokale Politik treiben, die für das ganze Reich nicht möglich ist, weil sie unklar ist. Für die nächsten zwei Jahre etwa haben die Grazer festlegen wollen, unter welchen Bedingungen eine Wittivung der Socialdemokratie für die zukünftige österrische Politik in Frage kommt. Darauf können wir uns nicht binden. Die Grazer hätten sich vorher informieren sollen, wenn sie nicht in die Verlegenheit kommen wollten, allein zu bleiben.

Der Hauptvorwurf war, wir hätten von Wien aus nicht eine große Bewegung für das allgemeine Wahlrecht in Scene gesetzt. Es wird aber nicht dadurch erlöst, daß man fortwährend schreibt: Heraus mit dem allgemeinen Wahlrecht! heraus mit dem allgemeinen Wahlrecht! bis es einem zum Hals heraushängt. (Geisterzeit.) Für das allgemeine Wahlrecht ist viel gethan. Unsere Gegner haben geglaubt, daß man mit der heutigen Verfassung in Oesterreich nicht weiterkommt, daß eine gründliche Unterpumpung erforderlich ist. Niemand kann es mehr in der österrischen Haut aushalten. Die Rettung Oesterreichs liegt allein darin, daß das socialdemokratische Programm zunächst, so weit es demokratisch ist, erfüllt wird. Wenn in Oesterreich Ordnung gemacht werden soll, dann muß eine konstituante einberufen werden. Die Völker müssen gefragt werden und zu Worte kommen, wie sie diesen Staat neu aufbauen wollen. (Bravo!)

Wir reihen jetzt nur jede Verhällung herunter; das ist unsere Taktik. Aber ich kann Ihnen heute nicht sagen, welche Entwürfe wir bei Einderung des Parlaments stellen werden, ob wir die Delegationswahlen zulassen werden oder nicht. Das wird eine Oppositionspartei bleiben werden, braucht nicht erst betont zu werden. Zwei widerprechende Interessen sind für uns vorhanden: 1. Haben wir ein Interesse daran, die österrische Politik ad absurdum zu führen und den Vankrott vollständig zu machen; 2. aber hat die Arbeiterschaft ein Interesse an geordneten parlamentarischen Zuständen; sie hat ein Interesse daran, daß Gesetze gemacht werden können, weil sie bestimmte sociale Gesetze braucht. Die Schwierigkeit liegt darin zu entscheiden, ob man im Moment noch etwas Brauchbares herauspressen kann, oder ob man sagen muß: Poppen und Malz ist verloren.

Redner empfiehlt die Resolution Prachensky, hält aber die Resolution Kreji für überflüssig; sie könne höchstens dem Verbandsrat und der Parteivertretung als Material überwiehen werden.

Redner schlägt: Mögen die anderen pessimistisch in die Zukunft blicken, mögen die deutschen Bürger verzweifeln — wir haben keinen Grund zur Verzweiflung. Wir wissen, der alte Bau ist morsch und muß abgebrochen werden, aber wir haben das Vertrauen zum österrischen Proletariat, daß es die Kraft haben wird, an Stelle dieser Ruine einen neuen großen Bau zu setzen. (Lebhafte Beifall.) Die Resolution Prachensky wird einstimmig angenommen, die Resolution Kreji als Material überwiehen.

Damit schließt die heutigen Beratungen.

Der Nachmittag wird den Uezchen zu einer besonderen Besprechung freigehalten.

Versammlungen.

Im Anschluß an den Kongreß der Impfgegner, der in diesen Tagen in Berlin abgehalten wurde, fand am Montagabend eine impfgegnerische Versammlung unter dem Vorhänge der Naturheilkundigen Canich statt. Die Versammlung, die in Ruggenbühnen Saal tagte, war stark besucht. Eine Anzahl von Führern der impfgegnerischen Bewegung, die am Kongreß teilgenommen hatten, traten als Redner auf. Prof. Dr. Paul Höfster-Wien sprach gegen den gesetzlichen Impfwang. Ueber die wissenschaftliche Seite der Impfrage sagte er — mögen sich die Sachverständigen streiten, und wer von der Richtigkeit der Impfung überzeugt sei, der möge sich impfen lassen, der Staat aber sollte, ebensowenig wie er berechtigt sei, einen Beweisschwang in religiösen Angelegenheiten auf die Staatsbürger auszuüben, sich nicht anmaßen, jemand zu einer bestimmten medizinischen Behandlung des Körpers zu zwingen. (Beifall.) Der Redner warf einen Rückblick auf die Geschichte der Bodenimpfung und führte aus, der Reichstag habe im Jahre 1874 nur deshalb dem Impfgesetz zugestimmt, weil er durch ein falsches Gutachten in den Glauben versetzt worden sei, daß die Impfung ganz unschädlich sei. — Der zweite Redner Reichsrat Professor Dr. Schlesinger-Wien schilderte die Gewinnung des Impfstoffes und verteidigte die Ansicht, daß die Impfung keinen Schutz gegen Bodenkrankung biete. Wenn der Geimpfte nicht an den Blättern erkrankt, so sei das nicht ein Beweis von der Schutzwirkung der Impfung, sondern von der gesunden Natur des Geimpften. Der Naturheilkundige Reinhold Gerling-Wien führte aus: Der Kongreß der Impfgegner sei ein Volksgericht gegen den Impfwang gewesen. Während der Verhandlungen des Kongresses sei eine Säule nach der andern gefallen, mit denen die Impffreunde ihr System zu stützen sich bemüht hatten. Ueber die Wirkung der Impfung und die Dauer der Immunität, welche sie gewähren solle, seien die medizinischen Autoritäten sehr verschiedener Meinung. Aber davon erfahre das Volk nichts. In den Redaktionen der Zeitungen seien die Vertreter

der Ärzte, welche dafür sorgen, daß das Volk in dieser Hinsicht nicht aufgeklärt werde. (Beifall.) Der Reichstag sei seiner Zeit nicht, wie Professor Höfster sagte, durch ein objektiv falsches Gutachten zur Annahme des Gesetzes gekommen, sondern — das müsse frei und offen ausgesprochen werden — durch offenkundigen Betrug. (Stürmischer Beifall.) Geheimrat Eulenburg habe den Reichstag und das deutsche Volk betrogen und getäuscht. (Beifall.) Erst neuerdings habe der Direktor des Reichs-Gesundheitsamtes gesagt, daß es eine brauchbare Statistik über die Wirkung der Impfung nicht gebe. Trotzdem werde die Statistik immer noch als Grundlage für die Impfungsimpfung benutzt. Die Statistik des Reichs-Gesundheitsamtes beweise gar nichts, denn sie erstreckte sich nur auf die Städte mit mehr als 15 000 Einwohnern, also auf die hygienisch am günstigsten gestellten Orte. Die Impffreunde seien zum Kongreß eingeladen und ihnen volle Redefreiheit zugesichert worden. Es sei aber niemand von ihnen erschienen. Das beweise, daß unsere Gegner nicht in der Lage seien, ihre Ansicht im Lichte der Öffentlichkeit zu vertreten. (Lebhafte Beifall.) Die Impfrage sei wissenschaftlich längst erledigt. Sie sei eine reine Nachfrage. Es sei im höchsten Grade unmoralisch, durch Gesetz jemand zu zwingen, daß er etwas thue, was seiner Ueberzeugung widerspreche. Das Impfgesetz müsse beseitigt werden. Bei den Reichstagswahlen sei Gelegenheit gegeben, dies Gesetz mit dem Stimmzettel zu bekämpfen. Man möge sich nicht wieder täuschen lassen, sondern nur Impfgegner in den Reichstag wählen. (Lebhafte Beifall.) — Oberst a. D. Spöhr-Stein, ein praktischer Vertreter der Naturheilkunde, führte eine Anzahl Fälle aus seiner Praxis an, in denen Personen trotz der Impfung und Revaccination an den Pocken erkrankt seien. Es gebe so zahlreiche Fälle, welche die Richtigkeit, ja Schädlichkeit der Bodenimpfung darthun, daß es unmöglich sei, sie alle anzuführen. Wenn man das Impfgesetz nicht abschaffen wolle, dann sollte man den Befürwortern der Impfung die Pflicht auferlegen, die Impfung an eigenem Körper zu erproben. Auf diese Weise würde die Impfung bald von selber ein Ende nehmen. Die Impfung schädige die Bekraft und die Gesundheit des Volkes. (Beifall.) — Hierauf folgte eine Diskussion, in der mehrere Redner lebhaft gegen den Impfwang sprachen. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die von etwa 1000 Personen besuchte Versammlung fordert von den gesetzgebenden Körperschaften des Deutschen Reiches, den gesetzlichen Impfwang sofort und ohne jeden Vorbehalt abzuschießen, den Streit um die Impfung aber, als einen wissenschaftlichen und persönlichen, den heilwissenschaftlichen Parteien und dem Volke selbst zu überlassen, ferner aber durch ein Gesetz bis zur endgültigen Abschaffung des Impfwanges sofort die Staatsentschädigungspflicht für die Opfer der Impfung einzuführen.“

Wie der Vorsitzende bemerkte, stellt diese Resolution den Estrich der Verhandlungen des Kongresses dar.

Die in der Beleuchtungs-Industrie, Bronze- und Messenwaren-Fabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (Bürster, Drücker, Klempner, Schleifer usw.) hielten am Montag eine gut besuchte Versammlung in den „Arminhallen“ ab. Auf der Tagesordnung stand: Wie nügen wir die gegenwärtige Geschäftslage zur Verbesserung unserer Arbeitsverhältnisse aus?

Wie der Referent Otto Röhler, der zunächst den Verlauf der Klempner- und Formereibewegung eingehend schilderte, ausführte, ist die Geschäftskontinuität in der Metallwaren-Industrie zur Zeit eine außerordentlich günstige und noch weit besser als im Vorjahre. In verschiedenen Branchen herrscht gegenwärtig geradezu ein Mangel an Arbeitskräften und vielfach wird der Arbeitsnachweis der Metallarbeiter von solchen Firmen in Anspruch genommen, die denselben sonst immer meiden. Wenn die Arbeiter sich in den einzelnen Betrieben einzeln zeigen, so dürfte es nicht schwer fallen, unter den derzeitigen Verhältnissen eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. In der hierauf folgenden Diskussion wurden die schlechten Zustände in Bezug auf Verdienst und Arbeitszeit einer kritisch unterzogen und festgestellt, daß trotz der günstigen Konjunktur eine Besserung nicht eingetreten ist. Die weitestgehende Ursache dieser Zustände ist der Indifferentismus und die Aneignung, die bei einigen Branchen, welche besonders in verschiedenen Großbetrieben in Betracht kommen, vorherrschend. Von einer Beschlußfassung über den Eintritt in eine Lohnbewegung wurde vorläufig Abstand genommen und soll in einer anderen Versammlung hierüber noch weiter beraten werden. Im Laufe der Woche soll noch eine Beschlus-Vertrauensmänner-Sitzung stattfinden und zum Mittwoch, den 27. d. M., abends 6 Uhr, ist eine Versammlung im Lokal „Sandsouci“, Kottbuserstr. 4, anberaumt, zu der sämtliche bei den Firmen Duple u. Co., Joseph, Spinn u. Sohn und Cramme beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eingeladen sind.

Die Musikinstrumenten-Arbeiter lokaler Richtung hielten am Montag eine in Schwach besuchte Versammlung ab. Arndt erstattete den Bericht über die stattgehabten Verhandlungen zur Gründung des neuen Gewerkschaftskartells. Nachdem Redner die besprochenen Gründe, welche zur Trennung von der Berliner Gewerkschaftskommission geführt, erwähnt hatte, erläuterte er in seinen weiteren Ausführungen das neugeschaffene Regulative für das Kartell, das sich im wesentlichen nur wenig von dem der Gewerkschaftskommission unterscheidet. Nur soll das Streikwesen anders geregelt werden, so daß eine jede daran beteiligte Gewerkschaft durch Ausgabe von eigens dazu bestimmten Sammelmarken die Mittel selbst aufbringt. Demgemäß haben, wenn keine Mittel vorhanden, ausschließliche Streiks einfach zu unterbleiben. Auch soll ein Auskunfts-Bureau errichtet und in der Zeit von abends 7 bis 8 Uhr Auskunft über socialpolitische und allgemeine Arbeiterfragen nur an organisierte Arbeiter gegen Vorzeigung der Legitimation erteilt werden. Eine jede zum Kartell gehörige Gewerkschaft hat nur einen Delegierten resp. Stellvertreter zu entsenden.

Es entspann sich nunmehr eine recht lebhafte Besprechung, in deren Verlauf sich Kleinlein und Niediger entschieden gegen diese neue Einrichtung erklärten, und von der Entsendung eines Delegierten abrieten, weil das, was man mit dem Kartell bezwecke, durch Bestehen der bisherigen Gewerkschaftskommission schon vorhanden, und das neue Kartell mit seinen geplanten Einrichtungen gar nicht lebensfähig sei. Nur die Unternehmer würden die größte Freude über diese Spaltung der Gewerkschaften haben.

Böttcher, Seibt, Richter, Arndt u. a. bemühten sich, alle die gemachten Einwendungen zu widerlegen unter Anführung der bereits bekannten Ursachen, welche zur Gründung Anlaß gaben. Diese Redner sind der Ueberzeugung, daß das Kartell auch lebensfähig und nützlich sein werde. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die Versammlung mit Stimmengleichheit die Entsendung eines Delegierten ablehnte.

Der ebenfalls von Arndt erstattete Bericht über den Generalstreikfonds ergab eine durch Sammelmarken erzielte Einnahme von 399,10 M., wovon an die ausgeperrten Dänen 300 M., an die Krefelder Weber 50 M. gespendet wurden, so daß nebst sonstigen Unkosten eine Ausgabe von 255 M. entstand. Der verbleibende Bestand von 144,10 M. wird auf Beschluß der Versammlung dem Streikfonds überwiesen. Das Regulative für den Streikfonds, worin über Einnahme und Ausgabe bezw. Verwendung der Gelder nähere Bestimmungen getroffen sind, gelangte ebenfalls zur Annahme. Eine sehr lebhafte und längere Auseinandersetzung entspann sich noch vor Schluß der Versammlung über die Einschränkung bezw. Beilegung und Bezahlung der Ueberstunden. Infolge der vorgerückten Zeit aber wurde beschloffen, die weitere Erörterung dieser Frage in einer späteren Versammlung fortzusetzen.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am Montag, den 18. d. M., bei Cramann, Raumstr. 27, seine

regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende zunächst auf das am 14. Oktober bei Schöneberg stattfindende Stiftungsfest aufmerksam. Hierauf ergriff Fräulein Vaader das Wort zu ihrem Vortrag, dessen sich die Rednerin zur vollen Zufriedenheit unter dem Beifall der Anwesenden entledigte. An der folgenden Diskussion beteiligten sich Kleinlein und Fräulein Vaader.

Die Lohnkommission der Posamentiere berichtete in einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung über die Situation des Streiks. Bis jetzt haben 15 Firmen mit 68 Arbeitern die Forderungen bewilligt, während 93 Arbeiter von 17 Firmen sich im Auslande befinden. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Arbeitgeber sich bemühen, Arbeitskräfte von außerhalb heranzuziehen, jedoch mit sehr geringem Erfolg. Von Wien seien fünf Streikbrecher eingetroffen, die aber bis jetzt nicht zu bewegen waren, sich mit ihren hiesigen Kollegen solidarisch zu erklären. Tapezierer Schmidt führte aus, in den Tapezier-Verhältnissen mache sich bereits ein erheblicher Mangel an Posamenten bemerkbar. Die von Streikbrechern angefertigten Posamenten, welche jetzt geliefert werden, seien so schlecht gearbeitet, daß sie größtenteils nicht gebraucht werden können. Aufsolgedessen müßten die Posamentier unvollendet stehen bleiben und es könne bald dahin kommen, daß verschiedene Tapezierwerkstätten wegen Mangel an Posamenten die Arbeit einstellen müssen. Die Lage sei demnach für die Posamentiere recht günstig und müsse ausgenutzt werden. Verschiedene Redner betonten, es sei dringender zu wünschen, daß sich auch die Arbeiterinnen der Posamentenbranche, die sich dem Streik bis jetzt nicht angeschlossen haben, mit ihren männlichen Kollegen solidarisch erklären. Namentlich werde das von den Arbeiterinnen der Firma Eisner u. Hausig erwartet, weil diese Firma, bei der die fünf Wiener Streikbrecher tätig sind, eine führende Rolle im Streik spiele. Wenn man diese Firma erst zum Nachgeben gezwungen habe, werde sich der Streik wesentlich zu Gunsten der Ausständigen wenden. Die antwortenden Arbeiterinnen erklärten zwar, sie seien bereit, die Lohnbewegung in jeder Weise zu unterstützen, aber über den Zeitpunkt, wann sie die Arbeit niederlegen würden, könnten sie noch keine verbindliche Erklärung abgeben, sie müßten sich erst am Montag darüber schlüssig werden. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Anwesenden verpflichten, so lange im Streik auszuharren, bis die gestellten Forderungen bewilligt sind.

Die Nadelspanner besprachen am Sonntag in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung den Stand ihrer Lohnbewegung. Es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß bei der Firma Wassau u. Krauer am Montag ebenfalls die Forderung zu stellen ist, bei Nichterfüllung die Arbeit eingestellt wird. Bei allen anderen Firmen wird zu den neuen Bedingungen gearbeitet mit Ausnahme der Firmen: Wagenrecht, Schulz, Günther u. Soliwedel und Stäwe. Ueber diese bleibt die Sperre bestehen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Eine gut besuchte Branchen-Versammlung der Piano-Mechanik-Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am Dienstag, den 19. September, im „Rüfenhof“, Reichenstr. 137/138. Die Redner sprachen über die gegenwärtige Lage und wie verbessert werden könne. Redner geisterte in seinem Vortrage die Verhältnisse der Branche. Es werden meistens ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, denn die Technik und die mit derselben Hand in Hand gehende Teilarbeit hat es so weit gebracht, daß die einzelnen Arbeiter nur noch Maschinen zu bedienen haben und schließlich zu lebenden Automaten werden. In keiner anderen Branche der Maschinenindustrie werden bei einer so übermäßig langen Arbeitszeit, die in vielen Fabriken 60 Stunden pro Woche beträgt, solche niedrige Löhne gezahlt. Und trotz alledem ist der Indifferentismus in keiner anderen Branche so groß. Die Kolleginnen und Kollegen wollen immer noch nicht einsehen, daß Sie Ihre Lage nur verbessern können, wenn Sie sich organisieren. In der Mechanikfabrik von Köhler wollten die dort Beschäftigten ihre Lage etwas verbessern und stellten Forderungen. Was sagte Herr Köhler der Kommission: Ich bewillige eben nichts; wenn Sie streiken wollen, dann streiken Sie. Ich verstehe auf Ihre Organisation. In meiner Fabrik sind verschiedene ungelernete Arbeiter beschäftigt, die das, was sie verdienen, beim Steinmetzen und dergleichen nicht verdienen würden. Im weiteren sagte dann Herr Köhler: in meiner Fabrik herrscht keine Lustlosigkeit, wie es bei einer großen Firma Sitte ist, wo die Ehre ihre Autorität mißbrauchen, um an ihren Arbeiterinnen, ihren Vorgesetzten zu fröhnen. Kollegen und Kolleginnen, ist es nicht eine Schande, daß uns Fabrikanten mit solchen Argumenten entgegen treten können? Also hinein in die Organisation, solche Zustände sind nur auf dem Wege des Klassenkampfes zu beseitigen.

Zum zweiten Punkt: Verbundangelegenheiten und Verschiedenes wurde den Anwesenden der Anschluß an den Deutschen Holzarbeiter-Verband empfohlen, diesem kamen eine Anzahl Kollegen nach. Zum Schluß fand eine Resolution einstimmige Annahme, durch welche die Anwesenden versprochen, energisch für die Organisation zu wirken.

Holzarbeiter-Verband. In der am Montag, den 18. d. M., abgehaltenen Bezirksversammlung Süd-Süd-Ost referierte Genosse Dr. Steiner über: „Die deutsche Literatur in den letzten zehn Jahren.“ Der sehr lehrreiche Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen, eine Diskussion fand nicht statt. In Verbundangelegenheiten wurde der Kollege Dreßler als Schriftführer gewählt, in die Kontrollkommission des Centrums wurden die Kollegen Buchholz und Engelbert gewählt. Außerdem wurde bekannt gegeben, daß der Streik bei Siegel in der Wasserthorstraße zu Gunsten der Kollegen beendet sei, aber der Streik in der Luxusmöbel-Fabrik von Görchner, Reichensbergstr. 57, unverändert fort-dauert. Es sind dort Löhne gezahlt worden, die jeder Beschreibung spotten. Es ist sehr häufig vorgekommen, daß die Kollegen mit 8 und 10 M. die Woche haben müssen zu Hause gehen. Außerdem wurde noch mitgeteilt, daß in verschiedenen Tischlerwerkstätten die Forderungen bewilligt worden seien.

Eine gutbesuchte Branchenversammlung der Bürsten- und Pinselmacher Berlin und Umgegend tagte am Sonntag, den 17. September, im Lokale des Herrn Schiller. Dieselbe beschäftigte sich mit dem Thema „die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Branche, und sind die Kollegen gewillt, dieselben zu verbessern.“ Hierzu referierte Kollege Wiefe in kurzen Worten, indem er zunächst über Entstehung der Organisationen spricht, und im weiteren über die Arbeitsverhältnisse in unserer Branche näher eingeht. Er zieht hierbei den Lohnsatz von 1895 in Betracht, der durch das verwerfliche Accordsystem soweit heruntergedrückt sei, Redner ist der Ansicht, daß nur durch Anschluß aller Kollegen an den „Deutschen Holzarbeiter-Verband“, und durch festes Zusammenhalten es möglich wäre, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten, und stellt es im weiteren der Versammlung anheim, sich hierüber auszusprechen. In der darauf folgenden Diskussion wirt zunächst Kollege Berner die Frage auf, ob es geboten wäre, bei der jetzigen Konjunktur in eine Lohnbewegung einzutreten, und kommt hierbei zu der Ansicht, daß es wohl möglich wäre, wenn ein jeder Kollege das Bewußtsein in sich trage, seine Lage zu verbessern. Er wünscht namentlich die Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung der Accord- und Sonntagsarbeit, sowie der Hausindustrie. Denker als Dreßler bezieht die Lage der Bürstenmacher unter allen Berufen der Holzarbeiterbranche als die schlechteste. Er erwähnt alle Kollegen, sich aufzurufen und für eine bessere Existenz zu kämpfen. An der weiteren Diskussion beteiligten sich noch die Kollegen Fiedel, Krüger und Müller, die sich ebenfalls in denselben Sinne aussprachen. Einer der antwortenden Arbeitgeber, Herr Barowski, erbot sich das Wort und erklärte sich mit den Verhandlungen der Versammlung voll und ganz einverstanden und wünschte er, wie ein großer Teil seiner Kollegen, daß die Bürstenmacher Berlin in die Lohnbewegung eintreten möchten. Nach einem Schlusswort von Wiefe gelangt folgende Resolution zur Annahme: 1. Die Versammlung beauftragt die Kommission, mit den Kollegen sämtlicher Werkstätten in Verbindung zu treten, um die

gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in denselben zu ermitteln. 2. Verpflichten sich sämtliche Kollegen, dem Deutschen Holzarbeiter-Verbande beizutreten, für denselben zu agitieren und in jeder Hinsicht zu wirken. — Es tauchte noch von mehreren Seiten die Befürchtung auf, daß im Falle eines Streiks durch auswärtige Arbeiter, wie aus Reutrupin, Rathenow usw. derselbe in die Länge gezogen werden könnte, jedoch wird das von Herrn Barowski widerlegt, indem er erklärte, daß dies für Berlin nicht maßgebend sein könne. In Anbetracht dessen kommt eine weitere Resolution zur Verlesung: „Die Versammlung beauftragt den Vorstand, in der Umgegend Berlins, wo Maschinenmacher beschäftigt sind, Versammlungen einzuberufen, worin nach Befestigung der Lebensbedingungen derselben gestrebt wird.“ Dieselbe wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Zur Ergänzung für die ausgeschiedenen Mitglieder der Werkstatt-Kontrollkommission werden Huhn, Glagow, Rehbach, Scherflehner und Warshuf gewählt.

Die Jahreshilfe Berlin des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hausarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands hielt am 21. September im „Kolberger Salon“ seine Mitgliederversammlung ab. Die Referentin, Frau Meisch, behandelte das Thema: „Was hat die Arbeiterin zu thun, um eine menschenwürdige Existenz zu erringen?“ Rednerin beleuchtete in ihrem anderthalbstündigen Vortrage, an der Hand zahlreichen statistischen Materials die traurige Lage der Industriearbeiterin, und forderte die antwortenden Frauen auf, sich zu organisieren, damit sie von den Männern nicht als Fremde, sondern als gleichberechtigt mit ihnen angesehen werden. Nach einem kurzen Hinweis seitens des Rednerin Funt und der Aufforderung beseligen, dem Fabrikarbeiter-Verband beizutreten, sowie dem Hinweis auf das am 21. Oktober stattfindende Stiftungsfest, schloß die gut besuchte Versammlung.

Die Tapezierer der Filiale Süd nahmen den Bericht über die Lohnbewegung entgegen und ist nach demselben nur noch eine Werkstelle im Streik, und zwar bei der Firma Döyle, welche die minimalen Forderungen ihrer Gehilfen nicht bewilligt, den Streikenden aber fähig die Polizei auf den Hals schießt. Aber auch durch dieses Mittel liegen sich die Kollegen nicht irren machen, ebenso wenig wie durch das Verhalten der Berliner Tapezierer-Jungung, welche letztere glaubt, ihrem bedrängten Mitgliede dadurch entgegenzukommen, daß sie Herrn Döyle Kleinmeister als „Arbeitswille“ zuschickte. Ebenso wurde von einigen Rednern der betreffende Werkführer sehr heftig angegriffen, weil sich derselbe nicht geniert, Ueberstunden in Höhe und Pflanze zu machen. Nach Erledigung des Tagesberichts wurde ein Antrag: „Die Gründer der Arbeiter-Organisation in Berlin aus dem Vorhande auszuschließen“, angenommen, indem sich letztere gegen das Verbandstatut verzeigten haben.

Die Grabener und Essener tagten am 19. d. M. in einer Filialversammlung in Dresden Garten. Der zum zweitenmal angelegte Vortrag über „Invaldität und Altersversicherungsgesetz“ konnte, da der Referent Zubeil wieder nicht erschienen war, nicht entgegengenommen werden. Aus dem Bericht des Vergütungskomitees ergab sich ein Defizit von 1200 M. G. Hill berichtete, daß die Bewegung der Essener in wenig veränderter Form vor sich geht. Sämtliche Arbeiter der Firma Volkold u. Sohn haben ebenfalls die Forderung gestellt. In kleineren Werkstätten, z. B. Petersfeld, Hamisch, Döfler usw. soll seitens der Kommission die Kernstundenforderung noch gestellt werden. Erklärer geht in scharfen Worten das Verhalten der bei Spinn u. Sohn beschäftigten, im Metallarbeiter-Verband organisierten Kollegen. Die Firma Schäfer u. Waller soll ihren Arbeitern den Lohn aufgebessert haben und wolle die Arbeitszeit aus „eigenem Antriebe“ verkürzen. Am 8. Oktober findet in der Sternbar in Treptow ein Vortrag über Weltuntergangspredigt und Beobachtung mit dem Mikroskop statt. Willes zu halben Preisen (75 Pf.) sind in den Versammlungen zu haben.

Die Kreditoren hielten am 21. September in der Ressource ihre dritte öffentliche Versammlung in der Stellenvermittlung Angelegenheit ab. Zum ersten Punkt gab der Kassierer der Kommission Weidler den Kassensbericht. Nach diesem ist im ganzen auf Listen und durch Zelleransammlungen die Summe von 443 M. bis dato eingelaufen. Dieses an sich wenig erhebliche Resultat veranlaßt die beiden, auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft stehenden Berufsvereinigungen, den Antrag zu stellen, die Einrichtung des fraglichen Bureaus bis zum Frühjahr zu vertagen. Da eine absolute Einmütigkeit in dieser Frage Grundbedingung ist, wurde mit großer Majorität demgemäß beschlossen. Ferner wurde beschlossen, fortdauernd Sammellisten auszugeben und intensives Weiterjammeln empfohlen.

Die Freie Vereinigung der Händler und Händlerinnen hatte ihre letzte Sitzung Freitag bei Mischel und ist damit aufgelöst. Da die Bibliothek wieder umsonst abgegeben wird, werden die Kollegen angefordert, binnen acht Tagen die entliehenen Bücher an G. Müller, Weinstraße 23, zurückzugeben.

Groß-Lichterfelde. Der hiesige Agitationsverein hielt am Sonntag, den 24. d. M., seine Generalversammlung ab. Nach einem beifällig aufgenommenen Vortrag des Genossen Schmitt gab der Vorsitzende, Genosse Wenzel, den Vorstandsbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die gegenwärtige Mitgliederzahl des Vereins 105 beträgt. Die Kasse weist einen Bestand von 192 M. auf. Die im Mai stattgefundene Gemeinde-Ergebniswahl habe für den sozialdemokratischen Kandidaten 93 Stimmen ergeben. Die Vorstandswahl hatte folgenden Resultat: Wenzel, erster Vorsitzender; Hoff, zweiter Vorsitzender; Weisenherking und Schmitt, Schriftführer; S. Lehmann, Hauptkassierer; Friele, Engel, Senf, Kadice, Wachholz, Richter, Bezirkskassierer; S. Lehmann und Steinberg, Revisoren. — Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten kam die Auserkung des hiesigen Volkskommissars Mohr über die Person des Vorsitzenden des Vereins zur Sprache. Der Herr Kommissar bemerkte in einem Gespräch mit einem Dritten: „Was will der Wenzel eigentlich, der will doch bloß von den Arbeitern Geld ziehen.“ Wenzel ging mit dem Herrn Mohr scharf ins Gericht. Niemand habe er während seiner langjährigen politischen Thätigkeit irgend welche Bezahlung für dieselbe verlangt oder erhalten. Es sei unangebracht, wie ein Beamter der Polizei, die doch sonst ein ausgeprägtes Ehrgefühl besitze und bei der geringsten Minderheit die Gerichte in Anspruch nehme, solche Auserkung, aber deren beleidigende Natur sich derselbe doch klar sein mußte, machen können. Wolle der Herr Kommissar den Beweis für seine Behauptung antreten, dann sei er — Redner — sofort bereit, ihm die Gelegenheit hierzu zu verschaffen. Genosse Weisenherking unterzog das Verhalten des Beamten der verdienten Kritik. Laubert verlangt unbedingt Stellungnahme des Vereins zu dieser Angelegenheit und Erhebung der Beleidigungsklage. Solchen Angelegenheiten müsse ein Riegel vorgezogen werden. Jeder der Genossen wisse, daß die Behauptung des Kommissars unwahr sei. Aber es sei ja eine bekannte Thatsache, daß die Gegner jeden Sozialdemokraten, der ein Amt in der Partei bestimme und einen anständigen Modus trage, als ein Subjekt hinstellen, das sich von den Arbeitergroßen müsse. — Die Angelegenheit wurde dem Vorstand zur Erledigung überlassen.

Eine öffentliche Versammlung der Zimmerer Niddorfs tagte am 24. September im Saale des Apollo-Theaters, in welcher Genosse Hahn einen lehrreichen und beifällig aufgenommenen Vortrag über das Unfallversicherungs-Gesetz hielt. — Zu den bevorstehenden Gewerbeberichts-Wahlen beschloß die Versammlung, zwei Kandidaten zu Gewerbeberichts-Beisitzern aufzustellen. Eine erregte Debatte veranlaßte der Beschluß des Gewerbeberichtsartikels, daß die Zimmerer nur einen Kandidaten aufstellen sollten; die Versammlung erhob gegen diesen Beschluß ganz energisch Protest und beauftragte seine Gewerbeberichtsdelegierten, mit allen Mitteln danach zu streben, daß unsere zwei Kandidaten Beizer und Reumann anerkannt werden.

Wilmersdorf. In einer leider sehr schwach besuchten Versammlung des „Sozialdemokratischen Vereins“, die am 20. ds. Mts.,

in „Wittes Volksgarten“ Berlinerstr. 40 tagte, hielt Gen. Marxwaldt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die Judenfrage“. Die Genossen werden ersucht, sich regel an den Versammlungen zu beteiligen. Die nächste Versammlung findet am 4. Oktober statt und ist eine Generalversammlung.

Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Niddorf, Brk. Donnerstag, den 28. September, abends 9 Uhr: Vereinsversammlung im Apollo-Theater, Hermannstraße 48-50, (Meiner Saal). — Es wird um mögliche Abrechnung der erkrankten Mitglieder beschlossen.

Freie Vereinigung der Bodenler. Generalversammlung am Mittwoch, den 28. September, abends 7 1/2 Uhr, Dragonerstr. 13.

Unternehmer-Verbände.

Vom Vorstand des Vereins selbständiger Bildhauer Berlin geht und nachstehendes Schreiben mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

In der Lohnbewegung der Holzbildhauer Berlin wurde in einer öffentlichen Versammlung der Meister am 18. d. M. festgestellt, daß die Forderungen der Gehilfen: 1. 50 Stunden Arbeitszeit in der Woche; 2. strikte Einführung der Lohnarbeit; 3. 10 Proz. Lohnhöhung; 4. 24 M. Mindestlohn für die Woche und 5. 25 Proz. Lohnaufschlag bei Ueberstunden in fast allen Bildhauer-Werkstätten und einigen Tischlereien durchgeföhrt waren.

Ansolgedessen wurde in der Versammlung beschlossen, daß von den Meistern nun auch ein Preisausschlag von 10 Proz. von ihren Händen gefordert werde und der Verein der selbständigen Bildhauer Berlin damit beauftragt, diesen Beschluß allen Auftraggebern für Holzbildhauer-Arbeiten, als Architekten, Baumeistern, Möbelfabrikanten und Händlern, Tischlern, Zimmermeistern etc. durch Circular bekannt zu geben.

Vom Unternehmer-Terrorismus. Das „Foster Tageblatt“ enthält folgendes Inserat:

Anfrage.
Wäre es nicht angebracht, wenn diejenigen wenigen Firmen, die im Beitritt zum „Arbeitsgeber-Verband der Textilindustrie Fortsch.“ noch nicht angemeldet haben, öffentlich bekannt gemacht würden?

Um diese „Anfrage“ recht zu begreifen als das, was sie ist, nämlich eine verfrühte Drohung, muß man wissen, daß der genannte Verband erst kürzlich gegründet ist zu dem Zweck, den Forderungen der Arbeiter organisierten Widerstand entgegenzusetzen. Verschiedene Fabrikanten haben die Absicht, den beschriebenen Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen.

Die Erhöhung der Lederpreise, welche vor ca. 6 Wochen von der Konvention der Norddeutschen Schleder-Werber durchgeföhrt wurde, um eine „Besserung der traurigen Geschäftslage“ herbeizuföhren, hat jetzt auch bei den Oberleder-Fabrikanten Nachahmung gefunden. So haben vor einigen Tagen, wie „Schuh und Leder“ mitteilt, die beiden maßgebendsten Firmen auf dem Weltmarkt, Cornelius Heyl in Worms und die Mainzer Lederwerke für ihre sämtlichen Fabrikate recht erhebliche Erhöhungen eintreten lassen. Diesem Vorgehen sind sofort die größeren Oberleder-Fabrikanten gefolgt, indem sie ebenfalls ihrer Kundenschaft von den Preisausschlägen Mitteilung machten.

So bequem haben es freilich die Arbeiter nicht. Wenn sie eine Verbesserung ihrer traurigen Lage herbeiföhren wollen, dann müssen sie um jedes bißchen mit den Unternehmern ringen; die Fabrikanten machen ihrer Kundenschaft nur „Mitteilung“ von den Preisausschlägen.

Tifflerisches.

Der „Vericht über den Kongreß zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit, Berlin 1899“ ist jeden den Kongreßteilnehmern zugegangen. Derselbe stellt einen geschmackvoll gebundenen stattlichen Band dar, dessen Redaktion in den Händen des Generalsekretärs Oberstarbzt Dr. Bamwitz lag. Einem kurzen Verichte über Entstehung, Vorbereitung und Verlauf des Kongresses folgt die ausführliche Wiedergabe der gehaltenen Referate, Vorträge und Diskussionsbemerkungen nach den eigenen Mitteilungen der Verfasser. Ein weiterer Abschnitt giebt auch die „zur Diskussion“ gemeldeten, aus Mangel an Zeit nicht gehaltenen Vorträge wieder, zum Teil allerdings nur in Form der Befehle, die jeder Vortragende schon vor dem Kongreß dem Organisationskomitee einzureichen hatte, zum andern Teil aber auch ausgearbeitet, so wie die Vorträge auf dem Kongreß gehalten werden sollten. Personalisten und dergleichen, sowie ein ausführliches Namen- und Sachregister schließen das Werk.

Wir haben seiner Zeit durch möglichst eingehende Verichte unsere Leser über den Verlauf des Kongresses und den Inhalt der Verhandlungen unterrichtet. Wir behalten uns trotzdem vor, demnächst noch einmal ausführlich auf den „Vericht“ zurückzukommen, da eine Ergänzung des selbstverständlich unvollkommenen Tagesberichts auf Grund des nunmehr vorliegenden ausführlichen Protokolls erforderlich erscheint, angesichts der Bedeutung, welche die Tuberkulose für das Proletariat hat.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 53. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervorgehoben: Kartellkatalogen. — Kolonialverbrechen. Von Dr. van Kol. — Nach zwei Fronten. Eine Antwort an Rabi Lang und Sadi Gunter von Eduard Bernheim (Schulz). — Zur Kritik der Kritik. Von Franz Weisinger. II. — Literarische Rundschau. Dr. Paul Weisinger. Das Ende des Marxismus. Heinrich Freese, Fabrikantentagelöhner. Katigen: Christliche Tagesblätter. Volksvereinerung und unentgeltliche Beerdigung in der Schweiz. — Bulletin: Internationale Verhandlungsmittel in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Von Dr. M. Freudenberger, Nürnberg.

Von der „Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben die Nr. 20 des 9. Jahrganges zu gegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervorzuheben: Zum Parteitag in Hannover. — Die Götze des Kampfes. Von Lily Braun. — Frauenarbeit in der Mantelindustrie. I. Von H. — Aus der Bewegung. — Korrigent von Lily Braun und Clara Zetkin: Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswezens. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Dienstbotenfrage. — Frauenrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Frauenbewegung. — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1899 unter Nr. 2033) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 56 Pf.; unter Kreuzband 69 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr statt.

N. B. 28. 5. Mai 1898.
N. B. 2. Wollen Sie Dispens von der zehnmönatlichen Wartezeit, so werden Sie sich unter Lehrtreue eines von einem Arzt oder von einer Hebammen ausgehellen Attestes darüber, daß Sie nicht schwanger sind, an das Amtsgericht mit dem Antrag, Sie von der Wartezeit zu erbinden, an 1. 99. Ja. — N. B. 33. Die Armen-Direktion kann nur auf Zahlung klagen und dann pfänden. Kommen Sie bei der Armen-Direktion (nicht Kommission) schriftlich um Wiederbefreiung der Forderung ein. — Klage. Bericht über Vertrag nicht Gegenstand, so hat der Wert die Reparatur herstellen zu lassen. Nehmt er das ab, so teilen Sie ihm mit, daß Sie nach truchlosen Ablauf einer von Ihnen zu stellenden Frist die Reparatur auf seine Kosten vornehmen lassen wollen und handeln Sie dann Ihrer Drohung entsprechend. — Road. 1. Antwort: teilen Sie dem Richter auch den Vorfall von Witz August mit. 2. Der Unterliegende hat auch die Anwaltskosten des Gegners zu zahlen. 3. und 4. Ja. — Prag 15. 1. 2. 3. Wenn hiesiges Recht zur Anwendung kommt — das richtet sich nach dem Wohnort des Wärbenden zur Zeit der Conception und der Geburt — so ist die Klage abzuweisen. 4. Rem. 6. Ja. 6. Vertretung ist zulässig. 7. Das ist ohne mündliche Darlegung der Sachlage — unter Beibringung der Klage — nicht zu entscheiden. — S. N. 20. 1. Es bleibt nur übrig, die Wiedereingetung abzuwarten. 2. Nur die im Besondereverfahren existierenden, falls diese schon jetzt liquidiert werden. 3. und 4. Das wäre speziell. 5. Es kann der Antrag auf Entmündigung usw. bei der Staatsanwaltschaft gestellt werden. 6. Wenn die Vereinbarung schriftlich getroffen ist, ist sie gültig. — P. B. 20. Das ist nicht zulässig. — 30. Kommen Sie in die Sprechstunde.